

# INTEGRATION DURCH RELIGION?

*Perspektiven des christlich-islamischen Dialogs*



Brost  
Stiftung

BA | PP  
BÖNNER AKADEMIE  
FÜR FORSCHUNG UND LEHRE  
PRAKTISCHER POLITIK

## **IMPRESSUM**

Diese Publikation wird herausgegeben im Auftrag des Vereins für Forschung und Lehre praktischer Politik e. V. Umsetzung durch die Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH.

Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH,  
Heussallee 18-24, 53113 Bonn

Tel.: 0228/73-62990

Fax: 0228/73-62988

e-Mail: [bapp@uni-bonn.de](mailto:bapp@uni-bonn.de)

[www.bapp-bonn.de](http://www.bapp-bonn.de)

Facebook: [www.facebook.com/bapp.bonn](http://www.facebook.com/bapp.bonn)

Twitter: [www.twitter.com/BonnerAkademie](http://www.twitter.com/BonnerAkademie)

### **Redaktion**

Dr. Boris Berger (V.i.S.d.P.)

Philip Ackermann

Karsten Jung

Iris Volg

Hannes Wiethölter

### **Layout und Satz**

Kreativ Konzept – Agentur für Werbung GmbH

### **Recht**

Das Werk ist in all seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH unzulässig.

Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

# INTEGRATION DURCH RELIGION?

*Perspektiven des christlich-islamischen Dialogs*

Brost  

---

Stiftung

**BA PP**  
BÖNNER AKADEMIE  
FÜR FORSCHUNG UND LEHRE  
PRAKTISCHER POLITIK

# INHALT

■ GRUSSWORT VON DR. WILLI HAUSMANN	SEITE 07
■ VORWORT VON PROF. BODO HOMBACH	SEITE 08
■ BERICHTE ZU DEN VERANSTALTUNGEN DER LETZTEN MONATE	
□ 27. OKTOBER 2015: ‚BONNER FORUM‘ ZUM THEMA „RELIGION ALS INTEGRATIONSFAKTOR – HINDERNIS ODER CHANCE?“	SEITE 10
□ 30. OKTOBER 2015: ‚ESSENER FORUM‘ ZUM THEMA „ERFOLGSFAKTOREN DER PRAKTISCHEN INTEGRATIONSARBEIT. ERFAHRUNGEN AUS DER JUGEND- UND ALTENHILFE“	SEITE 12
□ 12. NOVEMBER 2015: ‚ESSENER FORUM‘ ZUM THEMA „BRAUCHEN WIR EINEN ISLAMISCHEN WOHLFAHRTSVERBAND? PERSPEKTIVEN EINER AKTUELLEN DEBATTE“	SEITE 13
□ 19. NOVEMBER 2015: PODIUMSDISKUSSION „AUF DEM RECHTEN AUGE BLIND? – DIE AUFARBEITUNG DES NSU-SKANDALS“ MIT STEFAN AUST	SEITE 14
□ 1. DEZEMBER 2015: DISKUSSIONSVERANSTALTUNG „INTEGRATION DURCH RELIGION? PERSPEKTIVEN DES CHRISTLICH-ISLAMISCHEN DIALOGS“	SEITE 16

- WAHRNEHMUNG UND LEBENSREALITÄTEN VON MUSLIMEN IN DEUTSCHLAND.  
ERGEBNISSE AUS DEM RELIGIONSMONITOR  
**YASEMIN EL-MENOUAR**

SEITE **18**
- DER SÄKULARE STAAT UND DIE REALITÄT DER RELIGION  
**PROF. EM. DR. DR. H.C. JOSEF ISENSEE**

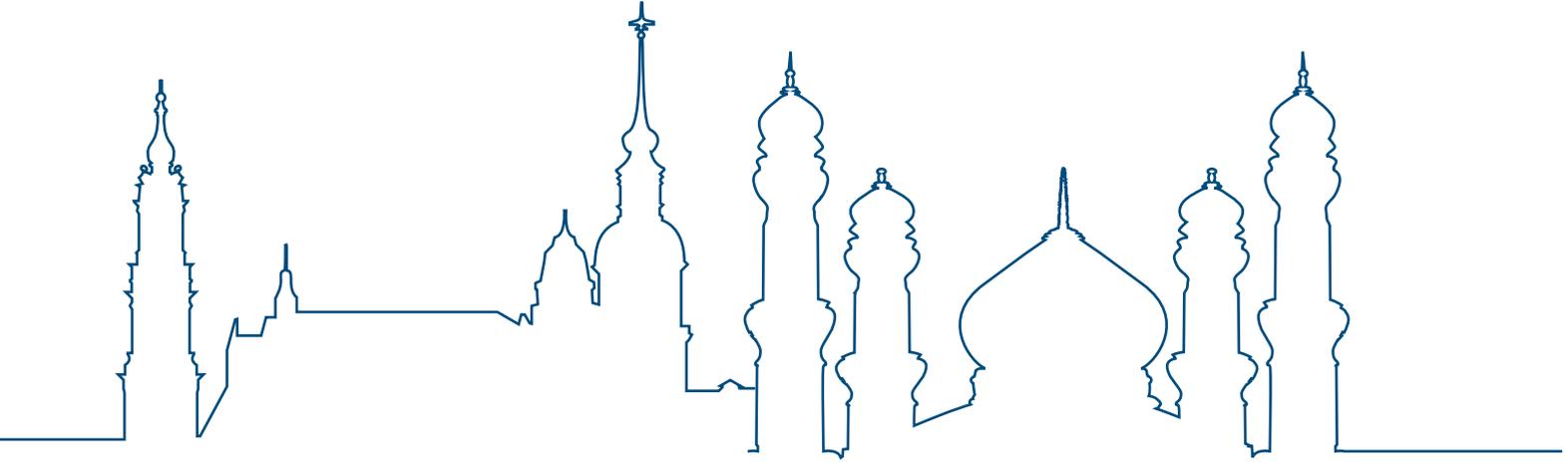
SEITE **23**
- RELIGIONEN IN PLURALEN GESELLSCHAFTEN  
**PROF. EM. DR. HANS-GEORG SOEFFNER**

SEITE **30**
- RELIGIOSITÄT IN DER FREMDE: ZEICHEN DER ABGRENZUNG  
ODER HILFREICH ZUR INTEGRATION?  
**GABRIELE ERPENBECK**

SEITE **37**
- „INTEGRATION DURCH RELIGION?  
PERSPEKTIVEN DES CHRISTLICH-ISLAMISCHEN DIALOGS“  
VORTRAG IM RAHMEN DER GLEICHNAMIGEN DISKUSSIONSVERANSTALTUNG  
AM 1. DEZEMBER 2015 IN ESSEN  
**BISCHOF DR. FRANZ-JOSEF OVERBECK**

SEITE **41**
- DISKUSSIONSRUNDE WÄHREND DER VERANSTALTUNG  
„INTEGRATION DURCH RELIGION? PERSPEKTIVEN DES  
CHRISTLICH-ISLAMISCHEN DIALOGS“ AM 1. DEZEMBER 2015 IN ESSEN  
**BISCHOF DR. FRANZ-JOSEF OVERBECK, PRÄSES MANFRED REKOWSKI,  
AIMAN A. MAZYEK, PROF. DR. HACI HALIL USLUCAN**

SEITE **46**



# GRUSSWORT

## VON DR. WILLI HAUSMANN

Vor dem Hintergrund der aktuellen Flüchtlingskrise, aber auch der jüngsten terroristischen Anschläge in Paris, rückt der interreligiöse Dialog – gerade zwischen Christen und Muslimen – als eine zentrale gesellschaftliche Herausforderung wieder verstärkt ins Blickfeld der öffentlichen Debatte. Nur durch gegenseitiges Interesse und Verständnis können die Hindernisse und Barrieren, die zwischen den verschiedenen Kulturen und Religionen nach wie vor bestehen, dauerhaft überwunden werden. Diesem Ziel ist auch das Forschungsprojekt „Wieviel Islam gehört zu Deutschland? Integrationserfahrungen junger und alter Menschen in einer säkular geprägten Gesellschaft am Beispiel des Ruhrgebiets“, welches der Verein für Forschung und Lehre praktischer Politik gemeinsam mit der Bonner Akademie und der Brost-Stiftung durchführt, verpflichtet.

Wie die in diesem Band versammelten Beiträge zeigen auch die Ergebnisse unserer Projektarbeit die großen Chancen auf, die der interreligiöse Dialog nicht nur für jeden Einzelnen, sondern auch für ein gedeihliches gesellschaftliches Miteinander bietet: Nur wenn wir uns auf das Verbindende der gemeinsamen Werte von Christentum und Islam besinnen,

können wir Fundamentalisten und Extremisten auf beiden Seiten entschlossen gegenüberreten, die Unsicherheit und Unwissenheit nur allzu gerne für ihre Zwecke nutzen würden.

Als Vorsitzender des Vereins für Forschung und Lehre praktischer Politik, freue ich mich daher besonders, dass wir neben Herrn Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck und anderen prominenten Vertretern der Religionsgemeinschaften auch zahlreiche renommierte Experten aus der Wissenschaft als Autoren für diesen Band gewinnen konnten, die aus unterschiedlichen Perspektiven aufzeigen, wie ein fruchtbares Miteinander der Religionen in Deutschland – und ganz konkret im Ruhrgebiet – in der Praxis gelingen kann.



**Dr. Willi Hausmann,**

Vorsitzender des Vereins für Forschung und Lehre praktischer Politik e. V.

„NUR DURCH GEGENSEITIGES INTERESSE UND VERSTÄNDNIS KÖNNEN DIE HINDERNISSE UND BARRIEREN, DIE ZWISCHEN DEN VERSCHIEDENEN KULTUREN UND RELIGIONEN NACH WIE VOR BESTEHEN, DAUERHAFT ÜBERWUNDEN WERDEN.“

# VORWORT

## VON PROF. BODO HOMBACH



*Prof. Bodo Hombach*  
Präsident der  
Bonner Akademie

Der christlich-muslimische Dialog bedarf nicht aktueller Terrorakte, um sinnvoll und nötig zu sein. Elias Canetti schrieb einmal: „Ein toter Gegner beweist nichts als seinen Tod.“ Es geht weniger um den Vortrag streitiger Argumente, sondern um die Bereitschaft, sich selbst im Blick des Anderen zu betrachten.

### WAS IST DIALOG?

**Der Dialog ist die Begegnung von Menschen, die einander kennenlernen und verstehen wollen.** Es ist die Begegnung von Menschen in einem gemeinsamen virtuellen Raum. Sie haben einander entdeckt. Sie wissen, dass sie einander brauchen und gemeinsame Interessen haben. Sie wollen verstehen.

### WAS IST RELIGIOSITÄT?

Unser Großhirn befreit uns – zum Teil – aus der starren Steuerung durch Instinkte. Das ermöglicht und zwingt uns, die Welt und unsere Rolle darin zu bedenken.

Religiosität ist eine spezifische Eigenschaft des Menschen. Sie entsteht mit seinem kognitiven Bewusstsein.

Nur er fragt sich: Wo komme ich her? Wohin gehe ich? Wer bin ich überhaupt und was soll ich tun? Die Antworten gehören zu seiner Identität. Sie unterscheiden sich von Mensch zu Mensch und verändern sich mit Alter, Umgebung und Erfahrung.

Der ungeheure Zuwachs an Freiheit und die unausweichliche Suche nach der „Wahrheit über sich selbst“ wecken die Sorge, sich zu irren und zu verirren. Deshalb binden sich Menschen an eine höhere Ordnung oder Autorität. Sie glauben an deren Anwesenheit und Wirkung in der Geschichte. Angesichts des Bösen in der Welt hoffen sie auf oder fürchten eine ausgleichende Gerechtigkeit und ein Fortleben nach ihrem Tod.

Religionen sind Kulturleistungen. Sie organisieren Religiosität in Gemeinschaften. Sie formulieren, pflegen und tradieren ihr Glaubensgut, gestalten ihre kollektive Erinnerung in Ritualen, Festen und Formen, die sich an klimatischen, geografischen, ethnischen und historischen Bedingungen orientieren.

### WAS IST RELIGION?

Sie weckt und domestiziert die religiöse Kraft ihrer Anhänger. Sie ermutigen sie zu Höchstleistungen der Kultur, der Verständigung und Versöhnung. Sie werden zur Gefahr, wenn sie einen absoluten Wahrheitsanspruch reklamieren und ihn gewaltsam durchsetzen wollen.

**In Europa führte ein langer und opferreicher Prozess zu der Vorstellung, dass verschiedene Religionen und Konfessionen nebeneinander existieren dürfen.** Die Aufklärung erfand dafür einen geeigneten Rahmen: den säkularen und weltanschaulich neutralen Staat. Man hört oft, dieser lebe von Voraussetzun-

gen, die er selbst nicht geschaffen habe. Das gilt aber auch für die Religionen. Erst der Staat garantiert ihnen den Raum, in dem sie sich frei entfalten können.

**Warum also lohnt sich ein interreligiöser Dialog?** Es gibt dafür viele gute Gründe. Ich nenne drei:

1. „Frieden unter den Völkern ist nicht möglich ohne Frieden unter den Religionen.“ (Hans Küng) Das Wohlstandsgefälle, aber auch Flucht und Vertreibung erzeugen große Wanderbewegungen. Wenn plötzliche Nachbarschaft nicht zum „clash of cultures“ führen soll, muss man miteinander reden und sich auf gemeinsame Normen verständigen.
2. Religionen sind zum Teil sehr alt. Sie begleiten ganze Völker oder große Menschengruppen durch die Jahrhunderte. Sie sammeln deren Erfahrungen und Geschichten. Sie bringen Gedanken, Texte, Musik, Tanz, Bauten und Bilder hervor, die das große imaginäre Museum der Menschheit mit Spitzenwerken bereichern. Manche davon wurzeln in den tiefsten Schichten der menschlichen Psyche und bieten jeder Generation neue Möglichkeiten, sich darin zu erkennen. Es macht Freude, diese Schätze zu heben und sie ins eigene Bewusstsein zu integrieren.
3. Die Religionen haben eine große Verantwortung für die Menschen, die sich ihnen anvertrauen und für die Gesellschaft, in denen sie existieren. Es ist von entscheidender Bedeutung, ob sie das allgemeine Wohl fördern, oder ihm im Weg stehen. Sie müssen Freiheit und Entfaltung fördern, auch in den eigenen Reihen. Sie müssen konsequent widerstehen, wenn sich Machtmissbrauch und verbrecherisches Handeln mit pseudoreligiösen Begründungen legitimieren wollen.

Es klingt utopisch, aber Religionsgemeinschaften, die sich nicht selbst verraten wollen, sind natürliche Verbündete. Wenn z. B. der Islam unter Generalverdacht gestellt wird, weil ihn einzelne Fanatiker für kriminelle Zwecke missbrauchen, dann sollten dem auch die christlichen Kirchen entgegenreten. Natürlich gehört der Islam auch zu Deutschland, denn er gehört zur Weltkultur.

Das Unvertraute ist immer zugleich Faszinosum und Bedrohung. Gegenseitiges Verstehen ist nicht gratis zu haben. Es kostet Zeit, manchmal Mühe, immer Geduld und – das Schwierigste überhaupt – eine Bereitschaft, den eigenen Standpunkt in Frage zu stellen. **Dialog ist also nicht singuläre Pflichtübung aus gegebenem Anlass, sondern Haltung in Permanenz. Auch unter Stress.**

Das ist keine nette Beilage höflicher Umgangsformen. Es ist Lebensmittel einer globalen und multipolaren Welt. Wo dieser Dialog misslingt oder gar nicht erst versucht wird, ist sehr bald „die Hölle los“. Das erleben wir gerade an vielen Brennpunkten unseres geschundenen Heimatplaneten.

Die Paläontologen suchen schon lange vergeblich nach dem „missing link“, dem fehlenden Glied zwischen Affe und Mensch. Vielleicht ist ihre Suche der Irrtum. Das fehlende Glied der Evolution sind möglicherweise wir.

**Religionen und ihre Freunde müssen sich zu Wort melden, wo ungerechte Verhältnisse herrschen, Freiheit beschnitten und Entfaltung behindert wird.**

Sie müssen Widerstand leisten, wo die Menschenwürde bedroht ist, wo Scharfmacher die Mikrofone erobern, Minderheiten verfolgen, oder auf kriegerische Konflikte setzen. Das heißt auch: Die Gesellschaft braucht das konsequente „Nein!“ der Religionen, wenn sich Machtmissbrauch und verbrecherisches Regierungshandeln mit pseudoreligiösen Begründungen legitimieren will.

Dazu will und kann diese Veröffentlichung einen Beitrag liefern. ■

NATÜRLICH GEHÖRT DER ISLAM  
AUCH ZU DEUTSCHLAND, DENN  
ER GEHÖRT ZUR WELTKULTUR.

# VERANSTALTUNGSBERICHTE

## „BONNER FORUM‘ ZUM THEMA „RELIGION ALS INTEGRATIONSFAKTOR – HINDERNIS ODER CHANCE?“ AM 27. OKTOBER 2015

Im Rahmen des Forschungsprojektes finden in regelmäßigen Abständen Diskussionsforen statt, die das praxisorientierte Projekt mit wissenschaftlicher Expertise untermauern. Der Fokus des ‚Bonner Forums‘ am 27. Oktober 2015 war auf die Religion als bedeutender Faktor bei der Integration von Muslimen in die deutsche Mehrheitsgesellschaft gerichtet.



**Prof. em. Dr. Dr. h.c. Josef Isensee,**  
Professor am Institut für Öffentliches Recht an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bonn



**Prof. em. Dr. Hans-Georg Soeffner,**  
Project Manager des Programms „Lebendige Werte“ bei der Bertelsmann Stiftung



**Yasemin El-Menouar,**  
Project Manager des Programms „Lebendige Werte“ bei der Bertelsmann Stiftung



**Gabriele Erpenbeck,** Vorsitzende des Gesprächskreises Christen und Muslime beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken



**Prof. Dr. Volker Kronenberg,**  
Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Bonner Akademie und wissenschaftlicher Leiter des Forschungsprojekts

**Prof. em. Dr. Dr. h.c. Josef Isensee,** Professor am Lehrstuhl für Öffentliches Recht der Universität Bonn und Koryphäe auf dem Gebiet des Verfassungsrechts mit jahrzehntelanger Expertise zum Einfluss des Christentums auf die Entwicklung und den Fortbestand des modernen Verfassungsstaates, bildete mit seinem Vortrag „Der säkulare Staat und die Realität der Religion“ den

Auftakt der Veranstaltung. In seinen Ausführungen hob Professor Isensee hervor, dass das Einheitsdenken von Staat und Religion im Islam im fundamentalen Widerspruch zum Geist der Moderne stehe. Gleichzeitig sei der moderne säkulare Staat nicht dazu berufen, einen Euro-Islam nach seinen Bedürfnissen zu gestalten.

Eine soziologische Betrachtung des Themas bot **Prof. em. Dr. Hans-Georg Soeffner**, Vorstandsmitglied am Kulturwissenschaftlichen Institut Essen. In seinem Beitrag betonte er, dass moderne Phänomene wie hochgradiger Individualismus und Fundamentalismus heutige plurale Gesellschaften zu fragilen Gebilden machen. Die in Deutschland einzigartige Vereinsstruktur sei daher von besonderer Bedeutung für den Zusammenhalt und das Funktionieren unserer Gesellschaft.

Anschließend stellte **Yasemin El-Menouar**, Project Manager Programm Lebendige Werte die Ergebnisse des Religionsmonitors „Die Wahrnehmung des Islams in Deutschland“ der Bertelsmann Stiftung vor. Zentrale Erkenntnisse der Studie zeigen auf, dass die Mehrheitsgesellschaft dem Islam zunehmend ablehnend gegenübersteht und diesen verstärkt als Hindernis bei der Integration wahrnimmt. Gleichzeitig führen die stark emotional aufgeladenen Debatten über den Islam und die Muslime zu einem gesamtgesellschaftlichen Rückzug der muslimischen Gemeinden in Deutschland.

Diese Ansicht teilt auch **Gabriele Erpenbeck**, Vorsitzende des Gesprächskreises Christen und Muslime beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken. In ihrem Vortrag zog sie das Fazit, dass für das Gelingen des Integrationsprozesses ein offenes und freundliches Klima sowie ein fairer Diskurs über Fundament und Rahmen des Zusammenlebens von größerer Bedeutung seien als die Religionszugehörigkeit.

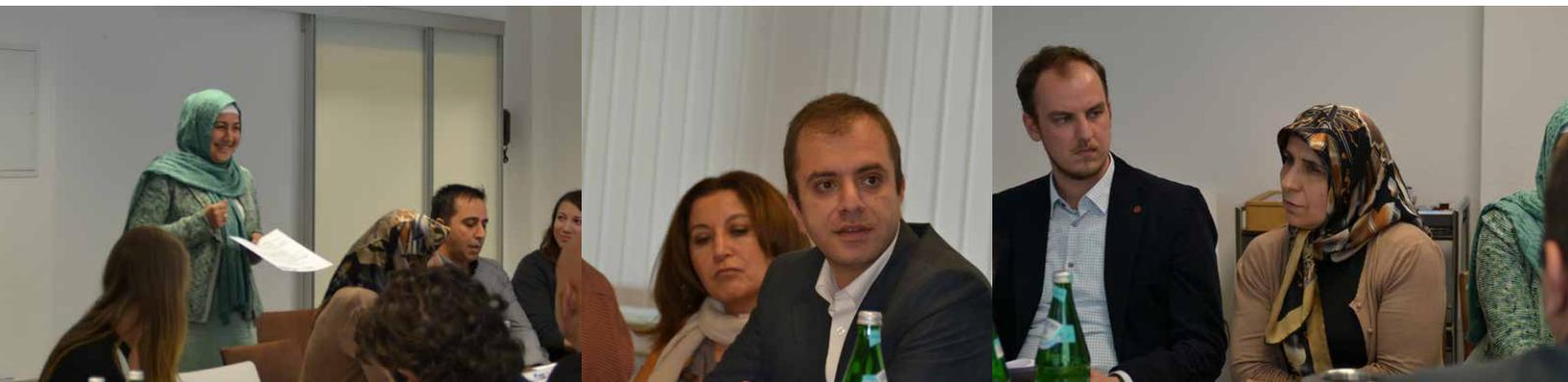
In seinen abschließenden Worten fasste **Prof. Dr. Volker Kronenberg**, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Bonner Akademie und wissenschaftlicher Leiter des Forschungsprojekts, zusammen, dass die Wahrnehmung des Islam stark mit Angst, Sorge und Ablehnung verbunden und diese weit über die Milieus hinaus in die Mitte unserer Gesellschaft vorgedrungen sei. Hier könnten vor allem Netzwerke des alltäglichen Lebens zur Integration von Zuwanderern beitragen. ■



Die regelmäßig stattfindenden akademischen Diskussionsforen bieten wissenschaftlichen Input für das praxisorientierte Projekt

## „ESSENER FORUM‘ ZUM THEMA „ERFOLGSFAKTOREN DER PRAKTISCHEN INTEGRATIONSARBEIT. ERFAHRUNGEN AUS DER JUGEND- UND ALTENHILFE“ AM 30. OKTOBER 2015

Ein wesentlicher Bestandteil des Forschungsprojekts ist die Durchführung von Expertenrunden, um den inhaltlichen Austausch zu intensivieren, ergebnisoffen zu diskutieren und die hinzugewonnenen Erkenntnisse wiederum in die Forschungstätigkeit einfließen zu lassen. Am 30. Oktober 2015 fand daher das nächste ‚Essener Forum‘ statt – dieses Mal zum Thema „Erfolgsfaktoren der praktischen Integrationsarbeit. Erfahrungen aus der Jugend- und Altenhilfe“.



Links: Hülya Ceylan, Projektleiterin „ALMAN“ Akzeptanz fördern – Loyalität stärken bei der DITIB Bildungs- und Begegnungsstätte Duisburg-Marxloh; Mitte: Cem Sentürk, Leiter der KAUSA Servicestelle Essen; rechts: Nigar Yardim, Projektleiterin „Wir brauchen DICH für UNS“ bei der DITIB Bildungs- und Begegnungsstätte Duisburg-Marxloh

Der Workshop bildete den Auftakt der zweiten Phase des Forschungsprojektes, in welcher die Begleitung konkreter Integrationsprojekte und -initiativen im Vordergrund stehen wird. Ziel ist es, unterschiedliche Herausforderungen und Erfolgsfaktoren der praktischen Integrationsarbeit im Ruhrgebiet zu identifizieren und praxisorientierte Ansätze zur Weiterentwicklung zu schaffen. Hierbei arbeitet die Bonner Akademie mit 15 Projekten der Jugend- und Altenhilfe in den Städten Duisburg, Essen und Gelsenkirchen zusammen, für die der Workshop auch eine Gelegenheit zum wechselseitigen Kennenlernen bot.

Nachdem **Dr. Boris Berger**, Geschäftsführer der Bonner Akademie, einen Überblick über das Forschungsprojekt gab, stellten die Vertreter der Integrationsinitiativen und -vereine ihre Arbeit vor. Dabei wurde das breite Spektrum der Ansätze deutlich, mit denen die verschiedenen Projekte und Initiativen das gemeinsame Ziel ‚gelungener Integration‘ verfolgen. Vom Jugendzentrum einer Moscheegemeinde über Beratungsangebote zum Berufseinstieg für Jugendliche bis hin zu

Freizeitangeboten für Senioren waren Initiativen und Ansätze aus nahezu allen Bereichen der Alten- und Jugendhilfe vertreten: PlanB Ruhr e.V., Generationennetz Gelsenkirchen e.V., JOBLINGE gAG Ruhr, KAUSA Servicestelle Essen, Jugendtreff Respekt, Chancenwerk e.V., die Projekte „Wir brauchen DICH für UNS“ und „ALMAN“ der DITIB, das Projekt „MiMi“- GESunde Integration der Stadt Gelsenkirchen, das Projekt „Gesundes Altern“ der AWO Arbeiterwohlfahrt Essen sowie die Projekte „Förderunterricht – Potentialförderung“ und „Brücke – Eltern für Eltern als Integrationsmittler in Jugendhilfe und Schule“ des Kommunalen Integrationszentrums Gelsenkirchen (KIGE)“.

Abschließend hielt **Prof. Dr. Volker Kronenberg**, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Bonner Akademie und wissenschaftlicher Leiter des Forschungsprojekts, fest, dass der konstruktive Austausch zwischen dem Projektteam und den Praktikern der Integrationsarbeit einen erfolgreichen Start für eine enge Zusammenarbeit während der kommenden Monate markiere, für die bereits konkrete nächste Schritte vereinbart wurden. ■

## **„ESSENER FORUM‘ ZUM THEMA „BRAUCHEN WIR EINEN ISLAMISCHEN WOHLFAHRTSVERBAND? PERSPEKTIVEN EINER AKTUELLEN DEBATTE“ AM 12. NOVEMBER 2015**

Am 12. November 2015 veranstaltete die Bonner Akademie das nächste ‚Essener Forum‘ und zwar zum Thema „Brauchen wir einen islamischen Wohlfahrtsverband? Perspektiven einer aktuellen Debatte“. Da dieses kontroverse Thema in Deutschland schon seit einigen Jahren intensiv diskutiert wird, lud die Bonner Akademie bekannte Experten ein, um im Rahmen des Forschungsprojekts dieses Thema zu erörtern und neue Impulse zu wecken.

Nach einer kurzen Einführung durch **Prof. Dr. Volker Kronenberg**, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates des Bonner Akademie und wissenschaftlicher Leiter des Forschungsprojekts, stellte **Samy Charchira**, Sachverständiger bei der Deutschen Islam Konferenz und Mitglied des Landesvorstandes des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes NRW, den aktuellen Stand der Diskussion in der Deutschen Islam Konferenz dar. Er betonte die Notwendigkeit eines islamischen Wohlfahrtsverbandes, der die bestehenden Angebote der freien Wohlfahrtspflege mit Blick auf soziale Dienstleistungen von und für Muslime ergänzen sollte. In diesem Zusammenhang plädierte Charchira für eine interkulturelle Öffnung der etablierten Verbände sowie für Wahlfreiheit. Er räumte jedoch ein, dass der Weg zu einem islamischen Wohlfahrtsverband ein langer sei, der konkreter Strategien und Strukturen bedürfe.

Vor diesem Hintergrund berichtete **Ayten Kilicarslan**, Abteilungsleiterin Frauen, Familie, Jugend und Soziale Dienste der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB) e. V., von den konkreten Herausforderungen der muslimischen Verbände in Deutschland, insbesondere im Ruhrgebiet. Sie lobte die Gründung der „AG Islamische Wohlfahrtspflege“ und betonte den Wunsch nach einem islamischen Wohlfahrtsverband,

der Angebote für alle Menschen unabhängig von Ihrer Religion machen sollte.

**Andreas Meiwes**, Direktor des Caritasverbandes für das Bistum Essen e. V., erklärte, dass die Caritas ihr Wissen und ihre Erfahrungen zur Gründung eines Wohlfahrtsverbandes gerne zur Verfügung stellen würde. Den ersten Schritt zur Gründung eines muslimischen Wohlfahrtsverbandes müssten die Muslime allerdings selbst gehen. Dabei könne insbesondere die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland als Modell dienen. Diese Ansicht teilte auch **Pfarrer Andreas Müller**, Diakoniewerk Essen e. V., dessen wichtigster Punkt die Offenheit des Wohlfahrtsangebots für Menschen aller Glaubensrichtungen war.

In der abschließenden Diskussion mit den Projektmitarbeitern waren sich alle Teilnehmer einig, dass die Gründung eines islamischen Wohlfahrtsverbandes wünschenswert, jedoch ein mittel- bis langfristiges Ziel sei. Zunächst müsse mit der Entwicklung und dem Ausbau konkreter Angebote vor Ort eine entsprechende Grundlage gelegt werden. Vor diesem Hintergrund wurde vereinbart, den wechselseitigen Austausch im weiteren Projektverlauf fortzusetzen. ■



Zusammen mit dem Projektteam wurden Perspektiven für die Gründung eines islamischen Wohlfahrtsverbands erörtert

## PODIUMSDISKUSSION „AUF DEM RECHTEN AUGE BLIND? – DIE AUFARBEITUNG DES NSU-SKANDALS“ MIT STEFAN AUST AM 19. NOVEMBER 2015

Vor dem Hintergrund der jüngsten Entwicklungen im Münchener NSU-Prozess durfte die Bonner Akademie am 19. November 2015 mit Stefan Aust, Herausgeber der Tageszeitung „Die Welt“ sowie ehemaliger Chefredakteur des „Spiegel“, einen der profiliertesten Terrorismus-Experten im deutschsprachigen Raum begrüßen. Über die Ausrichtung und die Effektivität der deutschen Sicherheits- und Ermittlungsbehörden, die Bedeutung der Nachwirkungen des rechtsextremen Terrors für die Integrationsdebatte sowie über die Aufarbeitung des NSU-Skandals diskutierten mit ihm unter der Moderation von Dr. Helge Matthiesen, Chefredakteur beim Bonner General-Anzeiger, der Bundestagsabgeordnete Clemens Binninger sowie Winfried Ridder, ehemaliger Mitarbeiter beim Bundesamt für Verfassungsschutz.



*Die Bonner Akademie durfte mit Stefan Aust einen der profiliertesten Terrorismus-Experten im deutschsprachigen Raum begrüßen*

In seiner Begrüßungsrede ging **Prof. Bodo Hombach**, Präsident der Bonner Akademie, auf die von islamistischen Terroristen in Paris verübte Anschlagsserie ein und spannte den Bogen zum Thema der Veranstaltung. Er sehe klare Interdependenzen bei den Entwicklungen, indem sich Terroristen und Radikale der verschiedenen Lager gegenseitig immer weiter anstacheln würden: „Sie brauchen die Gewalt der anderen für die eigene Gewalt.“ Was er mit Blick auf den NSU-Terror als besonders beunruhigend empfindet, ist nicht nur die Anzahl der Morde, sondern auch die Tatsache, dass diese jahrelang unbemerkt und die wahren Hintergründe unaufgeklärt blieben, so Prof. Hombach.

Zu Beginn seiner Rede griff **Stefan Aust** das Eingangsstatement von Prof. Hombach auf und entwarf dazu das Szenario, dass die Flüchtlingskrise und die Anschläge von Paris in den kommenden Monaten und Jahren eine Gegenbewegung mit rechter Gewalt provozieren könnten. Vor diesem Hintergrund und zur gezielten Bekämpfung sowohl des islamistischen als auch des rechten Terrorismus sei eine Stärkung der Geheimdienste unausweichlich, allerdings müssten die Kontrollmöglichkeiten verbessert und die offene Diskussion über Fehler der Vergangenheit gefördert werden. Im Zusammenhang mit der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ sprach Aust von „behördlichem Versagen“ und hielt fest, dass die Aussage, „der Verfassungsschutz



Die Bonner Akademie begrüßte an diesem Abend insgesamt über 160 Gäste

sei auf dem rechten Auge blind gewesen, zu einfach ist.“ Vielmehr „haben die Behörden höchstwahrscheinlich mehr gewusst, als sie jetzt zugeben“, so Aust.

Der Verfassungsschutz sei aus Sicht von **Clemens Binniger** oft „zu nah dran“, um noch objektiv urteilen zu können. Vor allem das V-Mann-System sieht das Mitglied des NSU-Untersuchungsausschuss „als kardinale Problem“: Hier ginge im Laufe der Zeit häufig die Distanz zwischen V-Mann, V-Mann-Führer und dem Observationsziel verloren. Allerdings sei der Einsatz von V-Männern nach wie vor wichtig, man sollte „dies nur nicht inflationär betreiben“. Dem pflichtete **Winfried Ridder** bei, der eine ähnlich weitreichende Dimension im V-Mann-System erkennt. Durch die bloße zahlenmäßig umfangreiche Einschleusung in rechtsgerichtete Organisationen sei bei den Geheimdiensten schnell der Eindruck entstanden, dass „man ‚rechts‘ alles im Griff habe“, was offensichtlich ein Trugschluss gewesen ist, so Ridder. ■



Einblicke in die Aufarbeitung des NSU-Skandals aus erster Hand lieferte Clemens Binniger, Bundestagsabgeordneter und Mitglied im NSU-Untersuchungsausschuss



Hielt die Begrüßungsrede: Prof. Bodo Hombach, Präsident der Bonner Akademie

## VERANSTALTUNG „INTEGRATION DURCH RELIGION? PERSPEKTIVEN DES CHRISTLICH-ISLAMISCHEN DIALOGS“ AM 1. DEZEMBER 2015

Das Thema „Integration“ stellt nach wie vor eine zentrale gesellschaftspolitische Herausforderung dar und wird auch in Zukunft weiter an Brisanz in der öffentlichen wie auch politischen Diskussion zunehmen. Aus diesem Grund veranstaltete die Bonner Akademie zusammen mit der Brost-Stiftung am 1. Dezember 2015 in Essen eine Diskussionsrunde, zu der sie Spitzenvertreter verschiedener Religionsrichtungen einlud, um die Rolle der Religion beim Integrationsprozess zu erörtern.

In seiner Begrüßungsrede betonte der Präsident der Bonner Akademie, **Prof. Bodo Hombach**, die Notwendigkeit eines interreligiösen Dialogs. Der Frieden könne nur durch Gemeinsamkeiten von Normen und Werten gesichert werden. In diesem Zusammenhang zitierte er den Theologen Hans Küng, der festhielt, dass dauerhaft „kein Frieden unter den Religionen ohne Dialog zwischen den Religionen“ möglich sei. Die Unterschiede zwischen den Religionen sollten als Bereicherung gesehen und die Verantwortung zum allgemeinen Wohl gefördert werden. Mit dem Statement, „der Islam gehört zur Weltkultur und damit auch zu Deutschland“, beendete Hombach seine Ausführungen.

**Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck** vom Bistum Essen, warnte in seiner Rede vor Religionsmissbrauch, Generalverdächtigungen und Pauschalisierungen. Je nach Einsatz der Religion könne sie in jeder Gesellschaft sowohl ein Integrationshemmnis als auch eine Chance darstellen, womit Religion eine Art „Doppelgesicht“ besitze. Des Weiteren unterstrich er die Wichtigkeit von festen institutionellen und gesellschaftlichen Strukturen zur Integrationsförderung.

Mit der Frage, wie das Verhältnis zwischen Muslimen und Christen aus Sicht der Podiumsgäste aktuell aussieht, leitete **Andreas Tyrock**, Chefredakteur der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung, die anschließende



*Großes Interesse an einem Thema, welches immer weiter an Aktualität gewinnt*



*Aiman A. Mazyek, Vorstandsvorsitzender des Zentralrats der Muslime*



*Manfred Rekowski, Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland*



*Unterstrich die Bedeutung der tätigen Nächstenliebe als Integrationsressource: Bischof Dr. Franz Josef Overbeck*



*Prof. Dr. Haci Halil Uslucan, Wissenschaftlicher Leiter des Zentrums für Türkeistudien und Integrationsforschung in Essen*

Diskussion mit **Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck**, **Manfred Rekowski**, Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, **Aiman A. Mazyek**, Vorstandsvorsitzender des Zentralrats der Muslime, und **Prof. Dr. Haci Halil Uslucan**, Wissenschaftlicher Leiter des Zentrums für Türkeistudien und Integrationsforschung in Essen, ein.

Aiman Mazyek wies auf das positive Zusammenwirken von Muslimen und Christen in Gemeinden und Vereinen hin und äußerte den Wunsch nach mehr Unterstützung der Muslime durch die kirchlichen Institutionen und durch die Mehrheitsgesellschaft, um Misstrauen und Vorurteilen entgegenzuwirken. Abschließend betonte er die Wichtigkeit der differenzierten Berichterstattung und deren Bedeutung im Hinblick auf die gesellschaftliche und politische Meinungsbildung.

Bischof Overbeck deutete darauf hin, dass die Gesellschaft zukünftig nicht nur durch die religiöse Pluralität bestimmt wird, sondern auch von Nichtreligiosität bis hin zum Atheismus. Folglich ist ein entscheidender

Faktor im Dialog die Akzeptanz und Anerkennung des Grundgesetzes für die diversen Gesellschaftsgruppen. Zuletzt betonte er, dass die Integration nur im Alltag gelingen kann und verdeutlichte in diesem Zusammenhang die Relevanz der Arbeitsmarkt- und Wohnungspolitik.

Das Thema Religion wird nach Meinung von Prof. Uslucan überstrapaziert. Er verlangte vor allem die Begegnung auf Augenhöhe auf allen Ebenen. Dies bedeutet gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsmarkt und an gesellschaftlichen Entscheidungen, politische Partizipation und gemeinsame Positionsbestimmung bei Zielen. Hierdurch werde Aufklärung gefördert und Ängsten entgegengewirkt.

Zum Abschluss der Diskussionsrunde unterstrich Präses Manfred Rekowski, dass man die aktuellen Herausforderungen mit Hilfe aktiver gesamtgesellschaftlicher Beteiligung bewältigen könne. Die entscheidende Frage sei dabei nicht, „ob wir es schaffen, sondern wie wir es schaffen.“ ■

# WAHRNEHMUNG UND LEBENSREALITÄTEN VON MUSLIMEN IN DEUTSCHLAND

## ERGEBNISSE AUS DEM RELIGIONSMONITOR



*Yasemin El-Menouar*  
Project Manager des Programms „Lebendige  
Werte“ bei der Bertelsmann Stiftung

Krieg und Terror dominieren seit 15 Jahren die öffentlichen Debatten über den Islam. Muslime leiden unter einem negativen Image, das durch eine Minderheit radikaler Extremisten geprägt wird. Wie sehen die Lebensrealitäten der Muslime tatsächlich aus? Welche Rolle spielt der Islam in ihrem Alltag?

Eine repräsentative Studie aus dem Religionsmonitor der Bertelsmann Stiftung zeigt, dass die Wahrnehmung des Islams stark von den tatsächlichen Lebensrealitäten der Muslime abweicht. Muslime fühlen sich in Deutschland zunehmend zuhause und versuchen sich in die Gesellschaft einzubringen. Die Mehrheitsbevölkerung entwickelt dagegen eine zunehmend ablehnende Haltung ihnen und ihrer Religion gegenüber. Für die gesellschaftliche Integration ist dies eine bedenkliche Entwicklung, da sich die Religionszugehörigkeit so zum Stigma entwickeln und gesellschaftlicher Diskriminierung Vorschub leisten kann. Dies wirkt einer Verbesserung der sozioökonomisch schlechteren Lage der muslimischen Bevölkerung entgegen und verfestigt soziale Ungleichheiten.

### MUSLIME IN DEUTSCHLAND SIND MIT STAAT UND GESELLSCHAFT ENG VERBUNDEN – UNABHÄNGIG VON DER INTENSITÄT IHRES RELIGIÖSEN GLAU- BENS.

Die befragten Muslime zeigen eine hohe Verbundenheit mit Deutschland. Ausdruck dafür ist einerseits die hohe Zustimmung zu gesellschaftlichen Grundwerten und andererseits umfangreiche Kontakte zu Nicht-Muslimen. Somit sind Grundvoraussetzungen für den Zusammenhalt in Gesellschaften, die sich durch kulturelle und religiöse Vielfalt auszeichnen, seitens der Muslime weitestgehend gegeben: geteilte Grundwerte und vielfältige gesellschaftliche Beziehungen.

**Unabhängig von der Intensität religiösen Glaubens wird das Grundprinzip der Demokratie von Muslimen hoch geschätzt.** So stimmen auch 90 % der hochreligiösen sunnitischen Muslime der Aussage, dass die Demokratie eine gute Regierungsform ist, zu. Dies entspricht auch dem Zustimmungsgrad der mittel- und weniger religiösen Sunniten.

Zudem sind sie für religiöse Vielfalt grundsätzlich offen und erkennen auch andere Religionen in hohem Maße an. Die Zustimmung zu dem Satz, man sollte allen Religionen gegenüber offen sein, stimmen 93 % der hochreligiösen sunnitischen Muslime. Mit 85 % sind nahezu ebenso viele der Meinung, jede Religion habe einen wahren Kern. Die zunehmende religiöse Vielfalt in un-

serer Gesellschaft empfinden 68 % der hochreligiösen, 71 % der mittel- und 75 % der wenig religiösen Sunniten in Deutschland als Bereicherung.

Die vielfältigen Beziehungen der Muslime zu Menschen anderer Religionszugehörigkeit legen nahe, dass sie auch sozial gut eingebunden sind. Nur eine kleine Minderheit von 8 % der Muslime hat keine regelmäßigen Freizeitkontakte außerhalb ihrer Religion. Gängige Thesen zu muslimischen Parallelgesellschaften sind somit faktisch nicht haltbar.

## DAS LEBEN ALS RELIGIÖSE MINDERHEIT PRÄGT RELIGIÖSE ORIENTIERUNGEN UND WERTHALTUNGEN DER DEUTSCHEN MUSLIME.

**Muslime sind deutlich religiöser als Angehörige anderer Religionen in Deutschland.** Und anders als bei Angehörigen anderen Religionen, bei denen wir einen weiteren Rückgang der Religiosität mit jüngerem Alter beobachten, bleibt die religiöse Bindung der Muslime über die Generationen hinweg stabil bzw. nimmt tendenziell sogar zu. Nach dem Zentralitätsindex sind 57 % der sunnitischen Muslime im Alter von 16 bis 30 Jahre hochreligiös; dieser Anteil beträgt unter 31- bis

40-Jährigen 63 %, unter 41- bis 50-Jährigen 49 %. Bei Katholiken in Deutschland beträgt der Anteil Hochreligiöser insgesamt 29 % – bei 16- bis 30-Jährigen lediglich 13 %.

Muslime führen althergebrachte religiöse Traditionen jedoch nicht einfach nur weiter, was sich beispielsweise in ihrer überdurchschnittlich hohen Glaubensreflexion zeigt. **Vor allem hochreligiöse Muslime überdenken häufig religiöse Glaubensinhalte** (63 %). Dies zeigt, dass in einer Minderheitensituation die Zugehörigkeit zum Islam nicht selbstverständlich ist, sondern eine Alternative unter vielen. Diese Wahl erfordert somit ein Maß an Vergewisserung. Anders ist es in Ländern, in denen Muslime die Mehrheit stellen und es mehr oder weniger normal ist, gläubig zu sein. Entsprechend denken Muslime in einer Mehrheitssituation wie beispielsweise der Türkei seltener über Glaubensinhalte nach (36 % der hochreligiösen sunnitischen Muslime).

Dies zeigt, dass die Lebenssituation der Muslime auch ihr religiöses Leben prägt. Muslime in Deutschland leben in einer deutlich vielfältigeren Gesellschaft und sind täglich mit unterschiedlichen Lebensformen konfrontiert. Sichtbar wird dies in liberaleren Haltungen der hochreligiösen Muslime in Deutschland im Vergleich zu Muslimen in der Türkei – dem Hauptherkunftsland der in Deutschland lebenden Muslime. In

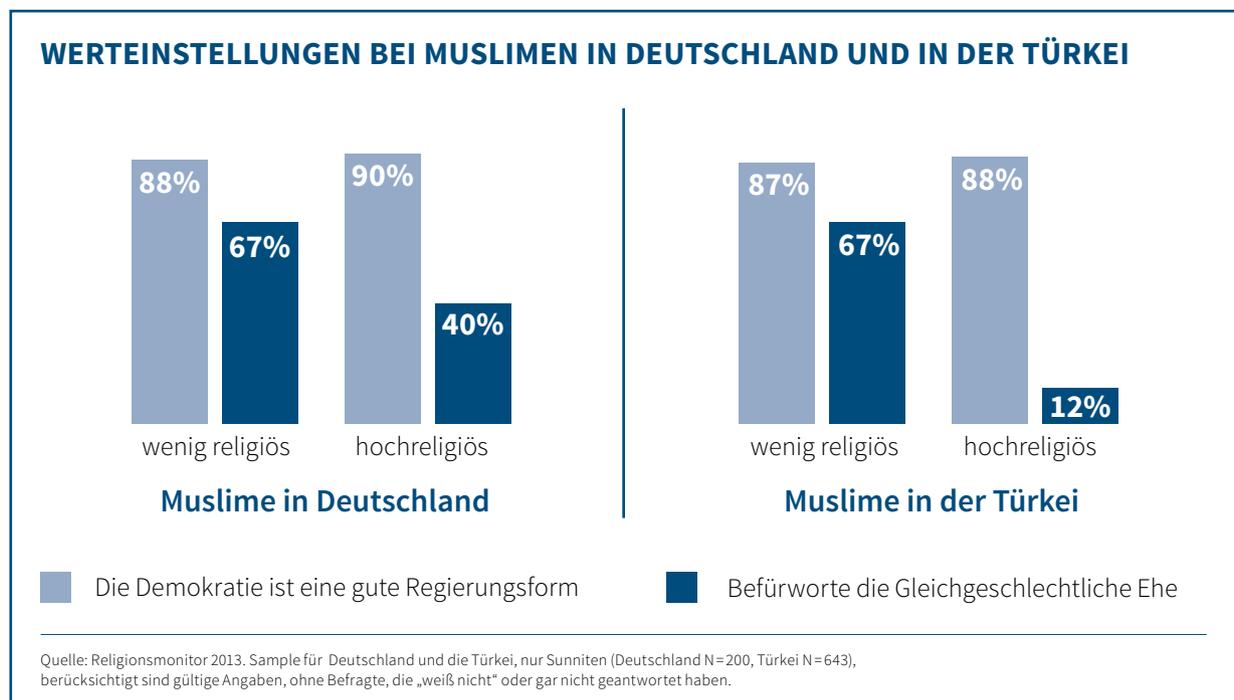


ABBILDUNG 1: Werteinstellungen bei Muslimen in Deutschland und in der Türkei

„ES IST FÜR DEN GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT EINE BEDENKLICHE ENTWICKLUNG, WENN MUSLIME UNTER GENERALVERDACHT GERATEN UND DADURCH AUSGEGRENZT WERDEN.“

Deutschland sind bspw. gleichgeschlechtliche Ehen unter frommen Muslimen eher akzeptiert (40 %) als in der Türkei (12 %, siehe Abb. 1). Zudem zeigt sich, dass Werthaltungen der deutschen Muslime zu ethisch-moralischen Fragen weniger mit der Intensität religiösen Glaubens zusammenhängen (Gamma=0,35) als beispielsweise bei Muslimen in der Türkei (Gamma=0,44). Der geringere Unterschied bei Muslimen in Deutschland kann – vorsichtig gedeutet – als eine zunehmende

de Entkopplung von ethisch-moralischen Vorstellungen und der Glaubensintensität interpretiert werden.

### DER OFFENEN HALTUNG DER MUSLIME STEHT EINE ZUNEHMEND ABLEHNENDE HALTUNG SEITENS DER DEUTSCHEN MEHRHEITSBEVÖLKERUNG GEGENÜBER.

Obwohl Muslime mittlerweile in der dritten Generation in Deutschland leben und hier heimisch geworden sind, begegnen sie zunehmenden Vorbehalten seitens der Mehrheitsbevölkerung (siehe Abb. 2). Über die Hälfte (57 %) der Bevölkerung nimmt den Islam als Bedrohung wahr und ein noch höherer Anteil (61 %) ist der Ansicht, dass der Islam nicht in die westliche Welt passt. Diese Ablehnung des Islams hat in den letzten zwei Jahren noch deutlich zugenommen.

Das bei der Bevölkerungsmehrheit vorherrschende Negativbild des Islams überträgt sich bei einem beträchtlichen Anteil auch auf das Bild der Muslime. Fast jeder zweite fühlt sich durch Muslime wie ein Fremder im eigenen Land. Ein Überfremdungsgefühl ist auch dort bei rund 40 % der Bevölkerung verbreitet, wo kaum Muslime leben und die Bevölkerung somit so gut

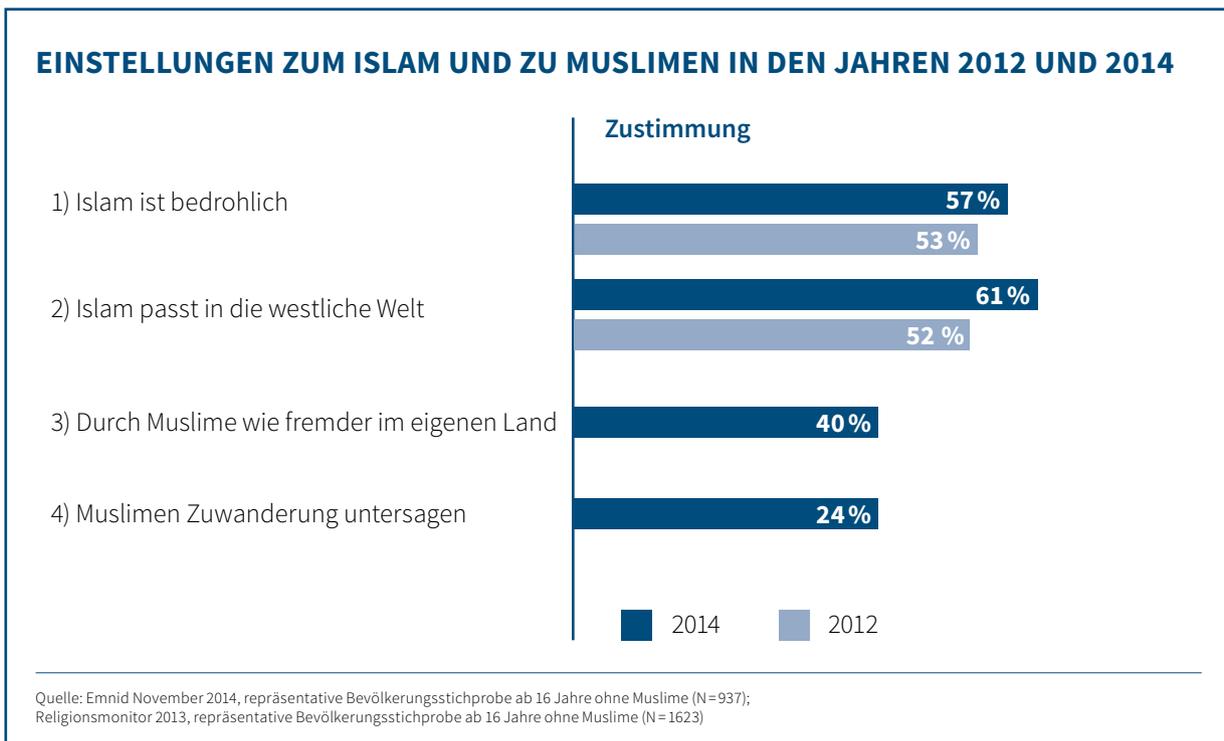


ABBILDUNG 2: EINSTELLUNGEN ZUM ISLAM UND ZU MUSLIMEN IN DEN JAHREN 2012 UND 2014

wie nie mit Muslimen in Berührung kommt. Das trifft beispielsweise auf viele ostdeutsche Regionen zu.

**Ein Viertel der Bevölkerung fordert sogar, dass die Einwanderung von Muslimen untersagt werden sollte.** Diese Entwicklungen bieten einen Nährboden für rechtspopulistische Parteien, deren Programm meist auch eine politische Agenda gegen Muslime enthält.

Die Ablehnung des Islams ist besonders in den Regionen Deutschlands stark ausgeprägt, wo kaum Muslime leben – wie beispielsweise in Sachsen. Dort empfindet 78 % der Bevölkerung den Islam als bedrohlich. In Nordrhein Westfalen, wo ein Drittel aller Muslime in Deutschland zuhause ist, wird der Islam hingegen als weniger bedrohlich empfunden (46 %). Auch hier ist jedoch der Anteil, der dem Islam abspricht, in die westliche Welt zu passen, ähnlich hoch wie im übrigen Deutschland. Wenn Muslime im eigenen Wohnumfeld leben und erfahren wird, dass keine reale Gefahr von ihnen ausgeht, fällt das Bedrohungsempfinden geringer aus. Die Ablehnung des Islams bleibt jedoch bestehen.

Insgesamt ist davon auszugehen, dass die kleine Minderheit der radikalen Islamisten (weniger als 1 % aller

Muslimen) – die bereits seit geraumer Zeit im Fokus der Öffentlichkeit steht – das Bild der vier Millionen Muslime in Deutschland prägt. Es ist für den gesellschaftlichen Zusammenhalt eine bedenkliche Entwicklung, wenn Muslime unter Generalverdacht geraten und dadurch ausgegrenzt werden.

### JUNGE MENSCHEN HABEN DEUTLICH SELTENER VORBEHALTE. DER PERSÖNLICHE KONTAKT IST DER SCHLÜSSEL.

Differenzierte Analysen zum Zusammenhang zwischen dem Islambild und sozioökonomischen Faktoren zeigen: Weder die politische Orientierung, noch das Bildungsniveau üben einen nennenswerten Einfluss auf das Islambild aus.

TATSÄCHLICH SCHEINT DER PERSÖNLICHE KONTAKT ALS KORREKTIV ZU WIRKEN.

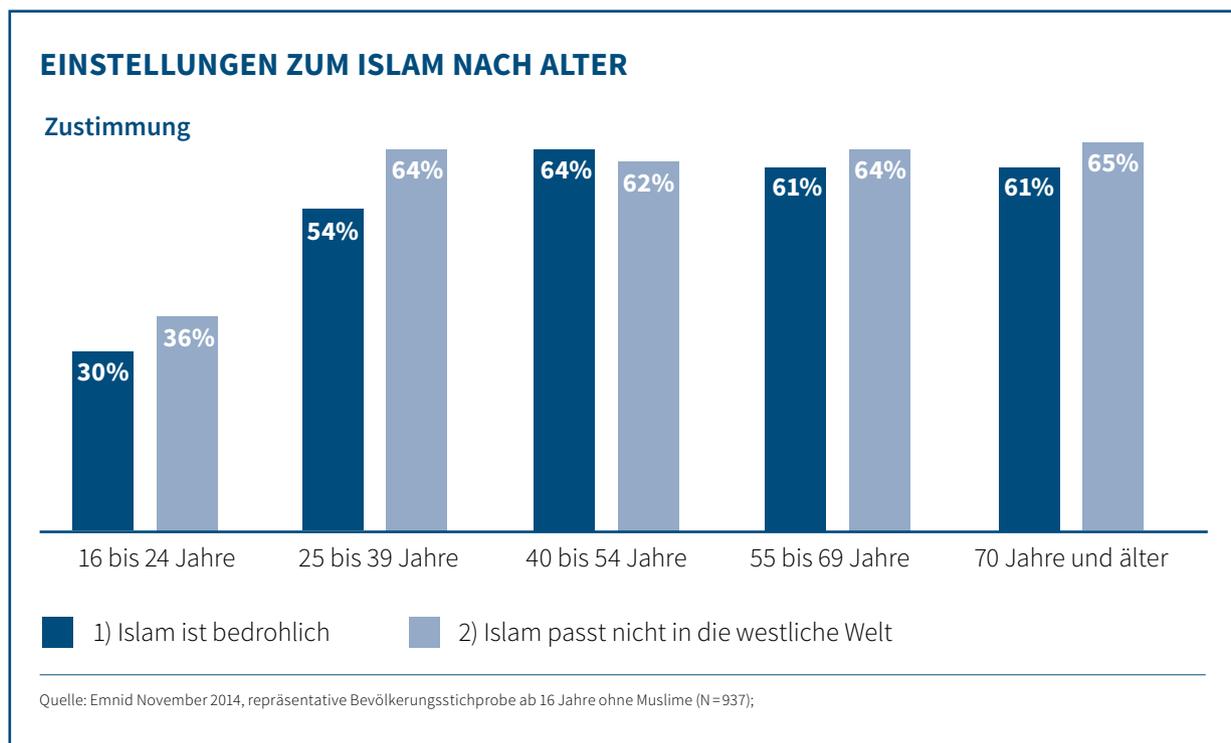


ABBILDUNG 3: Einstellungen zum Islam nach Alter

Deutlich positiver ist das Islambild lediglich unter Jüngeren im Alter von 16 bis 25 Jahren. Bei dieser Altersgruppe ist sowohl das Bedrohungsempfinden deutlich niedriger ausgeprägt als auch die Ansicht, dass der Islam nicht in die westliche Welt passt (siehe Abb. 3). Es ist davon auszugehen, dass in jüngeren Generationen der Anteil, der mit Muslimen aufwächst und Muslime deshalb eher zu Deutschland zugehörig empfindet, zunimmt. Tatsächlich scheint der persönliche Kontakt als Korrektiv zu wirken. Die Ergebnisse des Religionsmonitors zeigen, dass Vorurteile durch persönlichen Kontakt abgebaut werden können bzw. dass Vorbehalte bei Personen am größten sind, die keine Freizeitkontakte zu Muslimen haben. Derzeit hat nur ein Drittel der Bürger Freizeitkontakte zu Muslimen; in Ostdeutschland hat sogar nur jeder Zehnte Freizeitkontakte zu Muslimen. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass die Möglichkeiten für eine Minderheit mit der Mehrheitsbevölkerung in Kontakt zu treten zahlreicher sind als umgekehrt. Bei einem Anteil von 5 % an der Gesamtbevölkerung – und nur 2 % in Ostdeutschland – ist die Wahrscheinlichkeit, überhaupt auf Muslime zu treffen, schlichtweg gering. Weitere Analysen zeigen, dass es weniger die persönlichen Präferenzen sind, die für den mangelnden Kontakt verantwortlich sind. Die Gelegenheiten zum Kontaktaufbau fehlen häufig.

## **SCHLUSSFOLGERUNGEN FÜR EIN GELINGENDES MITEINANDER**

**Der Islam ist ein Teil Deutschlands und sollte mit den christlichen Konfessionen und dem Judentum in Deutschland gleichgestellt werden.** Diskriminierung von religiösen Minderheiten muss in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft präventiv verhindert und konsequent bekämpft werden. Wir brauchen eine aktive Gleichstellungspolitik, die Menschen unabhängig von ihrem religiösen oder ethnischen Hintergrund in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft fördert und ihr Potenzial anerkennt. Beispielsweise sind anonyme Bewerbungsverfahren bewährte Instrumente gegen die Diskriminierung am Arbeitsmarkt.

**Deutschland muss für seine Zukunftsfähigkeit eine Kultur der Anerkennung und der Offenheit entwickeln,** die religiöse wie kulturelle Vielfalt zulässt und den Zusammenhalt in der Gesellschaft festigt. Die institutionelle Anerkennung des Islams schreitet voran; in der Bevölkerung dagegen nehmen Ängste und Ablehnung zu, wie auch jüngste Entwicklungen (Pegida)

zeigen. Diese Entwicklungen müssen ernst genommen und breit diskutiert werden. Keinesfalls sollte man diese Debatten Extremisten oder Populisten überlassen.

**Wir benötigen mehr Wissen über die religiöse Vielfalt in der Gesellschaft.** Muslime als größte religiöse Minderheit in Deutschland stellen eine sehr heterogene Gruppe mit Wurzeln in vielen verschiedenen Ländern sowie mit unterschiedlichen religiösen Ausrichtungen und Sichtweisen dar. Vielfältige Gesellschaften benötigen ein umfangreiches Wissen über die Vielfalt im eigenen Land. Das ist eine Voraussetzung, um an die Lebenswirklichkeit religiöser Minderheiten anknüpfen zu können sowie Stereotype und Vorurteile in der Mehrheitsbevölkerung zu reduzieren.

**Deutschland braucht ein inklusives Wir-Gefühl,** das unterschiedliche Religionen und Kulturen umfasst. Viele gehen davon aus, dass Muslime keine Deutschen sein können und Deutsche keine Muslime, als ob es sich hierbei um zwei sich gegenseitig ausschließende Gruppen handeln würde. Mittlerweile ist der Großteil der Muslime in Deutschland geboren und aufgewachsen. Deutschland ist für sie Heimat. Diese Zugehörigkeit der Muslime sollte nicht infrage gestellt, sondern auch in öffentlichen Debatten deutlich werden. Ein neues inklusives Wir-Gefühl entsteht zudem, wenn alle gemeinsam die Herausforderungen des Zusammenlebens bewältigen und sich weniger an unterschiedlichen Religionszugehörigkeiten oder der unterschiedlichen Herkunft, sondern vielmehr an der gemeinsamen Zukunft orientieren. Begegnung und Kooperation über die Grenzen der eigenen Religion hinaus kann vor allem im unmittelbaren Lebensumfeld der Menschen stattfinden.

**Gesellschaftlichen Dialog und Begegnung fördern. Nur wer sich freiwillig und gleichberechtigt im Alltag begegnet, entwickelt auch Vertrauen.** Wir müssen als Gesellschaft Gelegenheiten für Begegnung und Dialog zwischen den Angehörigen verschiedener Religionen bieten, die nicht im theologischen Diskurs verhaftet bleiben, sondern Menschen in ihren Nachbarschaften und im Alltag zusammenführen. Gerade die gemeinsame Lösung alltäglicher Herausforderungen schafft Vertrauen und stiftet Freundschaften. ■

# DER SÄKULARE STAAT UND DIE REALITÄT DER RELIGION



*Prof. em. Dr. Dr. h.c. Josef Isensee  
Professor am Institut für Öffentliches  
Recht an der Rechts- und Staatswissen-  
schaftlichen Fakultät der Universität Bonn*

## I.

Wäre ein Staatsrechtslehrer vor 50 Jahren gefragt worden, ob die Zuwanderung von Muslimen in großer Zahl grundsätzliche Probleme verfassungsrechtlicher Art aufwerfen werde, so hätte er die Frage höchstwahrscheinlich verneint und darauf hingewiesen, dass das Grundgesetz in Fragen der Religion völlig indifferent sei. **In der Tat ist der Staat des Grundgesetzes säkularer Natur.** Er identifiziert sich mit keiner Religion. Die Frage nach transzendenter Wahrheit liegt jenseits seines Erkenntnis- und Entscheidungshorizontes. Er ist weder gläubig noch ungläubig. Er ist noch nicht einmal skeptisch. Die Wahrheit der Religion geht ihn schlichtweg nichts an. Ihm „gehört“ keine Religion, und er gehört keiner Religion an. Seine Einheit gründet nicht auf der Wahrheit eines Glaubens, sondern auf der grundrechtlichen Freiheit von jedermann, seinen Glauben zu haben und auszuüben oder sich jedem Glauben fernzuhalten. Die nationale Einheit der Deutschen hat sich über die Spaltung in Konfessionen hinweg hergestellt im säkularen Staat, der Heimstatt aller Bürger sein will, der gläubigen wie der ungläubigen, der engagierten wie der gleichgültigen. Er fragt auch nicht danach, ob ein religiöses Bekenntnis im Lande verwurzelt oder von außen importiert ist. So kommen die individuelle wie die kollektive Religionsfreiheit ohne weiteres den einzelnen Muslimen sowie ihren Gemeinschaften zu.

Dennoch erscheint der Islam heute als Störenfried der Gesellschaft, ein Fremdkörper, der sich nicht integriert, eine latente Bedrohung. Die Furcht- und die Abwehrreflexe, die sich angesichts der Flut der Zuwanderer und Flüchtlinge aus der islamischen Welt regen, sind nicht nur eine Frage der Quantität, sondern auch und vornehmlich eine Frage der Qualität. Sie kämen nicht auf, wenn es sich um Lateinamerikaner handelte. Die dem Islam eigentümliche Qualität ist religiöser Natur, religiös aber in einem ganzheitlichen Sinn, in dem die gängigen Unterscheidungen zwischen Weltanschauung, Moral, Brauchtum, Politik aufgehoben sind. **Daher fängt der Grundrechtstatbestand der Religionsfreiheit den Islam nicht in seiner Ganzheit ein, die alle Lebensbereiche erfasst und die sich am ehesten durch den dehnbaren, weiten, umfassenden Begriff von Kultur bezeichnen lässt.**

## II.

In diesem Verständnis löst sich Kultur aus der Sphäre ästhetischer und folkloristischer Harmlosigkeiten und gewinnt politische Brisanz: Kultur, wenn nicht notwendig versehen mit der Kraft, den „Kampf der Kulturen“ auszulösen, so doch mit der Kraft, dem Integrationszog der modernen Gesellschaft zu trotzen. Damit erheben sich die Fragen: Wieviel kulturelle Differenz verträgt die deutsche Gesellschaft? Welche Art von Kulturimport ist der deutschen Kultur kompatibel? Bei welchen Personengruppen stoßen Integrationsbemühungen auf (bisher jedenfalls) unüberwindlichen Widerstand?

Widerstand leisten nicht die Ausländer im Allgemeinen. Das Fehlen der Staatsangehörigkeit gibt keine Auskunft über kulturelle Differenzen. Die europäische Unionsbürgerschaft, das Akzessorium der Staatsangehörigkeiten der EU-Mitgliedstaaten, darf von vornherein ausscheiden, weil alle der (bisherigen) Mitgliedstaaten demselben, christlich vorgeprägten kontinentalen

Kulturraum angehören. Im Übrigen bilden die Unionsbürger eine quantité négligeable; bislang leben nur mehr oder weniger als zwei Prozent dauerhaft in einem anderen Mitgliedstaat als ihrem Heimatstaat. Die außer-europäischen Zuwanderer sind unter integrationspolitischen Gesichtspunkten heterogen. Vietnamesen, Chinesen, Lateinamerikaner assimilieren sich zumeist rasch und geräuschlos. Dagegen schaffen das große, ungelöste Integrationsproblem die Zuwanderer aus muslimischen Ländern.

Das ist, bei unserem Thema unvermeidlich, eine grob typisierende Feststellung, die nichts besagt über die einzelnen Biographien der Zuwanderer. Doch selbst die Typisierung bedürfte der Einschränkungen und Modifikationen. So haben sich die Iraner – zu einem erheblichen Teil Opponenten gegen das Ayatollah-Regime – mit ungewöhnlichem Erfolg in das deutsche Erwerbsleben eingefügt. „Die Muslime“ bilden keine homogene Gruppe. **Vielmehr zeigen sich vielfältige Unterschiede nach Glaubensrichtung und Glaubenseifer, nach nationaler Herkunft und sozialer Schicht, nach Lebensweise und Einstellung zur westlichen Welt.** Doch ungeachtet aller notwendigen Vorbehalte bleibt es bei der typisierenden Feststellung: die letzte Ursache, dass Integration heute zum ungelösten und, soweit absehbar, zum unlöslichen Problem für Deutschland und für die ähnlich betroffenen Länder des abendländischen Kulturkreises geworden ist, liegt an der Integrationsresistenz des Islam, an seinem fundamentalen Widerspruch zum Geist der Moderne (nicht dagegen zu seinen technischen Errungenschaften), zur Säkularität des Staates, zur Verortung der Religion in einer offenen, auf Wettstreit der Geister ausgerichteten pluralistischen Gesellschaft, zur Unterscheidung von Recht und Moral, von Religion und Brauchtum. Im Islam verkörpert sich ein Einheitsdenken, wie es so dem Christentum niemals, auch nicht in früheren Entwicklungsstadien, eigen war, weil es von Anfang an unterschied zwischen dem Reich Gottes und den Reichen dieser Welt, zwischen Gesetz und Gewissen, zwischen dem, was des Cäsars, und dem, was Gottes ist. Das sind jene Unterscheidungen, aus denen in einem langen historischen Prozess die Moderne hervorgegangen ist.<sup>1</sup>

**Die europäische Kultur hat keinen Grund, sich gegenüber der islamischen hochmütig zu gebärden und moralische Überlegenheit für sich zu reklamieren.** Für den frommen, sittenstrengen Muslim mag diese Kultur geradezu ein schockierendes, Abscheu erre-

gendes Bild abgeben, als schamlose und würdelose Szene der Unmoral, des Hedonismus, des Unerntes, der Dekadenz, eine gottlose Welt, der nichts mehr heilig ist. Allerdings legitimiert sich die europäische Kultur in ihrer realen Erscheinung auch nicht aus ihrer Moral, sondern aus der Freiheit aller, die ihr zugehören. Die Ausübung von grundrechtlicher Freiheit verbürgt keine moralische (wie auch keine intellektuelle) Qualität, weil Freiheit dem guten wie schlechten, dem klugen wie dummen Handeln gleichermaßen offensteht. Freiheit bedeutet die Fähigkeit, sich selber Gesetze zu geben und sich nicht fremden Gesetzen, damit auch den Moral- und Glaubensgeboten der anderen, beugen zu müssen.

**Der Widerspruch löst sich nicht von selbst in der zweiten oder dritten Generation.** Er löst sich auch nicht durch Einbürgerung. Im amtlichen Sprachgebrauch gibt es zwei Klassen von Deutschen: die mit und die ohne Migrationshintergrund. Der Widerspruch der Kulturen läuft quer zur Distinktion zwischen Ausländern und Staatsangehörigen. Daher handelt es sich der Sache nach heute eigentlich nicht mehr um ein spezifisches Thema des Ausländerrechts. Es zeigt sich aber auch, dass die Zugabe der deutschen Staatsangehörigkeit an Ausländer, die in Deutschland geboren werden, das Problem nicht löst, sondern eher verfestigt, weil sie die Einbürgerung nicht als Lohn der gelungenen Integration gibt, sondern als Geschenk, das zu nichts verpflichtet.

Die political correctness verwehrt, das Problem der kulturellen Identität und Differenz offen und freimütig zu diskutieren. Ihr widerstrebt, die Differenz überhaupt nur wahrzunehmen. Eine Verdrängungstechnik geht dahin, das kulturelle Problem umzudeuten in ein soziales und darauf zu bauen, es auf dem probaten Wege durch Anwerfen der Umverteilungsmaschinerie zu lösen (unbeeindruckt durch die immer wiederkehrende Erfahrung, dass sich die gefährlichste Sorte der Integrationsverweigerer vielfach aus den Oberschichten rekrutiert). Eine andere Argumentation leugnet, dass die kulturelle Identität Deutschlands, so es sie denn überhaupt gebe, rechtlichen Schutz verdiene, dass jedenfalls der Staat gehindert sei, den Schutz zu leisten. Ein Politiker der Grünen begründete die „Willkommenskultur“ gegenüber den Zuwanderungsmassen damit, dass es überhaupt nicht darauf ankomme, dass das deutsche Volk weiter bestehe, wenn nur die Demokratie des Grundgesetzes erhalten bleibe:

Selbstausschöpfung der Nation als Akt des Verfassungspatriotismus.<sup>2</sup> Selbsthass gibt allerdings keine Integrationsimpulse.

### III.

**Im freiheitlichen Gemeinwesen ist Integration zunächst einmal Sache des Einzelnen.** Ein jeder bestimmt, ob er sich in seine Privatheit zurückzieht oder am gesellschaftlichen Wettbewerb teilnimmt, wie er sein Familienleben gestaltet und seine Religion ausübt. Ein jeder entscheidet darüber, ob und in welchem Maße er sich in seine soziale Umwelt fügt oder sich von ihr absetzt, sich der Mehrheitsgesellschaft anpasst, in einer minoritären Gruppe aufgeht oder auf einem Dasein nach eigener Fassung besteht.

Die grundrechtliche Freiheit zur Integration erschöpft sich aber auch in selbstbestimmtem Handeln. Kein Grundrechtsträger kann dem anderen seinen Willen aufzwingen, ihn zum Vertragsschluss nötigen und von ihm verlangen, seinen Lebensstil zu übernehmen, seine religiösen Überzeugungen zu teilen und sich seinen sozialen und kulturellen Bedürfnissen anzupassen. Denn dem anderen kommt die gleiche grundrechtliche Freiheit zu, über seine Lebensführung zu bestimmen, sich selbst die Personen auszusuchen, mit denen er umgeht, Beziehungen aufzunehmen oder zu verweigern. Daher ist gesellschaftliche Integration nicht nur eine Frage des guten Willens des Einzelnen. Ob es ihm gelingt, eine bestimmte Beziehung herzustellen, ob er in der jeweiligen sozialen Rolle als Nachbar, Vereinsmitglied, Mitspieler, Mitarbeiter, Unternehmer reüssiert, hängt ab von beeinflussbaren wie unbeeinflussbaren Faktoren: von der Attraktivität des eigenen Angebots, von Vertrauenswürdigkeit und Tüchtigkeit, von Gunst oder Ungunst der Umstände, letztlich aber davon, ob die anderen, auf die es ankommt, sich einlassen oder versagen. **Integration ist Sache von Mehrheit und Minderheit zugleich.** Sie setzt nicht nur voraus, „dass die Mehrheit der Bevölkerung religiöse oder weltanschauliche Minderheiten nicht ausgrenzt, sie verlangt vielmehr auch, dass diese sich nicht selbst abgrenzen und sich einem Dialog mit Andersdenkenden und -gläubigen nicht verschließen.“ Die Grundrechtsgesellschaft gründet auf allseitiger freier Verständigung und auf offenem Wettbewerb. Prinzipiell erwartet die Verfassung, dass sich die Integration aller, gleich ob Inländer oder Ausländer, im freien Spiel der gesellschaftlichen Kräfte vollzieht, dass

die Bedürfnisse der Einzelnen ausreichen, um Kontakte, Leistungsaustausch und Interessenausgleich herbeizuführen, dass gleichwohl einem jeden noch Spielraum verbleibt, um für sich selbst Distanz oder Nähe zur sozialen Umwelt zu bestimmen. **Integration wird weitgehend gesteuert von der unsichtbaren Hand der offenen Gesellschaft.**

## INTEGRATION IST SACHE VON MEHRHEIT UND MINDERHEIT ZUGLEICH.

Dennoch bedarf Integration auch der sichtbaren Hand des Staates. Diesem obliegt es, ihr die rechtlichen Grundlagen bereitzustellen und, soweit die spontanen Kräfte der Gesellschaft nicht ausreichen, sie zu fördern, um sie zu werben, notfalls sie mit rechtlichem Nachdruck einzufordern. Die Aufgabe des Staates reicht weit. Seine Ausführungsbefugnisse aber sind von Verfassung wegen knapp dosiert.

### IV.

Über den westlichen Gesellschaften steht das Menetekel „Islamische Gewalt“. Als sich diese im Januar 2015 – wieder einmal – entladen hatte im Anschlag auf die Redaktion des Pariser Satiremagazins „Charlie Hebdo“, wurden die Opfer als Märtyrer der Freiheit gefeiert. Doch sie hatten ihr Leben nicht für die Sache der menschenrechtlichen Freiheit geopfert; vielmehr hatten sie die Freiheit bis an ihre äußersten Grenzen (und darüber hinweg) genutzt, um den Islam wie die Religion überhaupt zu schmähen, und so die Gefühle derer verletzt, die ihre Mörder wurden oder die den Mord mit klammheimlicher wie offener Freude begrüßten. Die Morde sind nicht zu rechtfertigen und die Mörder nicht zu entschuldigen. Die Tat bleibt ein ungeheures Verbrechen. Staatsrechtlich gesehen, richtete sich die Tat aber nicht, jedenfalls nicht unmittelbar, gegen die Idee und das Recht der Freiheit, sondern gegen das staatliche Gewaltmonopol, dem die Pflicht des Bürgers korrespondiert, sich der Androhung und der Anwendung physischen Zwangs zu enthalten, selbst dann, wenn das Ehrgefühl auf das Tiefste verletzt wird. Die bürger-

liche Friedenspflicht ist die Bedingung der Möglichkeit der grundrechtlichen Freiheit für alle.

Die Freiheit als solche gibt kein moralisches Gütesiegel. Ihre Ausübung kann allen Regeln des Anstands und des Geschmacks spotten und so schärfsten Widerspruch auf sich ziehen, aber keine physische Gewalt. **Eine Grundpflicht der Bürger eines freiheitlichen Gemeinwesens besteht darin, die Zumutungen der Freiheit des anderen auszuhalten.** Das haben die Europäer in einem langen historischen Prozess lernen müssen. Das müssen nun die Zuwanderer aus geschlossenen Gesellschaften lernen. Dass sie es lernen, ist eine Vorbedingung ihrer Integration. Sie können nicht erwarten, dass ihrer Gefühle wegen die für alle geltende Grenze der Freiheit enger gezogen oder der Standard der inneren Sicherheit gesenkt wird.

Doch Letzteres zeichnet sich schon hier und da ab. Als das Amtsgericht Lüdinghausen im Jahre 2006 einen Angeklagten, der Klopapierrollen mit Koranaufdruck an islamische Einrichtungen versandt hatte, – zu Recht – wegen Religionsbeschimpfung (§ 166 StGB) verurteilte, erkannte es als strafmildernd an, dass der Angeklagte selbst von den Folgen seiner Tat eingeholt worden sei: aufgrund erheblicher Bedrohungen und einer akuten Gefährdungslage lebe er nicht mehr unter seiner bisherigen Wohnanschrift, sondern halte sich an wechselnden Orten auf, um nicht weiter identifiziert werden zu können.<sup>3</sup> Die staatliche Justiz kalkuliert die Selbstjustiz ein.

Die Probleme, die sich hier abzeichnen, werden nicht dadurch gelöst, dass integrationseifrige Politiker und Journalisten jedwede islamistische Aggression als religiöses Missverständnis verharmlosen und die Muslime mit ausgewählten Zitaten aus dem Koran darüber belehren, wie friedlich und europatauglich der „wahre“ Islam denn sei. Die Schuster sollten bei ihren Leisten bleiben, die säkularen Erfordernisse des gedeihlichen

Zusammenlebens beim Namen nennen und einfordern und den Koran den Koranschulen belassen.

Integrationsziele und Integrationsrücksichten kommen knapp und kompakt zum Ausdruck in der Staatsrhetorik, wenn – wieder einmal – ein im Namen des Islam gezündeter Terroranschlag die Bevölkerung erschüttert. Amtsträger und staatstragende Medien appellieren an Gemüt und Vernunft, an Empathie und Bürgersinn, an Differenzierungsvermögen und Realitätsblindheit um des lieben Friedens willen. Der Duktus der Stellungnahmen ist ritualisiert, die Wendungen mehr oder weniger stereotyp. Am Anfang: Bekundung des Entsetzens, des Mitleids mit den Opfern und ihren Familien. Sodann: Appell zum Kampf gegen den Terrorismus, aber unter Aufrechterhaltung aller rechtsstaatlichen Normalitätsgarantien. Danach: Reinigung der Muslime vom „Generalverdacht“, sie könnten den Terrorismus unterstützen oder mit ihm sympathisieren, Freundschaftsbeteuerung an den Islam, der mit dem Islamismus nichts zu tun habe. Am Ende: energische Absage an rechtsextreme Versuche, Islamphobie zu schüren, Gewalt und Gegengewalt zu zündeln, statt dessen Aufruf zu Gelassenheit, Mitmenschlichkeit, Willkommenskultur.

## V.

**Das wirksamste Integrationsinstrument des Staates ist seine Schulhoheit.** Sie steht dem grundrechtlich gewährleisteten Elternrecht gegenüber. Je nach Lage des Einzelfalles kann sie der Kooperation mit den Eltern, der Ergänzung, der Korrektur wie des Gegengewichts zu ihrer Erziehung dienen.

„Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht.“<sup>4</sup> Die Eltern bestimmen Ziele und Wege der Erziehung; sie vermitteln dem Kind die Muttersprache und legen die religiösen, ethischen, lebenspraktischen Grundlagen. In der elterlichen Erziehung regeneriert sich die Kultur des Gemeinwesens. Sie vermag die Besonderheit von Gruppenethos und Milieus zu verstetigen und das Wachstum von Parallelgesellschaften zu fördern. Es liegt an den Zuwanderern aus dem ostanatolischen Bergdorf, ob sie in ihrer Erziehung westlichen Leitbildern folgen oder denen ihrer Herkunft, ob sie ihr Kind auf ein Leben in der deutschen Gesellschaft vorbereiten oder auf ein Leben in der türkischen Enklave, die sich abschottet von der deutschen Großstadt, zu

DAS WIRKSAMSTE  
INTEGRATIONSINSTRUMENT  
DES STAATES IST SEINE  
SCHULHOHEIT.

der sie staats- und völkerrechtlich gehört. Die Eltern entscheiden, mit welchen Kindern ihre Kinder spielen, welche Erwachsenen Einfluss nehmen dürfen, ob sie es in einen deutschen Kindergarten geben oder in eine Koranschule. Damit stellen sie die Weichen zwischen Integration oder Segregation.

Der Staat respektiert die Entscheidung, wie immer sie ausfällt. Das verfassungsrechtlich garantierte Elternrecht hindert ihn, hier mit Rechtszwang zu intervenieren. Auch das Wächteramt, das ihm die Verfassung zuweist,<sup>5</sup> bildet keinen Eingriffstitel. Er kann die Eltern nicht daran hindern, die Nichtmuslime als Feinde Gottes darzustellen und im Umgang mit ihnen das Gebot der taqūya einzuüben,<sup>6</sup> der Verstellung im Feindesland, wie er ihnen auch nicht verbieten kann, das Kind dem Einfluss volkshetzerischer Imame in Moscheen auszusetzen (Ein anderes Thema ist es, dass er den eingereisten Hasspredigern unter Umständen mit den Mitteln des Aufenthalts-, des Ordnungs- und des Strafrechts das Handwerk legen kann.). Doch lebt das staatliche Wächteramt über die elterliche Erziehung auf, wenn das Kind zu verwahrlosen droht, vollends wenn Rechte des Kindes, die auch die Eltern zu achten haben, gefährdet werden, etwa bei der Genitalverstümmelung von Mädchen oder ihrer Zwangsverheiratung. Hier stößt der grundrechtlich geschützte Sitten- und Religionsimport auf eine unüberwindliche Grenze im deutschen *ordre public*. Das Wächteramt ist ein Medium der Gefahrenabwehr, kein Medium staatlicher Erziehung. Es vermag nicht, das Internum der Familie zu kontrollieren und zu dirigieren. Es vermag auch nicht, die formierten Parallelgesellschaften aufzulösen, deren grundrechtliches Lebenselixier gerade das Elternrecht bildet.

**Integration beginnt in der Familie oder sie bricht sich an ihr. Die Familie kann ein offenes Haus sein oder eine feste Burg, eine Operationsbasis, ein Bunker oder ein Gefängnis.**

## VI.

Dagegen öffnet die allgemeine Schulpflicht die Tore der Kulturghettos, falls es nicht anders geht, auch mit staatlichem Zwang. Sie erfasst alle Kinder, die der Einheimischen wie der Zugewanderten. Sie fragt nicht nach Staatsangehörigkeit, nach ethnischer Herkunft, sozialer Schicht, Religion. Die Schule ist das wirksamste Integrationsinstrument des Staates, vielleicht das

einzige, das nachhaltige Wirkung zeitigt. Daher behält er sich „die für alle gemeinsame Grundschule“<sup>7</sup> vor, die nicht durch die Privatschule und nicht durch Privatunterricht ersetzt werden kann. Denn, so das Bundesverfassungsgericht, „soziale Kompetenz im Umgang auch mit Andersdenkenden, gelebte Toleranz, Durchsetzungsvermögen und Selbstbehauptung einer von der Mehrheit abweichenden Überzeugung können effektiver eingeübt werden, wenn Kontakte mit der Gesellschaft und den in ihr vertretenen Auffassungen nicht nur gelegentlich stattfinden, sondern Teil einer mit dem regelmäßigen Schulbesuch verbundenen Alltagserfahrung sind“.

Von jeher hatte die öffentliche Schule den Auftrag, über gemeinsame Bildung die konfessionell, ständisch, politisch geteilte Gesellschaft zu einer, soziale Chancengleichheit herbeizuführen und nationalen Zusammenhalt zu stiften. Der Auftrag bewegte sich innerhalb der deutschen Gesellschaft, die über alle Widersprüche hinweg jedenfalls durch die gemeinsame Sprache geeint war. Selbst diese Gemeinsamkeit kann bei den Kindern von Zuwanderern nicht allgemein vorausgesetzt werden. Die Unterrichtssprache aber ist Deutsch. Wenn das Kind die notwendigen Sprachkenntnisse nicht bereits mitbringt, muss die Schule sie nachträglich aufbauen. Sie holt die Kinder dort ab, wo sie sich von Haus aus befinden.

In der Ausübung seiner Schulhoheit erweist sich der Rechtsstaat als sittlicher Staat. Er bringt das allgemeine Ethos zur Geltung, das ein gedeihliches Zusammenleben in Verschiedenheit ermöglicht und die Einheit des Gemeinwesens gegenüber den Fliehkräften der Gesellschaft sichert, ein Ethos, das Selbstbehauptung, Rücksichtnahme und Gemeinsinn verbindet, das die Fähigkeit gibt, die eigene Freiheit verantwortlich auszuüben und die Freiheit des anderen zu ertragen, auch dann, wenn ihre Ausübung schmerzt.

Die Demokratie legt ihr Schulprogramm für alle Schüler einheitlich fest nach verallgemeinerungsfähigen Maßstäben. **Zu den verfassungsrechtlichen Vorgaben gehören die staatliche Pflicht zur religiösen Neutralität und das Gebot der Toleranz.** „Die mit dem Besuch der Schule gleichwohl verbundene Konfrontation mit den Auffassungen und Wertvorstellungen einer zunehmend säkular geprägten pluralistischen Gesellschaft ist Schülern wie Eltern trotz des Widerspruchs zu ihren eigenen religiösen Überzeugungen zuzumuten.“<sup>9</sup>

Der Unterricht löst sich nicht auf in rechtliche und kulturelle Beliebigkeiten, und das Schulhaus wandelt sich nicht zur Multi-Kulti-Agentur. Was die Schule lehren und anstreben soll, ergibt sich aus dem deutschen Recht sowie aus der deutschen, sohin weltzugewandten Kultur. Die leibliche, seelische und gesellschaftliche Tüchtigkeit, zu der die Schule den Schülern verhelfen soll, hat sich in der offenen Gesellschaft zu bewähren, die nicht nur nach außen zu anderen Ländern offen ist, sondern auch offen im Innern, wo keine kulturellen Demarkationslinien gelten dürfen. Eben deshalb missachtet die Schule ihren Erziehungsauftrag, wenn sie

## DER KONFLIKT BESTEHT NICHT ZWISCHEN DEM ISLAM UND DEM CHRISTENTUM ALS RELIGIONEN, SONDERN ZWISCHEN DER ISLAMISCHEN UND DER WESTLICHEN LEBENSFORM.

ihren für alle geltenden Anspruch zurücknimmt, sowie sie auf den Widerstand von Immigranten aus fremder Kultur stößt, die unter Berufung auf ihr Elternrecht zu religiöser Erziehung verlangen, dass ihre Tochter vom koedukativen Sport- und Schwimmunterricht, vom Sexualkundeunterricht oder vom Klassenausflug freigestellt und unter Sonderrecht nach dem Frauenbild der Scharia gestellt wird. Am verfassungsrechtlich verankerten Erziehungsauftrag des Staates brechen sich die Sonderwünsche und Abwehransprüche der Eltern. Das grundrechtlich gewährleistete Elternrecht trifft auf eine unüberwindliche Grenze.

Freilich muss sich manches Unterrichtsprogramm auf seine allgemeine Zumutbarkeit für Schüler und Eltern, mit oder ohne Migrationshintergrund, überprüfen lassen, und das nicht allein in den heiklen Fragen der Sexualerziehung. Falls die Schule den muslimischen Schüler zu Recht vom Sexualkundeunterricht dispensiert, darf sie diesen auch den deutschen Schülern nicht aufzwingen. Es gibt nicht zweierlei Unterrichts- und Erziehungsziele. **Es gibt nicht zweierlei Recht für deutsche und für muslimische Kinder.** Wenn die Schule konsequent bleibt und nicht in eine bequeme,

permissive Dispenspraxis ausweicht, leistet sie heilsame Integrationsarbeit. Sie vermittelt dem Schüler, nicht minder aber auch der Schülerin, die in einer arabischen Enklave in Bonn-Bad Godesberg aufwachsen, die Erfahrung der Rechtsgleichheit und sorgt dafür, dass er sich als Person anerkannt sieht, dass er Gunst und Last der hiesigen Rechtsordnung am eigenen Leibe erlebt. Das ist eine gute Vorbereitung dafür, dass sie bei Erreichung der Volljährigkeit die Freiheit ausüben können, die das deutsche Recht ihnen bietet, dass sie sich nicht wehrlos der familiären Dauervormundschaft unterwerfen, nicht dem Druck des Clans beugen müssen, sondern selbstverantwortlich entscheiden können, welche der nebeneinander bestehenden Lebensformen sie für sich wählen, schließlich sogar, ob und wen sie heiraten. Freilich hat die öffentliche Schule nicht die Aufgabe, die Kinder gegen ihre Eltern aufzuhetzen, paternalistische Familienverbände durch Indoktrination aufzubrechen, fremdes Ethos zu diskreditieren und die Einwanderer moralisch wie kulturell zu entwurzeln. Derartige Versuche stießen auf unüberwindlichen Widerstand in den Grundrechten. Es stimmt nachdenklich, dass viele muslimische Eltern ihre Kinder lieber einem katholischen Kindergarten und einer katholischen Schule überantworten als den entsprechenden öffentlichen Einrichtungen. Sie scheuen nicht das Christentum, sondern die aufklärerische Penetranz und die permissive Toleranz, die sie für gotteslästerlich und dekadent halten. **Der Konflikt besteht nicht zwischen dem Islam und dem Christentum als Religionen, sondern zwischen der islamischen und der westlichen Lebensform.**

Dennoch darf der Staat nicht seinen eigenen Erziehungsauftrag zurücknehmen und den Widerspruch zu islamischen Vorstellungen aus Takt- und Toleranzerwägungen scheuen, aus Sorge Anstoß zu erregen, das Leitbild des Grundgesetzes schamhaft verhüllen, jenes Leitbild von Selbstbestimmung und Selbstbindung des Individuums, der Gleichheit aller Menschen, der Gleichberechtigung von Mann und Frau, vollends das Leitbild von Ehe und Familie, das all diese Grundsätze in sich vereinigt. Zu Pflichten der Lehrer, der Eltern wie der Schüler sagt die Verfassung: „Die bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten werden durch die Ausübung der Religionsfreiheit weder bedingt noch beschränkt.“<sup>10</sup>

Die öffentliche Schule in Deutschland braucht nicht hinzunehmen, dass sich die afghanische Schülerin unter Berufung auf Religion oder Brauchtum des Hei-

matlandes in der Burka verhüllt, ihr Gesicht vor Lehrern und Mitschülern versteckt und so aus der schulischen Kommunikation ausschert. Vollends brauchen Schüler wie Eltern nicht zu dulden, dass die Lehrerin im Unterricht das muslimische Kopftuch trägt oder gar ihrerseits sich bis auf Augenschlitze vollständig verschleiert. Sie kann sich hier nicht auf ihre grundrechtliche Freiheit zur Religionsausübung und zur privaten Selbstdarstellung berufen. Der Unterricht ist grundrechtsgebundene Ausübung deutscher Schulhoheit und nicht Gegenstand privater Selbstverwirklichung, weder auf religiösem noch auf modischem Gebiet. Damit ihr Kopftuch und Schleier verwehrt werden, braucht es nicht erst zum Konflikt mit Schülern und Eltern zu kommen. Die Amtspflichten der Lehrerin erschöpfen sich nicht darin, Rechtsverstöße zu unterlassen. Vielmehr ist es Amtspflicht, bereits den bösen Schein zu vermeiden, dass sie die deutschen Unterrichtsziele nicht sachgerecht und nicht glaubwürdig umsetze oder dass sie sich von der deutschen Kultur distanzieren, die sie doch vermitteln soll. Zu den pädagogischen Erfordernissen gehört Toleranz. Aufgabe der Lehrerin an der öffentlichen Schule ist es, Toleranz zu lehren und zu üben, nicht aber, sie für ihre Person in Anspruch zu nehmen und ihrerseits die Toleranz der Schüler und der Eltern zu strapazieren, die ihr ausgesetzt sind. Ob sie es will oder nicht: kraft ihres Amtes ist sie den Schülern Vorbild. Was aber die legitime Vorbildfunktion ausmacht, das beantwortet sich nicht aus subjektiven Leitvorstellungen der Lehrperson, sondern aus der deutschen Leitkultur, die sich im Erziehungsauftrag der Schule zur Geltung bringt.<sup>11</sup>

## VII.

**Die Muslime genießen die Religionsfreiheit als einzelne wie in ihren Gemeinschaften.** Doch erheben sich Schwierigkeiten, die Institutionen des Staatskirchenrechts vom Religionsunterricht über die theologischen Fakultäten bis zum Körperschaftsstatus zu nutzen, weil diese, in langer deutscher Geschichte gewachsen, auf die christlichen Kirchen zugeschnitten sind. Das heißt nicht, dass sie den christlichen Kirchen vorbehalten wären. Im Gegenteil: sie stehen allen Religionsgemeinschaften offen, auch dem Islam. So können alle Religionsgemeinschaften den Status der Körperschaft des öffentlichen Rechts erwerben, „wenn sie durch ihre Verfassung und die Zahl der Mitglieder die Gewähr der Dauer bieten“. Eben diese Voraussetzungen gehen dem Islam ab. Er hat keine kirchenanalogen

Strukturen entwickelt. Es fehlt – jedenfalls derzeit – an einer konsistenten, repräsentativen Organisation, die für den Islam oder für eine seiner Richtungen – wie zum Beispiel die Sunniten – dem säkularen Staat verantwortlich gegenüberzutreten könnte. Sollte sie sich in Deutschland künftig herausbilden, so wäre der Zugang zu den staatskirchenrechtlichen Institutionen frei. Eine übereifrige Integrationspolitik will das Wachstum von unten aber nicht abwarten, sondern die Institutionen dem Islam von oben her überstülpen, in der Hoffnung, die Integration auf diese Weise zu beschleunigen, sich mit willigen Kräften zu verbünden und integrationsfeindliche Kräfte („Hassprediger“) auszuschalten. Die gutgemeinten Bemühungen sind bislang erfolglos geblieben. Sie haben Misstrauen erzeugt und Zwietracht gesät.

Dennoch zielen unentwegte religionspolitische Hoffnungen dahin, dass sich auf europäischem Boden ein aufgeklärter, verfassungsgenehmer Euro-Islam entwickeln werde. Der säkulare Staat vermag ihn nicht zu züchten. Ihm bleibt nur, den Islam, der sich in Deutschland etabliert, zu nehmen, wie er ist, und gemeinsam mit ihm nach neuen Formen zu suchen, die ein friedliches Nebeneinander erleichtern und ein tunlichst gedeihliches Miteinander fördern. ■

### ANMERKUNGEN

<sup>1</sup> Josef Isensee, *Christliches Erbe im organisierten Europa*, in: JZ 2013, S. 745 (S. 751 ff.).

<sup>2</sup> *Phänomenologie und Analyse: Volker Kronenberg, Patriotismus in Deutschland*, 22006, S. 175 ff., 231 ff.

<sup>3</sup> AG Lüdinghausen, Urt. v. 23.2.2006, 7 Ls 540 Js 1309/05 31/05, zitiert nach: [www.juris.de](http://www.juris.de).

<sup>4</sup> Art. 6 Abs. 2 S. 1 GG.

<sup>5</sup> Art. 6 Abs. 2 S. 2 GG. Dazu BVerfGE 24, 119 (144 ff.); 103, 89 (107 ff.); 107, 104 (117 ff.); Matthias Jestaedt, in: BK, Stand 1995, Art. 6 Abs. 2 und 3 Rn. 162 ff.

<sup>6</sup> Dazu Ursula Spuler-Stegemann, *Muslime in Deutschland*, 1998, S. 65 ff.

<sup>7</sup> Art. 146 Abs. 1 S. 2 WRV.

<sup>8</sup> BVerfGE 1, 141 (143).

<sup>9</sup> So BVerfGE 1, 141 (144).

<sup>10</sup> Art. 136 Abs. 1 WRV i.V.m. Art. 140 GG.

<sup>11</sup> Josef Isensee, *Grundrechtseifer und Amtsvergessenheit – Der Kampf um das Kopftuch* (2004), in: ders., *Recht als Grenze – Grenze des Rechts*, 2009, S. 169 ff.; Axel v. Campenhausen/Heinrich de Wall, *Staatskirchenrecht*, 42006, S. 72 ff.; BVerfGE 108, 282 (294 ff.); Urt. v. 27.1.2015, in: JZ 2015, 666 ff.

<sup>12</sup> Art. 137 Abs. 5 S. 2 WRV i.V.m. Art. 140 GG.

# RELIGIONEN IN PLURALEN GESELLSCHAFTEN<sup>1</sup>



*Prof. em. Dr. Hans-Georg Soeffner  
Mitglied des Vorstandes und Fellow im  
Kulturwissenschaftlichen Institut Essen*

## I.

Das Thema dieses Bandes ist als Frage formuliert: „Integration durch Religion?“ Ich erlaube mir, dieser Fragestellung – in Anlehnung an Max Weber – eine etwas andere Richtung zu geben: „Wann hat eine Religion innerhalb einer Gesellschaft die größte Chance, die Integration der überwiegenden Mehrheit der Gesellschaftsmitglieder herzustellen?“ – Die Antwort lautet: „Dann, wenn die Religion und das politische System einer Gesellschaft innerhalb fester territorialer Grenzen eine Einheit bilden und sich wechselseitig legitimieren“ – so wie beispielsweise im ‚christlichen Mittelalter‘ und im Osmanischen Reich. Konkurrierende Religionen und die mit ihnen verbundenen politischen Systeme waren in beiden Fällen territorial, politisch, weltanschaulich und institutionell ausgegrenzt. Zwar fanden sich auch innerhalb der jeweiligen ‚geschlossenen‘ Gesellschaften Häretiker, aber diese bildeten überschaubare Minderheiten, deren gesellschaftsstabilisierende Kraft darin bestand, die kollektiv anerkannten Normen durch eine spezifische Normabweichung und die darauf reagierende Ächtung sichtbar zu machen: Häretiker fungierten als Vergewisserungsagenten gegenüber der Mehrheitsnorm.

Plural strukturierte Gesellschaften wie schon die der griechischen und römischen Antike stützen sich dagegen bei der Integration ihrer Mitglieder auf das po-

litische System, die Funktionsfähigkeit der politischen Herrschaft und den Glauben der Gesellschaftsmitglieder an die Geltung der Legitimität der jeweiligen politischen Herrschaft. Solange die Mitglieder solcher Gesellschaften sowohl den Göttern als auch der politischen Herrschaft arbeitsteilig und geltungsspezifisch jeweils das zukommen lassen, was verlangt wird, findet die Gesellschaft als ganze ihre Balance: Man gibt den Göttern oder dem Gott, was ihnen zusteht, und dem Caesar, was Caesars ist. Sobald eine der beiden Seiten – das politische System oder die Religionen – ihren Geltungsanspruch verabsolutiert, gerät die Balance in Gefahr und dies umso mehr, je mehr innerhalb der religiösen Sphäre die einzelnen Götter und deren Gefolgschaft ihre jeweiligen Wahrheiten absolut setzen.

Was für den Mittelmeerraum in der Antike galt, lässt sich verstärkt und funktional erheblich ausdifferenzierter in den meisten Gesellschaften der Gegenwart beobachten: **Fast alle gegenwärtigen Gesellschaften sind plural strukturiert.** Auch die ‚Weltgesellschaft‘, schon bei Ferdinand Tönnies ein sozialwissenschaftliches Konstrukt, ist durch religiösen, weltanschaulichen, nationalen, ‚ethnischen‘, politischen und ökonomischen Pluralismus gekennzeichnet.<sup>2</sup> **Allerdings fällt der Grad der Pluralisierung sehr unterschiedlich aus.** Einige asiatische Gesellschaften wie Indonesien und Malaysia zeichnen sich durch ihre vergleichsweise hohe religiöse Homogenität bei gleichzeitiger ‚ethnischer‘ Heterogenität aus. Bei anderen – wie in Japan – ist das Gegenteil der Fall. Mitteleuropa, die USA und der – im Hinblick auf Zuwanderung – ‚Extremfall‘ Singapur basieren im Prinzip auf dem gleichen ökonomischen System, weisen aber in fast allen anderen Bereichen eine hohe Heterogenität auf. Und während einerseits Migrationsbewegungen, Zuwanderung und Abwanderung, in fast allen Weltregionen die Heterogenität steigern, führen andererseits zunehmende wirtschaftliche Verflechtungen zu einer ebenfalls wachsenden, über-

staatlichen, ökonomischen Gleichschaltung. Auch die Medien- und Informationssysteme basieren einerseits weltweit auf den gleichen technischen Standards und vergleichbaren Formaten, andererseits bewahren, betonen oder verstärken sie nationale, ‚ethnische‘ oder religiöse Unterschiede.

In allen diesen Gesellschaften aber ist, wenn auch wiederum in unterschiedlichem Maße, zu beobachten, dass sich Weltanschauungen, Religionen, Wertvorstellungen, nationale oder ‚ethnische‘ Herkunft nicht nur innerhalb eines Gemeinwesens, sondern auch ‚innerhalb‘ eines Individuums verschränken<sup>3</sup> können und dessen Interaktionen prägen – so etwa, wenn ein katholischer, bayerischer Förster zum ZenBuddhismus konvertiert und als Meditationslehrer in den USA Novizen ausbildet. Damit steht er (Saulus/Paulus) in der in pikant variierten Nachfolge eines bis heute prominenten, zum Christentum konvertierten Juden, der als römischer Staatsbürger zum missionarischen Wandercharismatiker wurde und Gemeinden sowohl in Kleinasien als auch in Rom gründete: **Schon die plural strukturierte Mosaikgesellschaft des Römischen Reiches war durch solche Verschränkungen mitgeprägt.**

Die Christianisierung und das Heilige Römische Reich Deutscher Nation bereiten dieser religiösen Heterogenität – zumindest in Europa – ein Ende, bis zu Beginn des 15. Jahrhunderts mit der Eroberung von Ceuta (1415) und der Öffnung der Straße von Gibraltar ein Wettlauf europäischer Entdeckungsreisender einsetzt. Europa und seine Länder – Ausgangs-, Rückkehr-, Heimatort und zunächst unbefragtes Zentrum der Expeditionen, Feld- und Raubzüge, der Kolonisierung und Mission – entdecken, wie zuvor Marco Polo Ende des 13. Jahrhunderts, andere ‚alte‘ Zentren und gründen dabei, ohne es zu wollen, neue, die sich später unabhängig machen werden. So dezentriert Europa langsam und unabsichtlich, aber unaufhaltsam sich selbst und seine Sichtweise.

Im Verlauf dieser Entwicklung definieren sich – zumindest für die dominanten Entdeckernationen Portugal, Spanien, England, die Niederlande und später auch Frankreich – die jeweiligen „Binnenlagen“ der nationalen Gesellschaftssysteme zunehmend durch deren „Außenlagen“. Ohne es bewusst wahrzunehmen, stellen sich die Europäer damit zwangsläufig in jenen ‚praktischen Kulturvergleich‘, der allen Staaten und Gesellschaften, Händlern und Militärs, Missionaren,

## „JE PLURALER GESELLSCHAFTEN VERFASST SIND, DESTO MEHR SEHEN SICH DEREN MITGLIEDER ZUM PERSPEKTIVENVERGLEICH GEZWUNGEN.“

Entdeckungsreisenden und Auswanderern ‚von selbst‘ auferlegt wird, sobald sie sich in Austausch oder Auseinandersetzungen mit anderen begeben: in ein Feld von Wechselwirkungen (Simmel), das vom Zwang zur Reziprozität der Perspektiven beherrscht wird. Nebenbei: Auch der forcierte Versuch der Reziprozitätsverweigerung ist Ausdruck dieses Zwangs. Allerdings verführt die zentrische Perspektive der europäischen Nationalstaaten, der Blick von ‚innen‘ nach ‚außen‘ – die Beobachtung der ‚Außenlage‘ durch die ‚Binnenlage‘ – dazu, dass die in den Nationalstaaten für die Selbstbeobachtung entwickelten Begriffe, einschließlich des Religions- und Gesellschaftsbegriffes, auf die jeweils in den Blick genommene ‚Außenlage‘ übertragen werden.

**Im Zuge der Globalisierungsprozesse lösen sich die unterschiedlichen zentrischen Perspektiven zunehmend auf. Je pluraler Gesellschaften verfasst sind, desto mehr sehen sich deren Mitglieder zum Perspektivenvergleich gezwungen.** Ein frühes, exemplarisches Zeugnis für die Haltung, die sich aus dieser konfliktären Konstellation ergibt, findet sich bereits bei Herodot, wenn er schreibt: „Mir ist ganz klar, dass [der persische Herrscher, Anm. d. Verf.] Kambyses wahnsinnig war.“ Denn dieser hatte die Götterbilder anderer Völker verhöhnt und verbrennen lassen. Wer „fremde Gottheiten und Gebräuche“ verhöhnt, so Herodot weiter, muss wahnsinnig sein.

„Denn wenn man an alle Völker der Erde die Aufforderung ergehen ließe, sich unter all den verschiedenen Sitten die vorzüglichsten auszuwählen, so würde jedes, nachdem es alle geprüft, die seinigen allen anderen vorziehen. So sehr ist jedes Volk überzeugt, dass seine Lebensformen die besten sind. Wie kann daher ein Mensch mit gesunden Sinnen über solche Dinge spotten?“ (Herodot 1955: 198).

Die Pointe dieser Textpassage besteht darin, dass Herodot zunächst die überall beobachtbare Ethnozentrität – die ‚Grundunterscheidung‘ zwischen einem ‚Wir‘ und ‚den Anderen‘ – herausstellt, um sich dann in der abschließenden Frage die Kraft der ebenso grundlegenden Unterstellungen der ‚Reziprozität der Perspektiven‘ und der prinzipiellen ‚Sinnhaftigkeit‘ des Handelns Anderer nutzbar zu machen: Wahnsinnig ist, wer sich gegen diesen uns existenziell aufgezwungenen Perspektivenvergleich stellt.

## GEMEINSCHAFTSZUGEHÖRIGKEIT IST NICHT MEHR SELBSTVERSTÄNDLICH. DIE ÜBERNAHME EINER TRADITION MUSS BEGRÜNDET WERDEN.

Mit dem Auftreten des (jüdischen, christlichen und dem darauffolgenden islamischen) Monotheismus verändert sich die bis dahin polytheistisch verfasste Antike entscheidend – zunächst nur strukturell, dann aber zunehmend kollektiv lebenspraktisch. So wird das römische Pantheon, ein Tempel, in dem alle Götter verehrt werden können, dem Monotheismus beides: Gräuel und Frevel. Denn der Monotheismus verweigert sich schroff und kategorisch jedem Zusammenleben der Götter – auf welchem Olymp oder in welchem Tempel auch immer. Aus der Konkurrenz der Götter wird ein – in letzter Konsequenz tödlicher – Kampf um Alleinvertretungsansprüche und die jeweils beanspruchte ‚absolute‘ Wahrheit. **Der ‚alleinige‘ Gott fordert von seinen Anhängern uneingeschränkte Zugehörigkeit und Hingabe.** Er erlaubt weder wechselnde Bündnisse noch Mehrfachloyalitäten. Die Bindung an eine Religion erhält eine neue Qualität: die der existenziellen Entscheidung und – tendenziell – der religiös verlangten und legitimierten Reziprozitätsverweigerung.

Allerdings bleibt der geschichtliche Weg der Menschheit hin zu ‚globalen‘, pluralistischen Vergesellschaftungsformen zwangsläufig auch für die Monotheisten nicht folgenlos. Sie verlieren zunehmend ihre jeweiligen Territorien, treffen in einer Gesellschaft aufeinander und positionieren die Individuen in ih-

rem Verhältnis zu ihrer jeweiligen Gemeinschaft neu: **Gemeinschaftszugehörigkeit ist nicht mehr selbstverständlich. Die Übernahme einer Tradition muss begründet werden.**

## II.

In den Gegenwartsgesellschaften entsteht durch den Pluralismus der miteinander wetteifernden Religionen ein „Zwang zur Häresie“ (Berger 1980): die entscheidungsbasierte Selbstbindung des Individuums an eine bestimmte Religion und deren Wahrheit oder an den selbstgefundenen, selbsterfahrenen, „eigenen Gott“ (Ulrich Beck) und dessen je eigene / je meinige Wahrheit. Der erste Typus der Selbstbindung tendiert zum Fundamentalismus, der zweite zu einer äußerst labilen Form der permanenten Selbstvergewisserung; der erste ist antikosmopolitisch, der zweite produziert ein frei flottierendes, sozial bindungsloses, kosmopolitisches Atom.

### In pluralen Gesellschaften profitiert der pragmatisch Alltagsreligiöse vom relativ friedlichen Nebeneinander der unterschiedlichen Religionen.

Diese Form der weltanschaulichen Koexistenz verdankt sich allerdings dort, wo sie gegenwärtig verhältnismäßig problemlos gelebt werden kann, der institutionellen Absicherung durch ein politisches System, das in einem relativ kleinen Teil der Welt aus einer spezifischen, historischen Entwicklung hervorgegangen ist: Das Zusammenspiel von griechischer und römischer Antike, jüdisch-christlichen Glaubens- und Denktraditionen, die in Europa mit dem Investiturstreit beginnende Trennung von Kirche und Staat, die Erfahrung blutiger Religionskriege und das mit der Aufklärung einsetzende ‚Projekt der Moderne‘ führen in einem langen Entwicklungsprozess dazu, dass Staat und Gesellschaft nicht mehr als Stiftung eines göttlichen Willens, sondern als Ergebnis von Gesellschaftsverträgen begriffen werden.

In ihnen geht es um die Sicherung der labilen Balance zwischen staatlichem Machtanspruch und bürgerlicher Freiheit, zwischen Mehrheitswillen und Minderheitenschutz und nicht zuletzt um die Absicherung des Individuums, das zugleich als schwächstes Glied der Gesellschaft gesehen und dennoch als verantwortlicher, das Gemeinwesen fundierender Bürger nicht nur geschützt, sondern auch gestärkt werden soll. Folgerichtig sorgen die modernen Verfassungen dafür, dass

Entscheidungs-, Wahl-, Meinungs-, und Religions-/ Glaubensfreiheit zugleich miteinander verbunden und garantiert werden: Nicht nur die friedliche Koexistenz der Religionen wird durch diese Verbindung ermöglicht, sondern eben auch der „Zwang zur Häresie“, die temporäre Polyhäresie, die sich zwangsläufig daraus ergebende, immer mögliche Konversion, aber auch ‚belief blends‘: Religionshybride. In ihnen komponieren Einzelne oder Gemeinschaften (Gemeinden) Zutaten aus Religionen und Weltanschauungen sowie daran anknüpfenden Symbol- und Ritualrepertoires zu neuen Collagen sozialer, den Alltag überhöhender Ausdrucksformen.

Von Herodot (490-42 v. Chr.) über Kubilai Khan in China (13. Jh.), Akbar den Großen in Indien (16. Jh.) und die Renaissance-Utopien bis zu den plural verfassten Gesellschaften unserer Zeit ist die wechselseitige Anerkennung der Religionen gefordert und erprobt worden. Die modernen nationalstaatlichen Verfassungen schufen für das Zusammenleben der Religionen einen rechtlichen Rahmen, indem sie das Wahrheitsproblem ausklammerten und die Entscheidung für oder gegen (eine) Religion an die Individuen delegierten. Die – noch rudimentären – Institutionen der Weltgesellschaft versuchen, wenn schon nicht ein Zusammenleben, dann zumindest ein relativ konfliktfreies Nebeneinanderleben der Kulturen und Religionen zu fördern. **Dabei ist es bisher nicht gelungen, den mit den ‚allgemeinen Menschenrechten‘ verbundenen Wertekanon mit dem System der ‚absoluten‘ Wahrheiten, Rechte und Pflichten der Weltreligionen zu vermitteln.**

Hier bietet die Verbindung von freiheitlich demokratischem Verfassungsstaat und pluralistischer Gesellschaft einen Ausweg an. Dieser setzt allerdings das voraus, worauf Vertreter ‚absoluter Wahrheiten‘ nicht verzichten wollen: den Verzicht auf den Anspruch einer Religion oder Weltanschauung, alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und der individuellen Lebensführung unter ihr Primat zu stellen. Zwangsläufig entstehen gerade dort, wo Religionen innerhalb einer Gesellschaft miteinander konkurrieren, große Konfliktpotenziale. Andererseits bietet gerade das Nebeneinander einander ausschließender und bekämpfender ‚absoluter Wahrheiten‘ die Chance nicht nur zum Vergleich und Perspektivenwechsel, sondern auch zu dem Versuch, auf dem Markt der Religionen und Weltanschauungen, wenn schon nicht zu einem Modell ‚religiös sozialer Marktwirtschaft‘, so doch zu

einer rechtlich und institutionell gestützten Balance der Ansprüche und Anspruchsdomänen zu kommen.

Die Diskussion über das Spannungsverhältnis zwischen ‚Religion‘ – als Kollektivsingular – und Moderne hat, vor allem in Europa und der ‚westlichen Welt‘, eine lange Vorgeschichte. Nicht nur in der Theologie, sondern auch in den Geistes- und Sozialwissenschaften insgesamt ist mit dem – spätestens seit der europäischen Aufklärung – unübersehbaren Verlust der Deutungshoheit von Religion und Theologie sowohl für das ‚Weltgeschehen‘ (Max Weber) als auch für das Alltagsleben eine Problemlage entstanden, die aufgrund ihrer Komplexität nur schwer adäquat zu beschreiben, geschweige denn umfassend zu erklären ist. Diese Problemlage ist und bleibt für die theoretische Auseinandersetzung mit dem Spannungsverhältnis zwischen Religion und Moderne nicht ohne Folgen: **Die Begriffe Religion und Moderne lassen sich letztlich nur noch als Relationsbegriffe fassen.** Sowohl theoretisch als auch alltagssprachlich muss sich die Religion über ihr Verhältnis zu Erscheinungsformen des ‚Modernen‘ befragen und bestimmen lassen, während umgekehrt das Moderne ohne seinen Bezug zu Erscheinungsformen von Religion und Religiosität ebenfalls nur unzureichend zu fassen ist.

Beide Begriffe durchlaufen ihre Metamorphosen vor dem Hintergrund ihres sich historisch ständig ändernden Spannungsverhältnisses. Aus unangefochtener Deutungshoheit werden Deutungskonkurrenzen nicht nur der unterschiedlichen Religionen, sondern auch der sowohl mit diesen als auch untereinander wetteifernden, ‚innerweltlichen‘ Weltanschauungen und Ideologien. Der ‚Streit der Fakultäten‘ (Kant) – hier Theologie, dort Wissenschaft(en) – bleibt ebenso Teil

„ZWANGSLÄUFIG  
ENTSTEHEN GERADE  
DORT, WO RELIGIONEN  
INNERHALB EINER GESELL-  
SCHAFT MITEINANDER  
KONKURRIEREN, GROSSE  
KONFLIKTPOTENZIALE.“

dieser Auseinandersetzung wie die aufeinander verweisenden Prozesse von ‚Säkularisierung‘ und religiöser Vielfalt.

Eine besondere Brisanz erhält diese Entwicklung, weil sich eine Hoffnung nicht erfüllt hat: die Hoffnung, dass eine Pluralisierung der Weltanschauungen und der mit ihnen verbundenen Lebensformen zu einem friedlichen Zusammenleben führen müssten, und pluralistisch verfasste Gesellschaften per se sozialen Frieden mit sich brächten. Denn mit sozialer Vielfalt ist nicht nur ein Gewinn an Optionen für die eigene Lebensführung, sondern auch ein Verlust an Selbstverständlichkeiten und Sicherheit verbunden: Das Spiel mit Optionen und die Sehnsucht nach Sicherheit – Pluralisierung der Lebensentwürfe und Fundamentalismus – sind die strukturell angelegten Extreme plural strukturierter Gesellschaften. **Diese Extreme in eine Balance zu bringen, den ‚fragilen Pluralismus‘ durch rechtlich und institutionell abgesicherte Stützen lebensfähig zu machen, ist der Dauerauftrag plural strukturierter Gesellschaften.**

Weltreligionen in ihrer Konkurrenz und in ihrem Verhältnis zu ‚modernen‘, innerweltlichen Ideologien erscheinen nun nicht mehr als Sonderfälle, sondern als aufeinander bezogene Antworten auf plurale und oft auch antagonistische Strukturen ‚multipler Modernitäten‘: als „multiple secularities“ (Wohlrab-Sahr et al.) ebenso wie als multiple Ausdrucksformen von Religion und Religiosität. Dass etwa konfessionslose Ostdeutsche eher an Moscheebauten, Minaretten und Kopftuchträgerinnen Anstoß nehmen als westdeutsche Kirchenmitglieder oder Konfessionslose, lässt sich durch diesen übergreifenden komparativen Ansatz erheblich besser erklären als durch die sonst übliche, regional oder national eingeengte Perspektivik.

„VERGLICHEN MIT ALLEN  
ANDEREN WELTREGIONEN  
– EINSCHLIESSLICH DER  
SOGENANTEN ‚WEST-  
LICHEN‘ WELT – IST EURO-  
PA EINE SÄKULARE INSEL.“

Die Relationierung der Folgen weltweiter Migration mit der Religions-, Konversions- und Fundamentalismusproblematik kann ihrerseits nicht verstanden werden, wenn sie nicht als Teil des umfassenden, neuzeitlichen Relationsgefüges von Religion und Moderne gesehen wird. „Forcierte Säkularität“ (Wohlrab-Sahr et al.) als Teil der ‚multiple secularities‘ wird damit folgerichtig verstanden als eine Ausdrucksform jener multiplen Modernitäten, aus denen sich auch die vielfältigen Ausdrucksformen von Religion und Religiosität in den Gegenwartsgesellschaften speisen. Es liegt dementsprechend nahe, die von Thomas Luckmann vor mehr als fünfzig Jahren beschriebenen Formen der ‚unsichtbaren Religion‘<sup>5</sup> in einen Zusammenhang zu stellen, der auf die gemeinsamen Wurzeln und Entstehungsbedingungen unterschiedlicher Säkularität und Religiosität verweist: auf eine spezifische, generative Struktur plural strukturierter Gesellschaften und ihrer ‚multiple modernities‘.

### III.

Schon an dem bisherigen Verlauf meiner Argumentation lässt sich erkennen, dass – im Hinblick auf die Entstehung des Spannungsverhältnisses zwischen Religion und Moderne und die Folgen dieser Entwicklung – Europa eine Sonderstellung zukommt. **Verglichen mit allen anderen Weltregionen – einschließlich der sogenannten ‚westlichen‘ Welt – ist Europa eine säkulare Insel.**<sup>6</sup> Es nimmt diese Sonderstellung deutlich erkennbar auch gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika ein, deren Bevölkerung sich, wie alle Umfragen zeigen, trotz oder wegen des ihr zur Verfügung stehenden, reichhaltigen ‚religiösen Marktes‘ eine erheblich höhere ‚religiöse Bindung‘ zuschreibt, als dies die Gesellschaften (vor allem) Mittel- und Nordeuropas tun.

Hinzu kommt, dass wir uns als Europäer trotz unserer Einsicht in die ‚multiple Modernität‘ noch immer nicht von unserer zentrischen Perspektive (s. o.) gelöst haben: Für uns stehen das aus der europäischen Aufklärung hervorgehende ‚Projekt der Moderne‘, der mit ihm verbundene ‚säkulare‘ Verfassungsstaat und die Erklärung der allgemeinen Menschenrechte, die Idee rechtlicher Freiheit und Gleichheit – in deren Zentrum wir das Individuum sehen – für eine vernunftbasierte Vorstellungswelt. Diese, so glauben wir, muss letztlich von allen Menschen geteilt werden. Denn auf ihr beruht ja unsere Hoffnung auf das unaufhaltsame

„Fortschreiten der Menschheit zum Besseren“ (Kant). Aus dieser Sicht kommt es uns nicht einmal in den Sinn, dass die Ausgestaltung unserer Vorstellungswelt – die ‚westliche Demokratie‘ als Politik-, Rechts- und Wirtschaftssystem – für weltanschaulich (religiös und kulturell) anders grundierte Gesellschaftsentwürfe nicht Gegenstand der Bewunderung sind, sondern ein Ärgernis darstellen könnten.

Was wir als Freiraum schätzen – die rechtlich gesicherte Koexistenz unterschiedlicher Weltanschauungen und individuell gewählter Lebensformen – ist aus der Sicht strikter Gemeinschaftsorientierung alles andere als erstrebenswert, da es sowohl den kollektiven Glauben einer Gemeinschaft als auch den Glauben an diese Gemeinschaft fundamental bedroht. Allerdings: Was aus der externen Perspektive solcher ‚geschlossenen‘ Gesellschaften als Bedrohung empfunden wird, spiegelt sich auch in Teilen der internen Perspektive plural strukturierter, ‚offener‘ Gesellschaften wider. Denn auch diese sind – allen Selbstinterpretationen zum Trotz – durchaus nicht vollständig oder überwiegend ‚individualisiert‘. Meist setzen sich auch solche Gesellschaften aus unterschiedlichen Gemeinschaften zusammen. Daraus folgt: **Die Vergrößerung des Wachstums- und Handlungspotenzials pluraler Vergesellschaftungsformen wird erkauft mit einem hohen Maß an Fragilität des Zusammenhaltes.** Die Spannung zwischen einer Zunahme von Optionen und einer sich steigernden Fragilität ist das Kennzeichen moderner, plural strukturierter Gesellschaften.

Gelebtes Bürgertum auf der einen und Fundamentalismus auf der anderen Seite sind die beiden Extreme, die auf die fragile Struktur solcher offenen Gesellschaften antworten. Der weltweit beobachtbare Fundamentalismus und die für ihn charakteristische Suche nach Heimat und fester Bindung an einen ‚absoluten‘ Glauben und/oder eine umfassende Gemeinschaft stehen also nicht für einen Rückfall in vormoderne Gesellschaftsformen – einen Rückfall, der wegen des ökonomisch, medial und politisch verflochtenen Relationsgefüges unserer Welt ohnehin nicht möglich wäre – sondern gerade wegen der Sehnsucht nach ‚Rückkehr‘ für ein modernes Phänomen.

In dem pathetischen, heroischen oder fanatischen Glauben an eine umfassende Gemeinschaft artikulieren sich vielmehr Reflex und Ressentiment gegen den mit den wachsenden Wahrnehmungs- und Handlungsoptionen verbundenen Zwang, immer wieder in relativ

unüberschaubaren Situationen riskante Entscheidungen treffen zu müssen. Absoluter Glaube und die feste Bindung an eine Gemeinschaftsnorm minimieren diese Unsicherheit und vermitteln gegenüber einer drohenden „Generalisierung der Fremdheit“ (Alois Hahn) das Gefühl der Zugehörigkeit zu einem Bund gleich Denkender und synchron Fühlender, die ihrerseits glauben, in radikal homogenisierender Arbeit an der Gemeinschaftsüberzeugung und – damit verbunden – an gemeinschaftlich geteilten Feindbildern ihr Gegengift gegen ‚die Anonymität der modernen Gesellschaft‘ finden zu können. Dementsprechend sucht der religiös grundierte Fundamentalismus sein Heil in einem die Gemeinschaft überhöhenden, transzendenten Kosmos, während der säkular motivierte Radikalismus es in der Chimäre der ‚kollektiven Identität‘ eines Volkes, einer Nation oder einer Idee zu finden glaubt.

## AN DIE STELLE DER RECHTSKULTUR TRITT EINE GESINNUNGSLEITKULTUR.

Dass in Deutschland ein Teil der politischen Eliten und der mit ihnen sympathisierenden Intellektuellen sich immer wieder auf die Suche nach einer ‚deutschen Leitkultur‘ begeben, basiert auf einem ähnlichen Reflex. In ihm tritt an die Stelle der Verteidigung rechtlicher Gleichheit – im Rahmen des durch eine Verfassung gesicherten Gesellschaftsvertrages – der Wunsch nach einer sichtbar gemeinsamen Gesinnung:<sup>7</sup> **An die Stelle der Rechtskultur tritt eine Gesinnungsleitkultur.** Dieser Reflex repräsentiert die – illusionäre – Antwort auf eine historische Entwicklung, die nach 1945 einsetzte und Deutschland zu dem in Europa am stärksten ‚durchmischten‘ Land machte.

Flüchtlingsbewegungen, Aus- und Rückwanderung, Armuts- und Arbeitsmigration, politische Asylsuche und gezielte Anwerbung von Fachkräften führten dazu, dass sich – bezogen auf die letzten vier Generationen – fast in jeder dritten deutschen Familie Zuwanderer finden. Heute ist jeder achte Einwohner Deutschlands im Ausland geboren und innerhalb der letzten sechzig Jahre als Einwanderer nach Deutschland gekommen. Schon 2013 lebten 10,7 Millionen Einwanderer aus 194 Ländern in Deutschland.<sup>8</sup>

Kurz: **Deutschland ist – wie nie zuvor – geprägt durch ethnischen, religiösen und kulturellen Pluralismus.** Steht einerseits die Suche nach der Leitkultur für eine populistisch und feuilletonistisch verbrämte, leicht abgemildert nationalfundamentalistische Heimatsuche, so lässt sich andererseits beobachten, wie Deutschland – als konstitutiv ‚offene Gesellschaft‘ – strukturell auf seine pluralistische Verfasstheit reagiert: Außenpolitisch steigert es seine Pluralität durch die Integration in die europäische Gemeinschaft, ökonomisch und medial durch zunehmende internationale Verflechtung, innenpolitisch durch die Schaffung von ‚Arenen‘<sup>9</sup> – öffentlichen Räumen oder medialen Plattformen, in denen die Differenzen und Interessengegensätze sich artikulieren können und ausgetragen werden.

## FAZIT:

Sowohl im Hinblick auf die Einbindung Deutschlands in die Europäische Union, als auch auf seine interne politische und soziale Ordnung kann mit dem Begriff ‚Integration‘ kein Richtungsbegriff gemeint sein, der sich auf eine ‚Mitte‘ als Orientierungsgröße bezieht. **Plural strukturierte Gesellschaften basieren** stattdessen **auf ‚offener Integration‘**: auf der durch demokratische Wahlen legitimierten, rechtlich gesicherten und ordnungspolitisch durchgesetzten Balance von Differenzen und Interessen.

Als Bürger ‚offener Gesellschaften‘ und ihrer Rechtssysteme ist dementsprechend derjenige ‚integriert‘ und erfolgreich, der (1) imstande ist, Differenzen zu erkennen und zu artikulieren. Dies betrifft sowohl die Differenzen zwischen einem Individuum und anderen Individuen als auch zwischen Gruppen, Überzeugungen, Lebensstilen und Weltanschauungen. (2) Muss er dazu fähig sein, Differenz übergreifende Strukturen wie etwa Kooperationszusammenhänge wahrzunehmen und zu nutzen. Und dazu gehört (3), dass er die Repertoires der Sprach- und Rollenspiele seiner sozialen Welt kennt, beherrscht und variieren kann. ■

## ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> Der Vortrag und das Manuskript stützen sich auf Überlegungen, die ich auch an anderer Stelle formuliert habe. So in: *Fragiler Pluralismus*. In: Hans-Georg Soeffner, Thea D. Boldt (Hrsg.) (2014): *Fragiler Pluralismus*. Wiesbaden: Springer VS, S. 207-224; *Religion und Kultur des Individuums*. 12 Thesen. In: Peter A. Berger, Klaus Hock, Thomas Klie (Hrsg.) (2013) *Religionshybride. Religion in posttraditionalen Kontexten*, Heidelberg, Springer VS, S. 285-304.
- <sup>2</sup> Zum Begriff und zu den Erscheinungsformen der Weltgesellschaft vgl. Stichweh, Rudolf (2000): *Die Weltgesellschaft: Soziologische Analysen*, Frankfurt/Main: Suhrkamp.

- <sup>3</sup> Den Ausdruck ‚Verschränkung‘ übernehme ich von Klaus E. Müller, der ihn seinerseits der schrödinger’schen Quantenphysik entliehen hat. Müller verwendet diesen Ausdruck jedoch eher im Zusammenhang mit den Begriffen ‚Korrespondenzverhalten‘, ‚Korrelation‘ und ‚Komplementarität‘. Bezugspunkte sind bei ihm, anders als bei mir, Wechselwirkungen innerhalb relativ geschlossener ‚archaischer Kulturen‘ (vgl. Müller 2010).
- <sup>4</sup> Zur Unterscheidung von „Binnenanlagen“ und „Außenlagen“ vgl. Tenbruck (1992) und Soeffner (1995).
- <sup>5</sup> Luckmann, Thomas (1991): *Die unsichtbare Religion*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- <sup>6</sup> Zu den Begriffen ‚Religion‘, ‚Religiosität‘, ‚Säkularismus‘, ‚Säkularisation‘ vgl. Soeffner/Matter (2009).
- <sup>7</sup> Vgl. Böckenförde (1978): insb. 24 ff. und Soeffner (2011): 146.
- <sup>8</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt in Wiesbaden 2013.
- <sup>9</sup> Zum Arenen-Konzept vgl. Strauss (1993): 225 ff.; Soeffner (1991); Soeffner und Zifonun (2008): insb. 125 f.

## LITERATUR

- Berger, Peter L. 1980. *Der Zwang zur Häresie. Religion in der pluralistischen Gesellschaft*. Frankfurt a.M.: S. Fischer.
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang. 1978. *Der Staat als sittlicher Staat*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Herodot. 1955. *Historien*. Deutsche Gesamtausgabe, übersetzt von A. Horneffer. Stuttgart: Alfred Kröner Verlag.
- Müller, Klaus E. 2010. *Die Siedlungsgemeinschaft*. Göttingen: V & R Unipress.
- Soeffner, Hans-Georg. 1991. *Trajectory – das geplante Fragment. Die Kritik der empirischen Vernunft bei Anselm Strauss*. BIOS 4 (1): 1 – 12.
- Soeffner, Hans-Georg. 1995. *Kultursoziologie zwischen Kulturwelten und Weltkultur*. Zu Joachim Matthes (Hrsg.), *Zwischen den Kulturen? Die Sozialwissenschaften vor dem Problem des Kulturvergleichs*. *Soziologische Revue* 18: 10 – 19.
- Soeffner, Hans-Georg & Dariuș Zifonun. 2008. *Integration und soziale Welten. In Mittendrin im Abseits. Ethnische Gruppenbeziehungen im lokalen Kontext*, Sighard Neckel & Hans-Georg Soeffner (Hrsg.), 115 – 131. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Soeffner, Hans-Georg; Matter, Christine: *Religion*. 2009. In *Handwörterbuch Erziehungswissenschaft*, Sabine Andresen, Rita Casale, Thomas Gabriel, Rebekka Horlacher, Sabine Larcher, Jürgen Oelkers (Hrsg.), *Weinheim/Basel: Beltz*, S. 744 – 757.
- Soeffner, Hans-Georg. 2011. *Die Zukunft der Soziologie*. *Soziologie* 40 (2): 137 – 150.
- Soeffner, Hans-Georg: *Religion und Kultur des Individuums*. 12 Thesen. 2013. In *Religionshybride. Religion in posttraditionalen Kontexten*, Peter A. Berger, Klaus Hock, Thomas Klie (Hrsg.), Heidelberg: Springer VS, S. 285-304.
- Soeffner, Hans-Georg; Boldt, Thea D. (Hrsg.). 2014. *Fragiler Pluralismus*. Wiesbaden: Springer VS, S. 207-224.
- Stichweh, Rudolf. 2000. *Die Weltgesellschaft: Soziologische Analysen*, Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Strauss, Anselm. 1993. *Continual Permutations of Action*. New York: Aldine/de Gruyter.
- Tenbruck, Friedrich H. 1992. *Was war der Kulturvergleich, ehe es den Kulturvergleich gab? In Zwischen den Kulturen? Die Sozialwissenschaften vor dem Problem des Kulturvergleichs*, Joachim Matthes (Hrsg.), 13 – 36, *Soziale Welt, Sonderband 8*. Göttingen: Schwartz.
- Wohlrab-Sahr, Monika; Karstein, Uta; Schmidt-Lux, Thomas 2009. *Forcierte Säkularität. Religiöser Wandel und Generationendynamik im Osten Deutschlands*. Frankfurt/Main: Campus.

# RELIGIOSITÄT IN DER FREMDE: ZEICHEN DER ABGRENZUNG ODER HILFREICH ZUR INTEGRATION?



**Gabriele Erpenbeck**  
*Vorsitzende des Gesprächskreises Christen und Muslime beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken*

Die Vielfalt religiöser Überzeugungen und Traditionen, der Religionsausübung privat und in Gemeinden ist in Deutschland seit den 1950er Jahren durch die Zuwanderung fast unüberschaubar gewachsen. Religiöse Überzeugungen und vor allem religiöse Traditionen, die sehr oft auch als kulturell begründete Traditionen verstanden werden, sind immer auch im Gepäck der allermeisten Migrantinnen und Migranten. Gleichzeitig tragen diese Traditionen bei zur Strukturierung des Alltags. Sie sind konstitutiver Teil der Identität und wesentlicher Teil des ethisch-moralischen Fundaments der Einzelnen wie der Gruppen bzw. der Gemeinden. **Religiosität sucht immer die Gemeinschaft von Menschen, die die gleichen Überzeugungen und Traditionen leben.**

Heute stehen die Situation der muslimischen Gemeinden und die Frage nach der Funktion der Gemeinden im Hinblick auf die Integration ihrer Mitglieder in dieser Gesellschaft im Vordergrund. Dennoch sollen zunächst die anderen, nicht muslimischen Zugewanderten in den Blick genommen werden, die in christlichen Gemeinden leben.

Die Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer erfolgte überwiegend aus monoreligiös geprägten Gesellschaften. Sie waren bzw. sind katholisch, orthodox,

muslimisch. Heute gibt es für die Katholiken anderer Muttersprache über 400 muttersprachliche Gemeinden in ca. 30 Sprachgruppen. Die größten Gruppen unter ihnen sind die polnisch-, kroatisch-, italienisch-, spanisch- und portugiesischsprachigen Katholiken.<sup>1</sup> Derzeit wachsen die englisch- und französischsprachigen Gemeinden vor allem wegen der Zunahme der Flüchtlingszahlen aus afrikanischen Staaten.

Insbesondere die katholischen Migrantinnen und Migranten konnten andocken an die hiesigen katholischen Strukturen, brauchten und wollten allerdings Gottesdienste und Seelsorge in der Muttersprache. Die allermeisten katholischen muttersprachlichen Gemeinden führen auch nach vielen Jahren immer noch ein Eigenleben. Kontakte und Zusammenarbeit in einigen Bereichen mit den Ortspfarrereien gibt es. Das erstaunt immer wieder, weil doch die Angehörigen und Nachkömmlinge der ehemaligen ausländischen Arbeitnehmer aus Portugal, Spanien, Italien oder Kroatien in der Regel in jeder Hinsicht gut integriert sind. Viele sind deutsche Staatsangehörige leben in bikulturellen Familien und in der dritten und manchmal vierten Generation in Deutschland. **Es gibt viele Versuche, die Integration im Gottesdienst zu erreichen, aber nur wenige gelungene Modelle.**

Für die Evangelische Kirche in Deutschland gibt es meines Wissens keine Übersicht über die Gemeinden anderer Sprache, was mit der eigenen organisatorischen Tradition zusammenhängt. Viele der evangelischen oder evangelisch-freikirchlichen Gemeinden haben sich autonom gebildet und sich nicht an die entsprechenden Strukturen gebunden.

Beide christlichen Kirchen haben eine lange Tradition der muttersprachlichen Gemeindebildung. Sie gehen auch den umgekehrten Weg, indem sie in vielen Län-

dern der Erde deutschsprachige Gemeinden finanziell und personell unterstützen. Die EKD betreut 140 deutschsprachige Gemeinden und Partnerkirchen in fast allen Ländern der Welt.<sup>2</sup> Für Katholiken gibt es an etwa 120 Standorten weltweit die Möglichkeit, an deutschsprachigen Gottesdiensten teilzunehmen. An etwa 60 Orten gibt es hauptamtliche Seelsorger und Seelsorgerinnen. Die Auslandsgemeinden verstehen sich als Orte, an denen alle deutschsprachigen Katholiken eine Heimat haben können, also nicht nur Deutsche, sondern auch Österreicher und Schweizer sowie Gläubige, die sich dem deutschen Sprachraum zugehörig fühlen. Grundsätzlich sind die Gemeinden natürlich offen für alle.<sup>3</sup>

Bis 1990 sind rund 1,5 Millionen Aussiedler in die Bundesrepublik gekommen. Zuwanderung der deutschstämmigen Aussiedler, zunächst aus Polen (katholisch), dann aus Rumänien (evangelisch). Nach der Öffnung der Grenzen 1989/90 kamen weitere über 3 Millionen Spätaussiedler vor allem aus den GUS-Staaten. Von dort kamen ebenfalls 220.000 jüdische sogenannte Kontingentflüchtlinge aufgrund von gleichlautenden Beschlüssen des Ministerrates der DDR und der Ministerpräsidentenkonferenz der Bundesrepublik, die in Folge einer Verabredung zwischen dem damaligen Bundeskanzler Kohl und dem Ministerpräsidenten der DDR de Mazière zustande kamen.<sup>4</sup> Über die Hälfte von ihnen konnte in die jüdischen Gemeinden Deutschlands integriert werden.<sup>5</sup>

## DIE ZUGEHÖRIGKEIT ZU EINER GEMEINDE WIE DER BESUCH DER GOTTESDIENSTE HABEN NEBEN DER RELIGIÖSEN DIMENSION EINE SOZIALE FUNKTION

Die Spätaussiedler, vor allem jene, die aus den Nachfolgestaaten der UdSSR zugezogen sind, gehören, soweit sie religiös sind, überwiegend evangelisch-freikirchlichen Gemeinden an z.B. den Baptisten, Adventisten oder Mennoniten. Genauere Zahlen zur Religionszugehörigkeit liegen nicht vor. Eine Studie des Bundesam-

tes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) von 2013 geht davon aus, dass rund die Hälfte nicht-evangelischer oder gar keiner Glaubensgemeinschaft angehört.<sup>6</sup>

Durch die religiöse Verfolgung in der ehemaligen Sowjetunion vollzog sich in russlanddeutschen Gemeinschaften eine Isolierung gegenüber kirchlichen Wandlungsprozessen. Die nach der Aussiedlung erfahrenen Unterschiede zu deutschen Kirchengemeinden veranlassten auch viele Russlanddeutsche dazu, eigenständige oder freikirchliche Gemeinden zu bilden.<sup>7</sup> Nachdem die Mitglieder zunächst hiesigen freikirchlichen Gemeinden beigetreten sind, stellte sich jedoch heraus, dass die unterschiedlichen Erfahrungen und die damit einhergehenden unterschiedlichen Frömmigkeitsformen und Traditionen zu teilweise großen Schwierigkeiten im Zusammenwachsen und schließlich zur Trennung in zwei Gemeinden führten. Diese Erfahrung haben besonders Gemeinden machen müssen, in deren Einzugsbereich größere Gruppen von Spätaussiedlern zugewandert sind.

Feststellbar ist auch, dass Mitglieder von Freikirchen mit einer besonders strengen Glaubenspraxis unter den Russlanddeutschen sehr konservative bis fundamentalistische Einstellungen haben. Sehr strenge Moralvorstellungen führen zu einem rigiden Lebensstil. Fernsehen und andere moderne Medien, aber auch Sport und gängige Freizeitgestaltung insbesondere von Kindern und Jugendlichen werden strikt abgelehnt. Besonders schwierig gestaltet sich dies dann für die Kinder in der Schule, wenn Ausflüge, Sport, Biologie- oder Sexualkundeunterricht und andere Aktivitäten wie Lesenächte, Vorbereitung auf Feiertage etc. boykottiert werden oder Lehrerinnen und Lehrer bedrängt werden, solche Dinge aus dem Schulalltag zu verbannen. Dies alles wird allerdings nur von einer Minderheit so gewünscht. Es stellt aber die Integration in Stadtvierteln, Nachbarschaften oder Schulen, die von solchen Lebensentwürfen in größerer Zahl betroffen sind, vor umfangreiche Probleme, auch weil solche Verhaltensweisen von der Umgebung nicht akzeptiert werden.

**Die genannte BAMF-Studie stellt als Fazit fest, dass mit Blick auf den Zusammenhang von religiösem Leben und Integration in der Forschung zwei unterschiedliche Tendenzen diskutiert werden.** Die historisch bedingten Unterschiede in der Glaubenspraxis führten einerseits zu Belastungen bei der Integration von (Spät-)Aussiedlern in deutsche Kirchengemeinden

und auch zu segregativen Prozessen infolge einer Vermischung ethnischer und religiöser Merkmale („Ethnokonfessionalismus“). Gleichzeitig richten andere Untersuchungen die Aufmerksamkeit auf förderliche Aspekte der Religion bei der Integration und legen einen Zusammenhang von Religiosität und höherem Integrationserfolg nahe. Kirchengemeinden könnten zudem für die (Spät-)Aussiedler Übergangsräume in die Aufnahmegesellschaft darstellen.<sup>8</sup>

Für die Zahl der Muslime in Deutschland gibt es Annäherungswerte. Eine repräsentative Untersuchung des BAMF „Muslimisches Leben in Deutschland“ von 2008 geht von rund vier Millionen Muslimen aus.<sup>9</sup> Die Deutsche Islamkonferenz schätzte Ende 2012, dass in Deutschland ca. 7 % der Bevölkerung Muslime seien; das entspräche rund 5,6 Mio. Menschen.<sup>10</sup> Die Pluralität des Islam ist zahlenmäßig meines Wissens bisher nicht nachvollziehbar dargestellt worden bzw. darzustellen. Klar ist, dass die Sunniten die weitaus größte Gruppe mit ca. 75 % der Muslime bilden. Die Aleviten stellen mit 10 % bis 12 % und die Schiiten mit etwa 7 % eine beachtliche Minderheit dar. Die Untersuchung des BAMF hat ergeben, dass sich gut ein Drittel der Muslime als „sehr stark gläubig“ bezeichnet und rund 15 % als eher nicht bzw. gar nicht gläubig. Etwa 20 % sind danach in religiösen Vereinen oder Gemeinden organisiert.<sup>11</sup>

Die Zugehörigkeit zu einer Gemeinde wie der Besuch der Gottesdienste haben neben der religiösen Dimension eine soziale Funktion: Sie bieten ein Stück Heimat, Begegnung mit Menschen, die ähnliche Erfahrungen, Erlebnisse oder Probleme haben und sind Nachrichtentafel für Neuigkeiten aus der Heimat und aus der Community. **Der Zusammenhang zwischen der Religiosität von Zuwanderern und ihrer Integration ist äußerst vielschichtig und nicht als eindeutig positiv oder negativ beschreibbar.** Das gilt für alle Migrantengruppen. Zu beachten sind die Unterschiede in der mitgebrachten Glaubenspraxis, die nicht nur individuell sondern auch geografisch sehr unterschiedlich geprägt sein kann. Die Unterschiede des Zeitpunkt der Zuwanderung, der biografischen Merkmale – eigene Migrationsgeschichte, in Deutschland geboren und aufgewachsen – und viele andere Faktoren spielen ebenfalls eine wesentliche Rolle. Genauso wichtig für die Integration sind die religiöse Ausrichtung und die Angebote der jeweiligen Gemeinde und bei den Muslimen auch der Grad ihrer organisatorischen, personellen oder finanziellen Rückbindung an islamische oder islamisch geprägte Staaten.

## „DIE SOZIALE INTEGRATION IST BESSER, ALS VIELFACH ANGENOMMEN“

Wenn es um die Integration geht, ist ebenfalls der Einfluss, den die gesellschaftliche Stimmung gegenüber Muslimen hat, nicht zu unterschätzen. Persönliche Diskriminierungserfahrungen aufgrund religiöser Zuschreibungen oder deutliche islamophobe Entwicklungen in der Gesellschaft führen leicht zu Abkapselung und Ablehnung von allem, was als nicht-islamisch gilt. Die Herabsetzung, Geringschätzung oder gar Beleidigung dessen, dem man sich zugehörig fühlt, bringt nicht selten mit sich, dass man „das Eigene“ als moralisch besser empfindet und sich von „den anderen“ und ihrem Lebensstil fernhält. Wenn gängige Assoziationsketten lauten: Religion → Islam → Fundamentalismus → Terror oder Islam → rückständig → Unterdrückung der Frau → Zwangsheirat und Ehrenmord oder Religion → Moslems → Intoleranz → Hassprediger → Unterwanderung/Zerstörung unserer Kultur, so die Kommentierung einer Untersuchung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, dann kommuniziert sich das auch den Muslimen und den muslimischen Gemeinden.<sup>12</sup>

Dennoch: die Ablehnung der Werte dieser Gesellschaft findet sich bei einer Minderheit der Muslime. Ein zentrales Ergebnis der schon zitierten Studie des BAMF lautet:

**Die soziale Integration ist besser, als vielfach angenommen:** Mehr als die Hälfte der Muslime über 16 Jahre sind Mitglied in einem deutschen Verein, nur 4 % sind ausschließlich Mitglied in einem herkunftslandbezogenen Verein. Die überwiegende Mehrheit muslimischer Mädchen und Jungen nimmt am gemischtgeschlechtlichen Sport- und Schwimmunterricht teil. Insgesamt bleiben jedoch 7 % der muslimischen Mädchen einem angebotenen gemischtgeschlechtlichen Schwimmunterricht fern und 10 % nehmen nicht an Klassenfahrten teil. Hier bleiben also trotz der positiven Entwicklung Maßnahmen der Integrationspolitik weiter gefordert.

Ein direkter Zusammenhang zwischen der Zugehörigkeit zum Islam und der Integration lässt sich dabei angesichts der großen Unterschiede zwischen den

Muslimen aus verschiedenen Herkunftsländern nicht feststellen. Die Unterschiede im Bildungsniveau zwischen den Religionen und Konfessionen hängen vor allem mit der historischen Gegebenheit der Anwerbung von Arbeitsmigranten aus der Türkei, dem ehemaligen Jugoslawien sowie Marokko und Tunesien zusammen. Diese Arbeitsmigranten und ihre Familienangehörigen stammten überwiegend aus bildungsfernen sozialen Schichten. Niedrige Schulbildung und Erwerbstätigenquoten sind hier besonders bei den Migrantinnen der ersten Zuwanderergeneration auffällig.

Differenziert man nach erster und zweiter Zuwanderergeneration zeigt sich, dass die Angehörigen der zweiten Generation deutlich häufiger als ihre Elterngeneration das deutsche Schulsystem mit einem Schulabschluss verlassen. Dies gilt insbesondere für die Musliminnen. Hier lässt sich ein deutlicher Bildungsaufstieg erkennen. Trotz dieses generell feststellbaren Aufstiegs weist die relativ hohe Quote an Schulabgängern ohne Abschluss und der vergleichsweise niedrige Anteil an Abiturienten auf weiter bestehende Bildungsdefizite hin.

Das Fazit lautet: **Für das Gelingen von Integrationsprozessen ist ein positives, integrationsfreundliches gesellschaftliches Klima wichtiger als die religiöse Prägung oder die Intensität der Religionsausübung.** Diskriminierung, Rassismus, Ausgrenzung, pauschale Verdächtigungen bergen die Gefahr des Rückzugs in geschlossene Gruppen oder auch wachsender Attraktion von fundamentalistischem Gedankengut und daraus resultierenden Verhaltensweisen. Nötig ist ein fairer gesellschaftlicher Diskurs über das Fundament und den Rahmen für das Zusammenleben, das heißt über nicht aufgebare Grundrechte sowie darüber, was zu verändern ist, damit gleichberechtigt und gemeinsam die Zukunft des Gemeinwesens gestaltet werden kann. ■

## ANMERKUNGEN

<sup>1</sup> [www.dbk.de/fileadmin/redaktion/Zahlen%20und%20Fakten/Kirchliche%20Statistik/Allgemein\\_-\\_Zahlen\\_und\\_Fakten/AH\\_263.pdf](http://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/Zahlen%20und%20Fakten/Kirchliche%20Statistik/Allgemein_-_Zahlen_und_Fakten/AH_263.pdf)

<sup>2</sup> <https://de.wikipedia.org/wiki/Auslandsseelsorge>

<sup>3</sup> [www.auslandsseelsorge.de/auslandsgemeinden-weltweit/](http://www.auslandsseelsorge.de/auslandsgemeinden-weltweit/)

<sup>4</sup> [www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56395/aussiedler-migration](http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56395/aussiedler-migration)

<sup>5</sup> [www.zentralratjuden.de/de/topic/62.html](http://www.zentralratjuden.de/de/topic/62.html)

<sup>6</sup> BAMF (2013): (Spät-) Aussiedler in Deutschland; [www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb20-spaetaussiedler.pdf;jsessionid=F2B0D7E4C95F071A7B0DD9F3BEF6A7.1\\_cid294?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb20-spaetaussiedler.pdf;jsessionid=F2B0D7E4C95F071A7B0DD9F3BEF6A7.1_cid294?__blob=publicationFile)

<sup>7</sup> ebd.

<sup>8</sup> ebd.

<sup>9</sup> Haug, Sonja; Müssig, Stephanie; Stichs, Anja (2014): *Muslimisches Leben in Deutschland*. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5244 Datenfile Version 1.0.0, doi:10.4232/1.12023.

<sup>10</sup> *Muslimfeindlichkeit – Phänomen und Gegenstrategien. Beiträge der Fachtagung der Deutschen Islam Konferenz am 4. und 5. Dezember 2012 in Berlin. Tagungsband, Bundesministerium des Innern im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz, S. 39.*

<sup>11</sup> Haug, Sonja; Müssig, Stephanie; Stichs, Anja (2014): *Muslimisches Leben in Deutschland*. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5244 Datenfile Version 1.0.0, doi:10.4232/1.12023.

<sup>12</sup> [www.migazin.de/2009/04/03/sinus-milieu-studie-offenbart-groese-vorurteile-gegenuber-muslimen/](http://www.migazin.de/2009/04/03/sinus-milieu-studie-offenbart-groese-vorurteile-gegenuber-muslimen/)

# INTEGRATION DURCH RELIGION? PERSPEKTIVEN DES CHRISTLICH- ISLAMISCHEN DIALOGS

**VORTRAG IM RAHMEN DER GLEICHNAMIGEN DISKUSSIONSVERANSTALTUNG  
AM 1. DEZEMBER 2015 IN ESSEN**



*Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck  
Bistum Essen*

Noch immer liegen die Verbrechen in Paris schwer auf unseren Herzen. Noch immer stehen wir fassungslos vor diesem Ausbruch der Gewalt und vor dem Hass, der sich Bahn gebrochen hat. Angesichts der Terroranschläge in Paris und der jüngsten Entwicklungen im Nahen Osten ist es kein Wunder, dass der Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat (IS) derzeit nicht nur die Medien beherrscht, sondern auch die Integrationsdebatte in Deutschland überschattet. In den sozialen Netzwerken, die zumindest ein Indikator für die Stimmung im Land sind, werden heftige ideologische Kämpfe ausgefochten. Es mehren sich Hasskommentare gegen Flüchtlinge, die ein gefährliches rassistisches und rechtsextremes Gedankengut transportieren.<sup>1</sup> Auf der anderen Seite stellen sich viele Nutzerinnen und Nutzer entschlossen gegen die „Facebook-Hetze“<sup>2</sup> und rufen Initiativen ins Leben wie zum Beispiel: „Hass hilft“.<sup>3</sup> Ein ähnliches Bild zeigt sich im arabischen Sprachraum. Einerseits bejubeln viele Araber die Attentate in Paris in den sozialen Medien,<sup>4</sup> andererseits verurteilen viele Menschen der arabischen Welt den Terrorismus scharf. Sie fürchten dar-

um, dass der IS nicht nur das Leben tausender Menschen zerstört, sondern auch das Bild vom Islam als einer Religion der Barmherzigkeit und des Friedens.

## **DIFFERENZIERUNGEN STATT PAUSCHALISIERUNGEN**

Hört man den Menschen zu und verfolgt man die politischen Debatten, so könnte der Eindruck entstehen, wir befänden uns gegenwärtig tatsächlich in einem „Kampf der Kulturen“ wie er bereits 1996 von dem amerikanischen Politikwissenschaftler Samuel P. Huntington für das 21. Jahrhundert prophezeit worden ist.<sup>5</sup> Huntington ging davon aus, dass sich sogenannte Bruchlinienkriege zwischen unterschiedlichen Kulturkreisen entwickeln würden.<sup>6</sup> Aufgrund ihrer charmanten Einfachheit ist diese Theorie gefährlich. Sie spielt jenen in die Hände, die Komplexität reduzieren und unzweideutige Feinbilder aufbauen müssen. Gerade der IS propagiert die Trennung zwischen einem ‚Wir‘ und ‚den Anderen‘ und stellt den Terror in den Kontext eines Kampfes des Islams gegen einen gottlosen Westen.<sup>7</sup> Die verkürzende Propaganda des IS, in der undifferenziert gesichtslose Gruppen gegeneinander gestellt und mit einer einfachen Gut-Böse-Dialektik versehen werden, macht deutlich, dass die durch Huntington popularisierte Rede vom „Kampf der Kulturen“ letztlich einer „Pseudo-Verwissenschaftlichung der fundamentalistischen Ideologie“<sup>8</sup> gleichkommt. So hat es der Religionssoziologe Martin Riesebrodt treffend ausgedrückt, der in seiner Kritik an Huntington auch

hervorhebt, dass Religion eben keine einheitliche und unveränderliche Größe ist.

**Pauschalisierungen wie ‚der Islam‘ oder ‚die Muslime‘ verführen dazu, Menschen, die sich dieser Religion zugehörig fühlen, über einen Kamm zu scheren und womöglich noch unter Generalverdacht zu stellen.** Wendet man diese Sprach- und Denkgewohnheit aber auf uns an – sagen wir auf ‚das Christentum‘ beziehungsweise auf ‚die Christen‘ –, wird schnell deutlich, wie unterkomplex eine solche Perspektive ist. Für uns ist es völlig selbstverständlich, zum Beispiel zwischen Katholiken und Protestanten oder zwischen reaktionären und libertären Lagern innerhalb einer Konfession zu differenzieren. So wie es Unterschiede innerhalb der Christenheit gibt – und diese werden noch deutlicher, wenn wir an die kulturelle Vielfalt der Weltkirche denken –, so gibt es analog auch eine große innere Komplexität im Islam. Muslime türkischer Abstammung sind mehrheitlich sunnitisch, teils alevitisch, und stellen mit mehr als 60 % die überwiegende Mehrheit der Muslime in Deutschland. Muslime, die jetzt vermehrt als Flüchtlinge aus Afghanistan, dem Irak oder Syrien nach Deutschland gelangen, gehören in der Mehrzahl jedoch der schiitischen Strömung des Islam an. Zwischen und innerhalb der Konfessionen und nationalen Ausprägungen gibt es unterschiedliche Strömungen und auch Spannungen, weshalb es unzutreffend ist, einem säkularen und gespaltenen Europa einen als homogen konstruierten Islam gegenüberzustellen, der in seiner scheinbaren Einheitlichkeit für viele bedrohliche Züge annimmt. Es macht daher Sinn, dem Religionssoziologen Volkhard Krech folgend, von einem „islamischen Spektrum“ zu sprechen anstatt pauschalisierend von ‚dem Islam‘.<sup>9</sup>

Wir halten fest: Mit wenigen Pinselstrichen lässt sich kein adäquates Bild einer Religion zeichnen. **Religion ist ein in sich hochkomplexes, historisch gewachsenes, soziales Phänomen, das auf kollektiver wie individueller Ebene vielfältig zum Ausdruck gelangt.** Religion kann missbraucht werden, zum Beispiel dann, wenn sie von extremistischen Anhängern ideologisiert wird und Gewalt legitimiert.<sup>10</sup> Freilich betrifft die Gefahr der Ideologisierung nicht nur Strömungen innerhalb des Islams, sondern alle Religionen und Weltanschauungen.<sup>11</sup> Auch in der Geschichte des Christentums finden sich zahlreiche Beispiele, die belegen, wie Religion in den Dienst von Krieg, Gewalt und Verfolgung genommen worden ist.<sup>12</sup> Auf der anderen Seite birgt Religion ein enormes Friedenspotential.<sup>13</sup> Man denke hier nur

an die Radikalität der Bergpredigt.<sup>14</sup> Hans Maier spricht in diesem Zusammenhang von einem „Doppelgesicht des Religiösen“ und weist auf die unguete Verquickung von Religion, Politik und Gewalt hin.<sup>15</sup>

Wenn es im Speziellen um die Frage geht, ob und inwiefern Religion einen Beitrag zur Integration leisten kann, begegnen wir genau dieser Doppelgesichtigkeit erneut. **So wie Religion sowohl Gewalt- als auch Friedenspotentiale freisetzen kann, so kann Religion gleichzeitig Integrationshemmnis und Integrationsressource sein.** Im Folgenden stelle ich, eingedenk dieser inneren Ambivalenz, zwei Themenkomplexe vor, die ich jeweils in Form von These und Gegenthese entfalte. Im ersten Themenkomplex beleuchte ich exemplarisch einige theologische Argumente im Hinblick auf Wahrheit und Toleranz. Dabei gibt es Verlautbarungen, die Integration eher hemmen und Aussagen, die Integration fördern. Ich beziehe mich dabei beispielhaft auf den christlich-islamischen Dialog. Der zweite Themenkomplex kreist um die Begriffe ‚Identität‘ und ‚Werte‘, wobei deutlich wird, dass der biographische Einzelfall darüber entscheidet, ob und wie Religion zu einem integrationsförderlichen oder aber integrationshinderlichen Faktor wird.<sup>16</sup> Zum Schluss stelle ich zwei Thesen zur Diskussion, die umschreiben, wie – trotz aller Ambivalenzen – die Integrationskraft des Religiösen weiter gestärkt werden könnte.

## **ABSOLUTHEITSANSPRUCH ODER TOLERANZ**

**1. These: Der Absolutheitsanspruch der Religionen erschwert den interreligiösen Dialog und hemmt die Integrationskraft von Religion.** Das Johannes-evangelium lässt Jesus sagen: „Ich bin der Weg und die Wahrheit und das Leben; niemand kommt zum Vater denn durch mich!“ (Joh 14,6). Wird dieser Ausspruch in dem Sinne verstanden, dass der Glaube an Jesus Christus der einzig wahre Weg ist, der zur Erlösung des Menschen und zur Gemeinschaft mit Gott führt, so könnte daraus abgeleitet werden, dass Christen nach biblischer Auffassung nicht nur einen soteriologischen Vorsprung haben, sondern einen Alleinanspruch auf das Heil. In dieser starken Form jedoch wird der Absolutheitsanspruch auch im Diskurs innerhalb der Katholischen Kirche äußerst selten verstanden. Zwar gilt, dass nur innerhalb der Kirche das volle Heil gefunden werden kann und dass jeder, der Christi Heilstat erkannt hat oder Teil der Kirche ist, nur gerettet wird, wenn er

die von der Kirche angebotenen Heilmittel auch annimmt.<sup>17</sup> Es gilt weiterhin aber auch, dass Gottes Wege zum Heil zahllos und unergründlich bleiben. Wie die Katholische Kirche so ist auch das Gros der Muslime davon überzeugt, dass ihre Religion den einzig wahren Weg zum Heil darstellt (vgl. Sure 3,19). Der islamische Absolutheitsanspruch fußt auf der Überzeugung, dass der Islam die Fortführung und Vervollkommnung der beiden älteren abrahamitischen Religionen darstellt. Dementsprechend wird Mohammed im Koran auch als „Siegel der Propheten“ (Sure 33,40) bezeichnet. Verknüpft mit dieser Annahme ist ein Herrschaftsanspruch, der in Sure 3, Vers 110 wie folgt formuliert ist: „Ihr (Gläubigen) seid die beste Gemeinschaft, die unter den Menschen entstanden ist. Ihr gebietet, was recht ist, verbietet, was verwerflich ist, und glaubt an Gott.“ Aus der jeweiligen Binnensicht der Religion wird also verständlich, warum ein interreligiöser Dialog auf Augenhöhe und ein ehrliches integratives Bemühen oft schwierig sind.

### **1. Gegentese: Religionen haben eine verbindende gemeinsame Basis auf der sich gegenseitiges Verstehen entfalten kann und die Integration fördert.**

In der 1965 auf dem II. Vatikanischen Konzil verabschiedeten „Erklärung über die Haltung der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen“, kurz *Nostra aetate* genannt, heißt es zu Beginn des dritten Kapitels, das sich auf den christlich-islamischen Dialog bezieht: „Mit Hochachtung betrachtet die Kirche auch die Muslime, die den alleinigen Gott anbeten,...“. Neben der monotheistischen Ausrichtung benennt *Nostra aetate* weitere Verbindungslinien zwischen Christentum und Islam: Muslime anerkennen Jesus als Propheten und verehren seine Mutter Maria; sie erwarten den Tag des Gerichts und legen deshalb „Wert auf sittliche Lebenshaltung und verehren Gott besonders durch Gebet, Almosen und Fasten.“ Diese gemeinsame Glaubens- und Handlungsbasis wird unterstrichen von dem Glauben an einen Schöpfergott, der alle Menschen und Völker nach seinem Ebenbild schuf. Da Gott Ursprung und Ziel aller Menschen ist, sind wir zu einer universalen Geschwisterlichkeit aufgerufen und haben die Aufgabe, vor allem das ins Auge zu fassen, „was den Menschen gemeinsam ist und sie zur Gemeinschaft untereinander führt.“ Aus dieser Haltung heraus werden alle Gläubigen mit „leidenschaftlichem Ernst“ dazu ermahnt, Einheit, Liebe und Frieden unter den Menschen zu stiften. *Nostra aetate* markiert somit nicht bloß den historischen Beginn des interreligiösen Dialogs der katholischen Kirche mit dem Islam, sondern mahnt uns auch

und vor allem in unserer heutigen Zeit, die unhintergehbare Würde eines jeden Menschen mit Nachdruck zu betonen und unseren unbedingten Willen zum Frieden aufrechtzuerhalten.

SO WIE RELIGION SOWOHL  
GEWALT- ALS AUCH FRIEDENS-  
POTENTIALE FREISETZEN KANN,  
SO KANN RELIGION GLEICH-  
ZEITIG INTEGRATIONSHEMMNIS  
UND -RESSOURCE SEIN

### **NEGATIVE IDENTITÄT ODER BEWÄLTIGUNGSSTRATEGIE**

#### **2. These: In der Migrationssituation kann Religion zu einem negativen Identitätsmarker werden, der Integrationsprozesse blockiert.**

Es ist deutlich geworden, dass es ‚den Islam‘ nicht gibt, sondern vielmehr ein breites islamisches Spektrum, das unterschiedliche Konfessionen, Nationalitäten und Haltungen umfasst. Es ist auch deutlich geworden, dass zwischen den muslimischen Migranten und Flüchtlingen einerseits und der Minderheit gewaltbereiter islamistischer Extremisten andererseits scharf unterschieden werden muss. Dennoch kann die Integrationsfrage nicht losgelöst von der gegenwärtigen politischen Lage und der medialen Berichterstattung behandelt werden. Da Terrorismus zunehmend zu einem Phänomen wird, das vorschnell mit ‚dem Islam‘ verquickt wird, wird die Fremdzuschreibung ‚Muslim‘ zunehmend zu einem identitätsbestimmenden und nunmehr oft pejorativ gebrauchten Begriff. Während orthodoxe Christen noch immer primär Griechen sind, sind türkische Migranten inzwischen zu Muslimen geworden.<sup>18</sup> Religion wird so zu einem negativen Identitätsmarker. Eine empirische Studie des Instituts für Kriminalwissenschaften der Universität Hamburg konnte zeigen, dass Muslime in Deutschland zwar größtenteils gut integriert und anpassungsfähig sind, dass sich aber auch bestimmte Konfigurationen von Risikofaktoren ausfindig machen lassen, die Radikalisierungspotenziale verstärken. Die Forschergruppe zeigt auf, dass neben einer fundamentalistischen religiösen Orientierung drei Faktoren in unterschied-

lichen Subgruppen eine besondere Rolle spielen: 1. Stellvertretende Viktimisierungserfahrungen, also die „Wahrnehmung einer Benachteiligung des Kollektivs der Muslime“; 2. Individuelle Erfahrungen sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung; 3. Eine „selbst vollzogene Abwendung von der Aufnahmegesellschaft“.<sup>19</sup> Kurz zusammengefasst: Das Gefühl vieler Muslime, aufgrund ihrer religiösen Zugehörigkeit abgewertet zu werden, stellt eine tiefgehende Kränkung dar, die nicht nur zur Integrationsbarriere werden, sondern einer Radikalisierung Vorschub leisten kann.<sup>20</sup>

**2. Gegenthese: In der Migrationssituation kann Religion funktionale Bewältigungsstrategien bereitstellen, die bei der Integration in die Aufnahmegesellschaft helfen.** Viele Migrantinnen und Migranten leiden unter Entfremdungserfahrungen und sozialer Isolation. Die Beibehaltung religiöser Traditionen und Praktiken kann eine Brücke zum Herkunftsland aufrechterhalten und auch in einem völlig veränderten soziokulturellen und politischen Umfeld ein positives Identitätsgefühl bewahren. Dies muss nicht, wie das bereits angesprochene Hamburger Forschungsprojekt darlegt, in Segregationsbestrebungen oder gar der Etablierung einer ‚Parallelgesellschaft‘ münden. Vielmehr kann eine „hohe Befürwortung der Beibe-

DAS GEFÜHL VIELER MUSLIME, AUFGRUND IHRER RELIGIÖSEN ZUGEHÖRIGKEIT ABGEWERTET ZU WERDEN, STELLT EINE TIEFGEHENDE KRÄNKUNG DAR, DIE [...] EINER RADIKALISIERUNG VORSCHUB LEISTEN KANN.

haltung kultureller Identität“ mit einer ebenso hohen „Befürwortung von Anpassungen auf der Verhaltensebene“ einhergehen.<sup>21</sup> Doch nicht nur durch das Gefühl einer Kontinuität der religiösen Praxis, die in Deutschland durch das Grund- und Menschenrecht der Religionsfreiheit garantiert ist, entfaltet Religion stabilisierende Effekte. Die Partizipation in Gemeinschaften, der Besuch einer Moschee, das private und öffentliche Gebet, die Orientierung an klaren Werten und sozialen

Verhaltensnormen – all dies kann dazu beitragen, dass Muslime sich nicht trotz, sondern gerade eben *aufgrund* ihrer religiösen Verwurzelung in die Aufnahmegesellschaft integrieren. Religion wird so zur sicheren Basis, die zur erfolgreichen Bewältigung von Fremdheitserfahrungen beiträgt. Im Übrigen lässt sich diese These auch umdrehen und zum Beispiel auf christliche Akteure der Aufnahmegesellschaft projizieren: In dem Maße wie es uns gelingt, auf der Basis unserer christlichen Überzeugung mit Gelassenheit, Offenheit und mit unerschütterlichen Werten zu reagieren, ohne uns das Fremde aus Angst aneignen zu wollen, werden wir eine Kultur ausprägen, die Menschen als Menschen willkommen heißt.<sup>22</sup>

## KARITATIVES HANDELN UND DIALOG-STRUKTUREN

Aufbauend auf der Annahme, dass Religion ein ‚Doppelgesicht‘ hat und sowohl als Legitimierung für Gewalt missbraucht als auch als Katalysator für Friedens- und Versöhnungsprozesse dienen kann, habe ich anhand des Beispiels der Muslime in Deutschland Religion gleichzeitig als Hemmnis und Motor von Integration beschrieben. Zum Abschluss möchte ich – ebenfalls thesenhaft – auf zwei Ermöglichungsbedingungen von Integration zu sprechen kommen:

- 1. Karitatives Handeln überwindet die Grenzen in unseren Köpfen und ist somit die stärkste religiöse Integrationsressource.**
- 2. Um Integration zu fördern, braucht es nicht nur tätige Menschen, sondern auch tragfähige Strukturen für den christlich-islamischen Dialog.**

Eine Lehrerzählung Jesu bringt in wunderbar verdichteter Form auf den Punkt, was ich unter Caritas als Integrationsressource verstehe: das berühmte Gleichnis vom barmherzigen Samariter. Der Kontext der Erzählung dürfte geläufig sein: Ein Schriftgelehrter stellt Jesus die Frage, wie er das ewige Leben erwerben könne. Mit Verweis auf das Gebot der Gottes- und Nächstenliebe vermag der Fragende zunächst sich selbst eine Antwort zu geben, hakt dann aber nochmals nach und möchte von Jesus wissen, wer denn sein Nächster sei. An dieser Stelle möchte ich nur auf einen Aspekt des Gleichnisses abheben, das Jesus daraufhin erzählt: Die Gruppe der Samaritaner wurde von den damaligen Juden zwar als religiös verwandt betrachtet, gleichwohl aber auch als politisch-religiöse Feinde

angesehen und verachtet. Dennoch hilft er dem Fremden und Hilfsbedürftigen, der Opfer eines Verbrechens wurde. Die Geschichte hatte eine doppelte Botschaft: sowohl der unbekannte Fremde ist mein Nächster als auch der Samariter, der sich trotz seiner Religions- und Volkszugehörigkeit als Wohltäter – nämlich eben als mein Nächster – erweist. Damit ist der Mittelpunkt des christlichen Glaubens bestimmt: die tätige Liebe überwindet alle politische Ideologien, alle nationalen Grenzen, alle Kulturkreise, alle Feinbilder, alle Konstruktionen von Gut und Böse, alle Ängste und Vorurteile, ja letztlich alle theologischen Theorien und Wahrheitsansprüche, die trennen anstatt zu verbinden.

Damit karitatives Denken und Handeln wirksam werden kann, braucht es auch Strukturen, die über die alltäglichen Begegnungen hinausweisen und den Dialog der Religionen auch auf den Meso- und Makroebenen unserer Gesellschaft verankern. So wurde ein Päpstlicher Rat für den interreligiösen Dialog gegründet, in Deutschland hat die Deutsche Bischofskonferenz eine Unterkommission für den interreligiösen Dialog ins Leben gerufen und auch in der Diözese Essen gibt es einen Arbeitskreis, der sich für den Dialog zwischen den Religionen einsetzt. In meinem Bistum gibt es schon zum Teil sehr lange Dialogtraditionen zwischen Christen und Muslimen, wie zum Beispiel den Interkulturellen Arbeitskreis in Gelsenkirchen, der seit 1972 besteht. Ich könnte viele weitere positive Beispiele aufzählen, die insgesamt zeigen, dass der christlich-islamische Dialog auf den Ebenen des Zusammenlebens und des gemeinsamen Handelns gut funktioniert und eine starke integrative Wirkung hat. **An dieser gelebten Dialogtradition gilt es anzuknüpfen, um auch in Zukunft die Infrastruktur für eine gelingende Integration durch Religion zu gewährleisten.** Auch wenn mir bewusst ist, dass noch viele Fragen offen sind und noch einige Blockaden aus dem Weg geräumt werden müssen, so bin ich doch fest davon überzeugt, dass es uns gelingen kann, die Werte und Ziele von Nostra aetate Schritt für Schritt umzusetzen, indem wir gemeinsam eintreten „für den Schutz und die Förderung der sozialen Gerechtigkeit, der sittlichen Güter und nicht zuletzt des Friedens und die Freiheit für alle Menschen.“ ■

#### ANMERKUNGEN:

<sup>3</sup> Siehe Eike Kühl: Weniger Toleranz? Ja bitte. *Zeit Online*, 25.11.2015.

<sup>4</sup> Simon Hurtz: Facebook-Hetze: Dieser Mann stellt Rassisten bloß. *Süddeutsche Zeitung*, 14.09.2015.

<sup>5</sup> Durch diese Aktion wird für jeden Hasskommentar auf Facebook ein Euro Spende für das Bündnis Aktion Deutschland hilft sowie für die Initiative Exit-Deutschland eingesammelt. Vgl. hierzu Virginia Kirst: Pro Hasskommentar ein Euro für Flüchtlinge. *Die Welt*, 23.10.2015.

<sup>6</sup> Vgl. Constantin Schreiber: Sie hassen uns. *Zeit Online*, 23.11.2015.

<sup>7</sup> Das englische Original (Samuel P. Huntington: *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*. Simon & Schuster, New York 1996) wurde noch im selben Jahr ins Deutsche übersetzt: Samuel P. Huntington: *Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*. Europa-Verlag, München, Wien 1996.

<sup>8</sup> Dabei ist unklar, wie Huntington einen ‚Kulturkreis‘ definiert: der westliche Kulturkreis ist zum Beispiel über Kernstaaten definiert, während der islamische Kulturkreis über Religion bestimmt wird.

<sup>9</sup> Vgl. Andrea Backhaus: Wir sind auch nicht alle gleich. *Zeit Online*, 24.11.2015.

<sup>10</sup> Martin Riesebrodt: *Die Rückkehr der Religionen. Fundamentalismus und der „Kampf der Kulturen“*. C.H.Beck, München 2001, S. 29.

<sup>11</sup> Volkhard Krech: *Islam und Integration – 12 Thesen*. Policy – Politische Akademie Nr. 30, S. 11.

<sup>12</sup> Siehe Klaus Schreiner: *Heilige Kriege: Religiöse Begründungen militärischer Gewaltanwendung: Judentum, Christentum und Islam im Vergleich*. Wissenschaftsverlag, Oldenbourg 2008.

<sup>13</sup> Siehe bspw. Georg Baudler: *Gewalt in den Weltreligionen*. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2005 oder Mathias Hildebrandt, Manfred Brocker (Hg.): *Unfriedliche Religionen?: Das politische Gewalt- und Konfliktpotenzial von Religionen*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005.

<sup>14</sup> Die dunkle Geschichte des Christentums wird bspw. aufgearbeitet in: Arnold Angenendt: *Toleranz und Gewalt: Das Christentum zwischen Bibel und Schwert*. Aschendorff, Münster 2007.

<sup>15</sup> Siehe Markus A. Weingard: *Religion Macht Frieden: Das Friedenspotential von Religionen in politischen Gewaltkonflikten*. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 2007.

<sup>16</sup> „Naiv“ (so Heinrich Böll in einer Rezension) aber dennoch eindrucksvoll wurde die Rüstungspolitik mit der Bergpredigt konfrontiert bei: Franz Alt: *Frieden ist möglich: die Politik der Bergpredigt*. Piper, München 1983.

<sup>17</sup> Hans Maier: *Das Doppelgesicht des Religiösen: Religion – Gewalt – Politik*. Herder, Freiburg 2004.

<sup>18</sup> Aus diesem Grund plädieren Lauser und Weissköppl auch für eine „ethnographische Mikro- und Kontextanalyse“: Andrea Lauser und Cordula Weissköppl: *Einleitung. Die neue Aufmerksamkeit für Religion in der Migrations- und Transnationalismusforschung. Ein Plädoyer für die ethnographische Mikro- und Kontextanalyse*. In: Andrea Lauser und Cordula Weissköppl (Hg.): *Migration und religiöse Dynamik. Ethnologische Religionsforschung im transnationalen Kontext*. Transcript, Bielefeld 2008, S. 7-32.

<sup>19</sup> Vgl. die dogmatische Konstitution *Lumen gentium*, dort besonders Nr. 14. Ausführlicher entfaltet wird das Thema bspw. von: Christof Gestrich: *Der Absolutheitsanspruch des Christentums im Zeitalter des Dialogs: Erwägungen zur theologischen Begründung der Mission in der Gegenwart*. *Zeitschrift für Theologie und Kirche* 77.1 (1980): S. 106-128.

<sup>20</sup> Vgl. Volkhard Krech: *Islam und Integration – 12 Thesen*. Policy – Politische Akademie Nr. 30, S. 11.

<sup>21</sup> Katrin Brettfeld und Peter Wetzels: *Muslimen in Deutschland: Integration, Integrationsbarrieren, Religion sowie Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt*, S. 26.

<sup>22</sup> In diesem Sinne will Bernd Ulrich in seinem Artikel „Das Ende der Arroganz“ (*Zeit Online*, 24.11.2015) „die tief beunruhigende Frage“ stellen, „warum so viele Muslime sich vom Westen verletzt und gedemütigt fühlen und warum es für den Terrorismus infolgedessen ein offenbar unerschöpfliches Reservoir an Menschen gibt?“

<sup>23</sup> Katrin Brettfeld und Peter Wetzels: *Muslimen in Deutschland: Integration, Integrationsbarrieren, Religion sowie Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt*, S. 9.

<sup>24</sup> Hierzu vgl. auch Theo Sundermeier: *Den Fremden verstehen: eine praktische Hermeneutik*. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1996.

# INTEGRATION DURCH RELIGION?

## DISKUSSIONSRUNDE WÄHREND DER VERANSTALTUNG „INTEGRATION DURCH RELIGION? PERSPEKTIVEN DES CHRISTLICH-ISLAMISCHEN DIALOGS“ AM 1. DEZEMBER 2015 IN ESSEN



**Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck**  
Bistum Essen



**Aiman A. Mazyek**  
Vorstandsvorsitzender des Zentralrats der  
Muslime in Deutschland



**Prof. Dr. Haci Halil Uslucan**  
Wissenschaftlicher Leiter des Zentrums für  
Türkeistudien und Integrationsforschung  
in Essen



**Manfred Rekowski**  
Präses der Evangelischen Kirche im  
Rheinland



Moderation: **Andreas Tyrock**  
Chefredakteur der Westdeutschen  
Allgemeinen Zeitung (WAZ)

**Andreas Tyrock:** Herr Mazyek, wie bewerten Sie aktuell das Verhältnis zwischen Christen und Muslimen? Wir haben in der Rede von Bischof Overbeck schon dezidiert gehört: Man muss differenzieren, man muss die historischen und sozialen Kontakte und Sozialisierungen sehen. Man kann aber auch derzeit einen allgemeinen Blick auf die aktuelle Situation werfen. Wie bewerten Sie die Situation?

**Aiman A. Mazyek:** Herr Bischof Overbeck hat es in seiner Rede gerade bereits beschrieben: Insbesondere auf der Ebene der Gemeinde sowie auf der kommunalen Ebene ist die Situation doch recht gut. Über viele

Jahre haben sich viele muslimisch-christliche Initiativen etabliert und haben dort mittlerweile feste Strukturen. Man stellt fest, dass es sich nicht nur um Gesprächsebenen handelt, wo, wie es so schön heißt, Friede, Freude, Eierkuchen herrscht, sondern tatsächlich ganz handfest etwas für unser Gemeinwesen, für das berühmte zivilgesellschaftliche Engagement getan wird.

Auch auf der Spitzenebene hat sich in den letzten Jahren durchaus das eine oder andere ergeben. Es gibt feste Einrichtungen, zum Beispiel mit der evangelischen Kirche, die sich auch in Krisenzeiten bewährt haben. Der Dialog mit der katholischen Kirche, insbesondere mit

den Laienorganisationen, aber auch mit den Unterorganisationen, die Bischof Overbeck hier angesprochen hat, ist eine feste Einrichtung in diesem Sinne.

Last, but not least: Es ist fast schon zur festen Institution geworden ist, dass sowohl die ökumenischen Kirchentage als auch die katholischen und evangelischen Kirchentage einen festen Bestandteil bilden, um den interreligiösen Dialog – ich meine den muslimisch-christlichen ebenso wie den christlich-jüdischen Dialog – mit einbeziehen. Da sind über Jahrzehnte hinweg gewachsene Strukturen entstanden.

**Tyrock:** Sie haben gesagt, dass Sie in den Gremien nicht immer nur über Themen sprechen, bei denen Friede, Freude, Eierkuchen herrscht. In der aktuellen Situation ist es, glaube ich, auch in der öffentlichen Wahrnehmung offensichtlich, dass Probleme vorhanden sind. Das ist natürlich dem Terror und möglicherweise auch der fehlenden Differenzierung in der Öffentlichkeit zuzuschreiben. Welche Wahrnehmung haben Sie im Zusammenhang mit Ihrer Tätigkeit? Haben Sie das Gefühl, dass es immer schwieriger wird, die Integration zu bewältigen und das Zusammenleben zwischen Christen und Muslimen in dieser Gesellschaft zu bewerkstelligen?

**Mazyek:** Die Muslime stehen vor gewaltigen Herausforderungen. Bisweilen werden sie dabei vielleicht, wenn ich das so sagen darf, alleingelassen. Es gibt eine Grundskepsis gegenüber Religion, die in den letzten Jahren durchaus zugenommen hat. Das hat nicht speziell mit dem Islam zu tun. Damit haben wir allenthalben zu tun, manchmal auch in sehr aggressiven, wenn nicht sogar auch extremen Auswirkungen. Wenn ich zum Beispiel an die Beschneidungsdebatte zurückdenke, erinnere ich mich an sehr radikale und auch atheistische Positionen, die dort vermeldet wurden, die sich dann aber sehr oft auf Muslime projizieren.

Dann gibt es natürlich noch einen anderen Kontext, den Bischof Overbeck ebenfalls beschrieben hat: die ständige falsche Kontextualisierung von Extremismus, von radikalen Positionen, von Verbrechen, von kriminellen Energien, von Mörderbanden im Kontext des Islam. Das ist natürlich nicht zuletzt auch bedingt durch die mediale Berichterstattung.

Vor dem Hintergrund ist es natürlich eine große Herausforderung, Ruhe zu bewahren und sich trotzdem immer wieder zu konzentrieren und es auf den Punkt

zu bringen. In den letzten Jahren hat sich einerseits durchaus immer wieder ein Misstrauensdiskurs eingestellt, und auch der Vorbehalt gegenüber dem Islam, den es in der Gesellschaft gibt, ist in bestimmten Kreisen durchaus fest verankert. Andererseits erlebe ich

## ÜBER VIELE JAHRE HABEN SICH VIELE MUSLIMISCH-CHRISTLICHE INITIATIVEN ETABLIERT UND HABEN DORT MITTLERWEILE FESTE STRUKTUREN.

Aiman A. Mazyek

insbesondere jetzt, nach Paris, dass wir – so brutal das klingt – leider eine gewisse Routine entwickelt haben, wie wir auf solche Situationen reagieren. Das ist mir zum Beispiel aufgefallen, als mir von Ihren Kollegen die erste Frage gestellt wurde: Wie geht es Ihnen eigentlich? – Die Frage lautet nicht: Haben Sie sich schon distanziert? Wollen Sie sich noch distanzieren? Wieso sagen Sie jetzt, das habe mit dem Islam nichts zu tun? – Man geht vielmehr erst einmal hin und fragt, wie es einem geht, nach dem Motto: Es muss Ihnen wiederum sehr schwer fallen, hier wieder Rede und Antwort zu stehen.

Daran erkenne ich, dass über die Jahre auch im medialen Diskurs so etwas wie der Versuch gewachsen ist, zwischen der Tatsache, dass es sich um Verbrechen und Mörder handelt, und dem Islam als Religion zu trennen, und dass man nicht mit einer solchen Haltung herankommt, sondern fragt: Wie können wir das Gemeinwesen und das Gemeinleben, das wir führen, weiterführen? Wie können wir dafür Sorge tragen, dass das, was die Terroristen wollen, nämlich die Spaltung zwischen den Religionsgemeinschaften und den Gruppen, nicht vorangetrieben wird, sondern dass wir versuchen, unsere Reihen zusammenzuhalten und diesen Bruch, der das vorrangige Ziel solcher Menschen ist, nicht zuzulassen. Ich meine Reaktionen wie beispielsweise vonseiten der osteuropäischen Staaten Polen und Ungarn, die dann sagen: Jetzt wissen wir, warum wir keine Flüchtlinge zu uns lassen. Schaut nach Paris.

Das ist leider Gottes die Reaktion, die sich IS und andere geradezu wünschen. Das ist zwar nicht das, was Polen will, aber letztendlich ist es dieser Logik nachgegangen, und das müssen wir ständig durchbrechen. Ich glaube, der interreligiöse Dialog ist in dieser Hinsicht sehr gefragt, und ich wünsche mir – das sage ich an dieser Stelle ausdrücklich –, dass die Kirchen hier eine Führungsrolle einnehmen. Sie werden vielleicht etwas überrascht über diese Aussage sein, aber es kann nicht sein, dass das allein auf unseren Schultern ausgetragen wird. Dafür sind wir einfach zu schwach. Das gilt gerade jetzt in der vorweihnachtlichen Zeit in Bezug auf die Flüchtlinge. Wir wünschen uns hier eine führende Stimme und dass die Kirche Position bezieht. Ich frage mich wirklich: Wann, wenn nicht jetzt, können die Religionsgemeinschaften das leisten, wofür sie da sind, nämlich als sozialer Kitt in der Gesellschaft zu fungieren, den wir so sehr brauchen und der so notwendig ist?

**Tyrock:** Herr Rekowski, werden die Muslime in der aktuellen schwierigen Situation alleingelassen? Tun die evangelische und die katholische Kirche nicht genug, um diese zu schmalen Schultern zu unterstützen?

**Präses Manfred Rekowski:** Dem würde ich deutlich widersprechen. Da sind wir sehr klar. Ich möchte das an einem Beispiel festmachen: Unmittelbar nach dem Anschlag auf die Redaktion des Satiremagazins Charlie Hebdo im Januar habe ich eine Moschee in Krefeld und eine Synagoge in Wuppertal besucht. Ich finde es wichtig, zu sagen: Gerade jetzt gemeinsam!

ICH GLAUBE, NEBEN ALL DEM,  
WAS GUT GELINGT, MUSS ES  
ZU AUSWEITUNGEN KOMMEN;  
DENN DER ZUSAMMENHALT IN  
UNSERER GESELLSCHAFT IST IN  
DER TAT GEFÄHRDET.

Präses Manfred Rekowski

Ich finde es wichtig – und das sagen wir auch immer sehr deutlich und kraftvoll –, eine Religion nicht auf ihre Perversion zu reduzieren. Wir kennen auch – Bi-

schof Overbeck hat das auch dezent angesprochen – unsere christliche Kirchengeschichte mit Phasen, in denen Religion und Gewalt in unguter Weise eine große Koalition eingegangen sind. Ich möchte nicht darauf reduziert werden, und ich will auch nicht, dass Muslime auf den IS reduziert werden. Da sind wir sehr klar und deutlich.

**Tyrock:** Was können Sie als Präses konkret tun, damit Religion nicht Hemmnis, sondern Motor von Integration ist?

**Rekowski:** Ich würde gern einmal die praktische Ebene ansprechen, auch wenn ich in unserer Kirche kein unmittelbares Durchgriffsrecht habe. Ich möchte in dem Zusammenhang ein konkretes Beispiel nennen: In einem Gebäude eines türkischen Kultur- und Bildungsvereins bietet der Christliche Verein Junger Menschen eine Hausaufgabenhilfe an. Das heißt, beide Religionen sind präsent, es findet eine Begegnung statt, und am Ende wird den jungen Leuten geholfen. Sie werden durch die islamische Gemeinde religiös betreut und durch uns bei der Hausaufgabenhilfe unterstützt. In Solingen gibt es eine interreligiöse Stadtrundfahrt. Dabei besuchen alle Zehntklässler, die das wollen, eine Moschee, eine Synagoge und eine Kirche. Es werden aber nicht nur die Gebäude besucht, sondern es finden Begegnungen statt.

Ich finde, in dieser Richtung bedarf es mehr solcher konkreten Aktionen. Da ist noch viel Luft nach oben. Ich glaube, neben all dem, was gut gelingt, muss es zu Ausweitungen kommen; denn der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft ist in der Tat gefährdet. Einerseits ist Religion ins Gerede gekommen, andererseits – das möchte ich sehr positiv hervorheben – weiß ich es zu schätzen, dass Muslime die religiöse Dimension sehr offen in unsere Gesellschaft einbringen, auf die Tagesordnung setzen. Das ist auch für uns als Kirche und als Christen herausfordernd.

**Tyrock:** Herr Prof. Uslucan, wir haben gerade die Rolle der Religion vor Augen geführt bekommen. Wie schätzen Sie das aktuell ein? Ich möchte es einmal zynisch formulieren: Können die Terroranschläge auch eine Chance zu mehr Kitt in der Gesellschaft sein, oder ist die Gefahr größer, dass sie weiter gespalten wird?

**Prof. Dr. Haci Halil Uslucan:** Ich glaube, es geht um die Fragestellung, inwieweit Religion gesellschaftliche Integration leisten kann. Wir überstrapazieren hiermit die Rolle der Religion. Ich spreche jetzt aus der Pers-

pektive desjenigen, der vielleicht am wenigsten in religiösen Verbänden involviert ist. Die stärkste gesellschaftliche Integrationskraft ist der Arbeitsmarkt, nach dem Motto: „Migration works when migrant works.“

Das heißt, der wichtigste Aspekt ist es, Menschen sehr schnell in Arbeit und Brot zu bekommen, damit sie selbstständig ihr Leben gestalten können. Es geht um die strukturelle Ebene der Integration. Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt, politische Partizipation, Bildung sind die Aspekte, die die Voraussetzungen für soziale Integration schaffen. Auf der Ebene der sozialen Integration, also dort, wo sich Menschen begegnen, spielt Religion in der Tat eine sehr große Rolle. Das ist aber etwas, was man nicht verordnen kann. Das ist vielmehr etwas, was gelebt werden muss, was sozusagen im Alltag eingeübt werden muss.

Die Bertelsmann-Studie über die Lebenswelten der Muslime, an deren Auswertung wir mitgewirkt haben, zeigt beispielsweise, dass Muslime in Deutschland ein hohes Vertrauen gegenüber religiösen Menschen haben, und zwar am meisten gegenüber religiösen Muslimen, aber am zweitstärksten generell gegenüber Religiösen. Das heißt, die Frontlinie ist nicht „Islam versus Christentum“, sondern die Frontlinie ist vielleicht eher auf der Ebene „Religiosität versus areligiöses oder religiös indifferentes Leben“. Das ist ein ganz wichtiger Aspekt.

Ich möchte noch auf einen anderen Aspekt eingehen, der bereits mehrfach erwähnt wurde. Es geht darum, Kontakt bzw. Begegnungen zu schaffen. Ja, das stimmt. Aber es reicht nicht aus, zu sagen: „Lasst uns jetzt einmal eine Moschee oder Synagoge besuchen, Kinder“, führt nicht unbedingt zum Vorurteilsabbau. Erfolgt der Kontakt jedoch statusgleich und begegnen sich die Menschen auf Augenhöhe, führt das durchaus zu einem Vorurteilsabbau.

Wenn der Kontakt Kooperation erfordert und gemeinsame Ziele hat, nach dem Motto „Wir müssen zusammenarbeiten“, und wenn er in einem normativ erwünschten Rahmen erfolgt und sich Institutionen wie Schule und Universität daran beteiligen, wenn also die Gesellschaft dahinter steht, kann ein Vorurteilsabbau erreicht werden. Einmalige Kontakte reichen nicht aus. Die Kontakte müssen intensiv sein. Nicht zuletzt – und das zielt vielleicht auf Ihre Frage in Bezug auf den Terror ab – muss die Fremdgruppe dem Stereotyp widersprechen. Wenn ich jetzt sage: „Türken sind überhaupt nicht gewalttätig, Kinder, lasst uns mal zu einer tür-

kischen Jugendgruppe gehen“, und ich besuche eine Gang, dann würde mein Vorurteil durch den Kontakt nicht abgeschwächt werden. Das heißt, die Fremdgruppe muss dem Stereotyp widersprechen.

Unter diesen Bedingungen sind Begegnungen tatsächlich ein wirksames Mittel der Sozialintegration. Aber die Sozialintegration ist nur ein Teil der gesamtgesellschaftlichen Interaktion. Hier geht es um die Strukturen, um die Öffnung des Arbeitsmarktes. Man muss vielleicht auch kritisch fordern – ich weiß, wir

DIE VISIBILITÄT DER RELIGION  
IST VOR ALLEM BEI MUSLIMA  
GEGEBEN. EINEM ANDEREN  
MENSCHEN STEHT ES NICHT AUF  
DIE STIRN GESCHRIEBEN, DASS  
ER RELIGIÖS IST.

Prof. Dr. Haci Halil Uslucan

sind rechtlich alle gebunden –, dass sich Tendenzbetriebe öffnen. Die Kirche ist einer der größten Arbeitgeber, und Muslime haben Schwierigkeiten, in diesen Arbeitsmarkt hineinzukommen. Sie erfahren Diskriminierung aufgrund der Sichtbarkeit ihrer Religion. Das ist ein wichtiger Aspekt. Die Visibilität der Religion ist vor allem bei Muslima gegeben. Einem anderen Menschen steht es nicht auf die Stirn geschrieben, dass er religiös ist. Das sind Aspekte, die Vorbehalte erzeugen können und die die Integration in den Arbeitsmarkt erschweren. Nicht zuletzt gibt es aber auch Muslime, die aufgrund ihrer religiösen Überzeugung bestimmte Berufe nicht ausüben wollen. Das heißt, es gibt Hemmnisse auf beiden Seiten.

**Tyrock:** Herr Mazyek, wir haben gerade gehört, wie wichtig die soziale Integration ist, wie wichtig es ist, Bildung für alle anzubieten, und wie wichtig es ist, Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen. Allerdings hören wir auch, dass das beidseitig noch immer nicht funktioniert. Herr Bischof Overbeck hat gesagt, dass auch das Phänomen der Benachteiligung und die Wahrnehmung der Kränkung eine wichtige Rolle spielen. Ist das auch Ihre Wahrnehmung, wenn Sie in den jeweiligen Gruppen unterwegs sind?

**Mazyek:** Was den Diskurs der offensichtlichen Diskriminierung aufgrund der Religion oder des Aussehens betrifft, wäre ich ein bisschen vorsichtiger damit, das nur vor dem Hintergrund der Kränkung zu betrachten. Abgesehen von der Diskussion darüber, dass das sowohl von unseren Werten als auch von unserem Grundgesetz und unserem Arbeitsrecht her hoch problematisch ist, ist es letztendlich auch eine Diskriminierung. Diskriminierungserfahrungen können natürlich durchaus auch Kränkungen nach sich ziehen. Aber je fester man in der eigenen Religion verwurzelt ist und je größer das Wissen und die Bildung sind, desto besser kann man dieser Kränkung widerstehen und sagen: „Ich mache es besser“ oder „Ich gehe woanders hin“ oder „Ich thematisiere es“.

EINE WEITERE GROSSE HERAUSFORDERUNG, BEI DER AUCH WIR ALS KIRCHEN MOMENTAN SEHR PRAKTISCH TÄTIG SIND, BETRIFFT DIE BILDUNG DER FLÜCHTLINGE ANDEREN GLAUBENS, DIE ZU UNS KOMMEN.

Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck

Hier sind Dialoge und Gespräche wichtig, um den Weg aus dieser Kränkung zu finden; denn – insofern ist Ihre Frage durchaus sehr klug gewählt – die Kränkung ist der Nährboden und Humus für Extremisten, die genau darauf rekrutieren und abzielen, dass eine Kränkung erfolgt und dass die Menschen ihrerseits irgendwelche Vorteile und Rassismen entwickeln. Das ist dann ganz gefährlicher Humus für weitere extremistische Werdegänge, die wir aktuell in den Biografien feststellen. Ich möchte das nicht vereinfachen und sagen, die Diskriminierungen und Islamfeindlichkeit sind der einzige Grund dafür, dass es heute muslimische Extremisten gibt, aber es ist auch ein wichtiger Faktor, der nicht zu unterschätzen ist.

**Tyrock:** Herr Bischof Overbeck, im Ruhrgebiet ist der Anteil der Muslime relativ hoch. Wir haben auf der Basis der Forschungsarbeit, die im Vorfeld dieser Veranstal-

tung geleistet wurde, festgestellt, dass die Gesellschaften bzw. Religionen trotz aller Bemühungen immer noch nebeneinander „herleben“. Wir müssen feststellen, dass es auch Trennungen gibt. Sie hatten den Begriff der Kränkung erwähnt, und Sie hatten auch den Begriff „Parallelgesellschaften“ erwähnt. Welche Entwicklung prognostizieren Sie? Inwieweit kann man diese Parallelgesellschaften ganz konkret hier im Ruhrgebiet auflösen? Welche Fehler wurden gemacht, sodass es zu dieser Entwicklung kam?

**Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck:** Mit Blick auf den ersten Teil Ihrer Frage würde ich sagen, dass ich sehr deutlich voraussehe, dass noch wesentlich mehr Menschen – zumindest gilt das für diejenigen, die zur klassischen bundesrepublikanischen Gesellschaft gehören – auf Dauer ohne Religion leben werden. Das ist schon jetzt sehr klar in den Generationen zu sehen. Neben der Erosion der volkswirtschaftlichen Bindung der Generationen sind auch die Folgen der Aufklärung und der geistesgeschichtlichen Entwicklung Europas ursächlich für dieses Phänomen. Das wird zumindest mit Blick auf die Christen gelten. Schon jetzt sind ungefähr 40 % aller Menschen, mit denen wir leben, ohne ein öffentliches religiöses Bekenntnis.

Das heißt, wir werden damit leben und lernen müssen, dass ein Großteil der Gesellschaft religiösen Phänomenen zwar mit großer Aufmerksamkeit gegenübertritt und sie auch begleitet, selbst aber weder eine Religion praktiziert noch aus einer tiefen religiösen Überzeugung heraus Werte bestimmt und Haltungen generiert. Der andere Teil – das wird auf Dauer ungefähr die Hälfte sein – wird sich dann in Christen (hier wird noch einmal unterschieden zwischen evangelischer und katholischer sowie zunehmend auch orthodoxer Tradition) und Muslime in aller Differenziertheit unterteilen. Das heißt, es wird ein ganz weites und buntes Spektrum religiöser Überzeugung verschiedenster Art geben.

Mit Blick auf die Gesamtgesellschaft in Deutschland kann ich als Staatsbürger nur sehr klar sagen, dass das Integrativ dieser Überzeugung das Grundgesetz ist, und damit es auch auf Dauer friedlich zugeht, müssen alle – und das ist eine große Integrationsleistung der jeweiligen Religion selbst – die Grundprinzipien des Grundgesetzes anerkennen, was für den muslimischen Gläubigen in seiner ganzen Differenziertheit eine große Anstrengung bedeuten wird, und zwar mit Blick auf die Grundrechte, auf die Gleichstellung von Mann und Frau

sowie auf gewisse Lebenshaltungen und Fragen in Bezug auf die Familie. Aber wir sehen das auch in aller Differenziertheit innerhalb der christlichen Gesellschaft.

Was wir konkret politisch tun können, ist, dafür zu sorgen, dass zum Beispiel bei den vielen Menschen, die zu uns kommen, ghettoisierte Gesellschaften unbedingt vermieden werden müssen. Das heißt sehr deutlich, dass wir eine Wohnungsbaupolitik betreiben müssen, die alle Menschen integriert. In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg hatten die Aussiedler ihre eigenen Wohnsiedlungen, und das galt und gilt immer noch – Gott sei es geklagt – für nicht wenige Ghettoisierungen türkischer oder sonstiger Mitbürgerinnen und Mitbürger. Es muss politisch unbedingt gewollt sein, dass das aufhört und unterbunden wird. Das ist der erste Punkt, für den wir uns auch als Kirchen politisch einsetzen müssen.

Des Weiteren müssen wir für Möglichkeiten der Integration am Arbeitsplatz sorgen. Das stelle ich bereits in sehr differenzierter Weise fest.

Eine weitere große Herausforderung, bei der auch wir als Kirchen momentan sehr praktisch tätig sind, betrifft die Bildung der Flüchtlinge anderen Glaubens, die zu uns kommen. Wir müssen dafür sorgen, dass es eine entsprechende Sprach- und Sprechfähigkeit aller geben muss, und zwar bezogen auf die deutsche Sprache, sonst sind in einer Gesellschaft wie der unseren eine Form der Integration und auch ein Verstehen untereinander auf Dauer nicht möglich.

Unter diesen Rücksichten können die Kirchen mit guten Beispielen aufwarten, indem wir deutlich machen, was für viele gelten kann, nämlich für Integration zu sorgen. Hier in der Nähe, in Duisburg-Hochfeld, gibt es die Gemeinde St. Peter, in der katholische Ordensschwester sich vor allen Dingen der Frauen und ihrer Probleme annehmen, was sehr stark zur Integration der Frauen in dieser konkreten Ortsgesellschaft beiträgt. Das gilt aber nicht nur für muslimische Frauen, sondern auch für Frauen hinduistischen oder buddhistischen Glaubens. In Duisburg-Marxloh gibt es ein Projekt mit dem Namen „Petershof“, im Rahmen dessen Menschen mit Blick auf ihre medizinische Grundversorgung geholfen wird. Das leistet einen Integrationsbeitrag, der weit über jede Form religiösen Miteinanders hinausgeht, weil Christen anderen zeigen: So helfen wir euch, und umgekehrt helfe ihr uns mit Blick auf Verstehen.

**Tyrock:** Ein in der heutigen Zeit häufig in Teilen der Öffentlichkeit formulierter Vorwurf an die Medien lautet, dass diese aktuell zu flüchtlings- und islamfreundlich berichten würden. Wie nehmen Sie das war, und was heißt das auch aus Sicht des Forschers mit Blick auf Integrationsbemühungen?

**Uslucan:** Wir haben uns selbst sowohl im Zentrum für Türkeistudien als auch im Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration dieser Frage der Wahrnehmung der Muslime dezidiert gewidmet. Dabei hat man festgestellt, dass seit 9/11 sowohl die Berichterstattung über Muslime an sich als auch die negative Berichterstattung enorm zugenommen haben. Das ist ein Zeichen für einen deutlich größeren Informationsbedarf. Der Sachverständigenrat hat dazu vergleichende Studien in Auftrag gegeben. Im Rahmen dieser Studien haben wir Einheimische, türkische und arabische Muslime, Osteuropäer usw. nach ihrer Einschätzung der Wahrnehmung von Muslimen befragt. 82 % der türkischen und arabischen Muslime haben die Darstellung als negativ wahrgenommen. Bei den Einheimischen waren es 73 %. Das heißt, wenn Sie quasi auf offener Straße Menschen befragen, wie Muslime dargestellt werden, überwiegt eher die Haltung, dass sie negativ dargestellt werden. Was die konkrete Berichterstattung betrifft, ist mein Eindruck, dass sie in den letzten zwei, drei Jahren deutlich differenzierter und besser geworden ist. Die Integrationsfrage ist keine Religionsfrage, auch wenn das in einigen Teilen der Gesellschaft noch der Fall ist. In den seriösen Medien wird das deutlich stärker auseinandergehalten.

DABEI HAT MAN FESTGESTELLT,  
DASS SEIT 9/11 SOWOHL DIE  
BERICHTERSTATTUNG ÜBER  
MUSLIME AN SICH ALS AUCH DIE  
NEGATIVE BERICHTERSTATTUNG  
ENORM ZUGENOMMEN HABEN.

Prof. Dr. Haci Halil Uslucan

Wir haben es aber, glaube ich, auch mit einer Selektion zu tun. Die Frage ist: Wer meldet sich zu Wort? – Die Unzufriedenen melden sich zu Wort. Diejenigen, die

möglicherweise mit ihrer Berichterstattung so weit einverstanden sind, dass sie sagen: „Das stimmt, das ist auch meine Überzeugung“, haben keinen Grund, sich noch einmal zu Wort zu melden und zu affirmieren. Aber derjenige, der meint, in irgendeiner Weise in seinen Haltungen zu kurz gekommen zu sein bzw. seine Haltung nicht ganz repräsentiert zu sehen, nimmt diesen Kraftaufwand in Kauf und sagt: Das ist mir zu freundlich. Das verkennt die Schwierigkeiten. Das verallgemeinert möglicherweise häufig eigene Erfahrungen im Alltag.

Ich glaube, in den sozialen Medien sehen wir das noch viel stärker. Dort, wo Menschen keine Scheu haben, sich zu artikulieren, weil die Hemmschwelle sehr gering ist und sie sich auch anonym artikulieren können, tun sie das. Daraus dürfen wir jedoch nicht den Schluss ziehen, das sei die Haltung der Gesellschaft; denn diejenigen, die mit ihrer Berichterstattung und dem, was dargestellt wird, zufrieden sind, haben keinen Grund, das noch einmal zu legitimieren und zu bestätigen. Ich glaube, wir sollten insoweit auch firm genug sein, das nicht als Grundlage des eigenen Handelns und der eigenen weiteren Überlegungen zu nehmen.

## SOZIALER SPRENGSTOFF WURDE ISLAMISIERT UND ALS EIN ISLAMISCHES ODER MUSLIMISCHES PHÄNOMEN DARGELEGT BZW. AUF EIN SOLCHES REDUZIERT.

Aiman A. Mazyek

**Mazyek:** Es wurde zu Recht 9/11 angesprochen. Man könnte noch frühere Ereignisse ansprechen, aber bleiben wir einmal bei diesem Wendepunkt. Insbesondere danach hat sich eine Berichterstattung eingeschlichen, die zum Teil auch durch Protagonisten unterfüttert worden ist, dass soziale Phänomene, Probleme im Kiez oder in der Stadt, wirtschaftliche, kulturelle und sonstige Probleme ausschließlich dem Islam zugeschrieben worden sind. Es gab eine ständige – so möchte ich es einmal nennen – Islamisierung der gesamten Problematik. Eine Protagonistin ist zum Bei-

spiel Necla Kelek, die das viele Jahre gemacht hat und auch hofiert worden ist. Sozialer Sprengstoff wurde islamisiert und als ein islamisches oder muslimisches Phänomen dargelegt bzw. auf ein solches reduziert. Das hat sich natürlich über die Jahre im Hinterkopf der Gesellschaft festgesetzt, und nun müssen wir mit den Auswirkungen klarkommen und mit diesen aufräumen.

Dazu gehören auch PEGIDA und andere. Wir haben einen Grundstock an Menschen, die sich von dieser Gesellschaft schon längst verabschiedet haben. Wenn Sie so wollen, ist es ähnlich wie bei Neosalafisten, die nicht mehr integrierbar sind. Diese gibt es auch in der herkömmlichen deutschen Gesellschaft. Diese Menschen haben sich verabschiedet und sagen: Die da oben machen sowieso, was sie wollen, und das ist nicht mehr meine Politik. – Und nun kommt auch noch das Phänomen der Islamisierung der Probleme dazu. Die Angst der Menschen spielt eine große Rolle, um eine Einflugschneise zu schaffen. Dann hört man noch von der Islamisierung Europas usw.

Nun sind wir zum Teil – ich möchte mich jetzt nicht als Opfer verstanden wissen – Paria der Gesellschaft, und aus dieser Rolle müssen wir wieder raus. Das ist letztendlich eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Ich möchte gewisse religiöse Momente nicht geringerschätzen. Herr Bischof Overbeck hat angesprochen, dass Religion durchaus auch hinderlich sein kann. Ich möchte hinzufügen: Das ist sie meiner Meinung nach nur im missverstandenen Sinne. Im richtig verstandenen Sinne ist Religion präventiv und führt zu einer moderaten und ausgeglichenen Haltung. Auch die Bertelsmann-Studie von vor einigen Jahren hat zum Ausdruck gebracht, dass ein Mehr an Religion auch unter den Muslimen letztlich zu moderaten, zu toleranten Positionen führt. Wie sollte es auch anders sein? Schließlich ruft der Koran bzw. unsere Religion zum Miteinander im Dialog auf. Nicht das Gegenteil ist der Fall.

Nur, wir haben diese Position so überbewertet und so häufig zitiert, dass ich manchmal verzweifelte und sagte: Mein Land, das Land der Dichter und Denker, mit hoher analytischer Wirkungskraft und mit so vielen Wissenschaftlern schafft es nicht, ein Jahrzehnt nach 9/11 ein anderes analytisches Rüstzeug heranzuziehen, als ständig in der Religion die Beweggründe von irgendwelchen kriminellen Verbrechern zu suchen.

**Overbeck:** Ihre Frage nach der Rolle der Medien provoziert bei mir eine paradoxe Antwort, und zwar deswegen paradox, weil Sie an dem leiden, wofür Sie eigentlich stehen. Sie stehen für Offenheit und Pluralität, und zwar unter einer anderen Rücksicht, die, glaube ich, wir alle unterschätzt haben: Pluralität und Offenheit sind so lange angenehm, wie der Faktor der Sicherheit nicht berührt ist. Wenn der Faktor der Sicherheit aber berührt ist, dann generiert das Ängste, und diese Ängste beschäftigen jetzt alle Menschen, egal, wen: die ganz einfachen, die komplizierten, die intellektuellen, die schlichten Menschen. Wie sollen Sie sich jetzt als Medienwelt positionieren? Schließlich stellen Sie sich auf der einen Seite aufgrund Ihrer Selbstbestimmung als Vertreter einer offenen, pluralen und positiven Weltgesellschaft dar, auf der anderen Seite müssen Sie dafür sorgen, dass Sie abbilden, was Ihre Leser wollen. Schließlich müssen Sie davon auch leben.

Das Phänomen der Sicherheit beschäftigt mich schon lange. Das betrifft auch Religionen, das betrifft auch Wohnzusammenhänge, Arbeitszusammenhänge und Bildungszusammenhänge. Wir kriegen in unserer pluralen Gesellschaft unter dieser Rücksicht keine einfache, monokausale Antwort mehr hin. Wie können wir Menschen dazu befähigen, zu diesem Phänomen eine neue, nicht angstbesetzte Fähigkeit, Antworten zu finden, zu generieren? Das halte ich für eine der großen kulturellen Herausforderungen, vor denen wir stehen.

Also, es geht nicht nur um das Phänomen der Sicherheit im Sinne von Militär und im Sinne von Politik, sondern auch mit Blick darauf, wie mein alltäglicher Lebenszusammenhang gesichert wird. Wie kann eine Frau, die wenig Geld hat, auf Dauer wissen, dass sie soundso viel generiert, damit sie sicher leben kann, damit ihr Kühlschrank gefüllt ist und damit sie auch unbelästigt durch eine Fußgängerzone gehen kann? – Das sind die Weltzusammenhänge, die die Menschen beschäftigen.

Oder: Wie kann ich zum Beispiel mit Blick auf die Flüchtlingsfrage antworten, wenn diese Menschen sehen, dass sie auf bestimmte Dinge warten müssen oder sie gar nicht bekommen, während Flüchtlinge diese Dinge sofort bekommen, obwohl sie selbst schon so lange hier leben?

Das sind die einfachen Fragen, die die Menschen mit Blick auf die Sicherheit im Alltag beschäftigen. Wenn es

auf diese Fragen keine einfachen, plausiblen, verlässlichen und damit wiederum Sicherheit generierenden Antworten gibt, werden Sie und auch andere Gesellschaftsformationen, die für Offenheit und Pluralität einstehen, immer weiter antwortpflichtig bleiben und auch herausgefordert sein.

WENN DER FAKTOR DER SICHERHEIT ABER BERÜHRT IST, DANN GENERIERT DAS ÄNGSTE, UND DIESE ÄNGSTE BESCHÄFTIGEN JETZT ALLE MENSCHEN, EGAL, WEN: DIE GANZ EINFACHEN, DIE KOMPLIZIERTEN, DIE INTELLEKTUELLEN, DIE SCHLICHTEN MENSCHEN.

Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck

**Uslucan:** Ich möchte nur einen Aspekt unterstreichen. Ich glaube, Sie haben völlig zu Recht die Rolle der Sicherheit angesprochen. Auch aus der psychologischen Forschung ist bekannt, dass unter Angst unsere kognitiven Fähigkeiten leiden. Das heißt, unsere Urteilsfähigkeit schränkt sich ein, wenn wir in Situationen der Angst sind. Es werden zwei Aspekte aktiviert: Fight-or-flight. Kann ich das, was Angst erzeugt, bekämpfen, oder kann ich davor wegrennen?

Wir haben als Menschen aber viel mehr Handlungsmöglichkeiten und Handlungsfähigkeiten. Das heißt, wenn wir in der medialen Berichterstattung Angst erzeugen über ein Phänomen, dann schränken wir unsere Möglichkeiten ein. Ich glaube, das wäre ein wichtiger Aspekt, um auch andere Wege als nur angstbesetzte, sicherheitsbedrohende Bilder zu zeigen. Denn Angst lähmt Menschen in der Tat ein Stück weit kognitiv.

**Tyrock:** Ich äußere mich jetzt ein bisschen pauschaler und versuche, ein Grundgefühl zu beschreiben, das ich aus Leserbriefen und Dialogen mit Lesern habe. Sie wollen nicht, dass sich diese Gesellschaft verändert, weil die Gesellschaft so gut ist, wie sie ist. Jetzt hören

sie, das wird sich verändern. Das verunsichert sie und kann wiederum dazu führen, dass sie meinen, die Herausforderungen seien größer als je zuvor.

**Mazyek:** Dann brauchen wir, glaube ich, positive Sanktionierungen. Ein Beispiel: Wir leben hier im Ruhrgebiet. Uns geht es sehr gut, wir sind glücklich. Warum? – Ja, weil der türkische Kohlenarbeiter eben auch unter Tage geschuffelt hat und auch dafür Sorge getragen hat, dass dieses „Wirtschaftswunder Deutschland“ funktionierte. Er hat sich seine Lungen kaputt gemacht, hat seine Muskeln spielen lassen und ist frühzeitig in Rente gegangen, weil er nicht mehr arbeiten konnte. Also müssen wir solche positiven Beispiele auch hervorbringen und vielleicht besser pflegen und darstellen.

MAN KANN ES SO SAGEN:  
WER DIE GLOBALISIERUNG  
WILL, DER BEKOMMT SIE AUCH,  
UND WIR ERLEBEN SIE IN  
DEN LETZTEN MONATEN ZUM  
ERSTEN MAL SEHR INTENSIV IN  
UNSEREM LAND.

Präses Manfred Rekowski

Wir können es auch machen, indem wir genauer auf unsere Sprache achten. Ich weiß, dass Sie, Herr Bischof Overbeck, es nicht so gemeint hat, aber Sie haben gesagt: Nach den Anschlägen in Paris habe ich auf Facebook viele Muslime gesehen, die sich darüber gefreut haben, und viele, die sich nicht darüber gefreut haben. – Ich weiß, dass Sie es nicht so gemeint haben, aber da bin ich innerlich aufgesprungen. Es kann nicht sein, dass viele der 1,3 Milliarden Muslime das gutheißen. Das glaube ich nicht, und das ist auch nicht der Fall. Vielmehr sind es Verbrecher und irgendwelche terroristischen Organisationen, die das getan haben. Das Gros der Muslime hat Abscheu und Ekel empfunden für diese Haltung, und zwar nicht zuletzt deswegen, weil die Terroristen auch Muslime in die Luft gesprengt haben, sondern weil es diametral zu unserer Religion steht; das haben Sie auch gesagt.

Also, wir sollten auf unsere Sprache aufpassen. Ich ersehe Sie, wenn Sie „Islamischer Staat“ sagen, dann tun Sie dies mit Anführungszeichen, oder sprechen Sie vom „sogenannten Islamischen Staat“. Es widerspricht sich in jeglicher Hinsicht, von einem islamischen Staat zu sprechen. Ich bin in einer Talkshow gefragt worden, wie wir es bezeichnen sollen: Da'ish, Islamischer Staat, IS? – Am liebsten würde ich „Anti-Islamischer Staat“ sagen. Denn alles, was sie machen, ist sozusagen anti-Islam.

Also, wir sollten auf unsere Sprache achten und positive Sanktionierungen und Beispiele anführen. Es liegt an uns, das zu machen, und dann stellt derjenige plötzlich fest: Oh, wir sind so glücklich, nicht weil wir etwas gegen die Muslime haben, sondern weil wir sie mit einbeziehen, weil sie mit ein Grund dafür sind, dass wir hier in unserer Gesellschaft glücklich sind.

**Rekowski:** Ich möchte noch einmal an das Stichwort „Sicherheit“ anknüpfen. Einerseits verstehe ich das, andererseits müssen wir eingestehen, dass wir tatsächlich in unsicheren Zeiten leben. Wir leben in Zeiten der Veränderung. Man kann es so sagen: Wer die Globalisierung will, der bekommt sie auch, und wir erleben sie in den letzten Monaten zum ersten Mal sehr intensiv in unserem Land. Ich glaube, viele spüren auch, dass es nicht mehr nur um ein paar freundliche Gesten der Willkommenskultur geht, sondern es geht schlicht und ergreifend ums Teilen.

Das sind Dinge, glaube ich, die Angst machen, aber sie erinnern uns natürlich auch an unsere Versäumnisse. Daher sind es unsichere Zeiten, und wir müssen einen Zustand erreichen, in dem wir nicht nur hören, dass wir es schaffen, sondern wir müssen auch hören, wie wir es schaffen können. Hier gibt es noch viel Potenzial, und dafür muss es möglich sein, eine große Koalition zu schaffen, und zwar interreligiös und in der gesamten Gesellschaft. ■



Die Experten in der Diskussion



*Die Auftaktveranstaltung des Forschungsprojekts erfolgte im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung mit Christian Wulff, Bundespräsident a.D. sowie Schirmherr des Forschungsprojekts, am 24. Februar 2015 in Bonn*



Als An-Institut der Universität Bonn verfolgt die **Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH** unter der Leitung ihres Präsidenten, Prof. Bodo Hombach, das Ziel einer engeren Vernetzung zwischen wissenschaftlicher Forschung und beruflicher Praxis in Politik, Wirtschaft und Medien. Sie will neuartige Foren des Dialogs schaffen und mittels eines konsequenten Praxisbezugs als innovativer „Think Tank“ an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, praktischer Politik und wirtschaftlichem Handeln auftreten. Hierzu organisieren wir regelmäßig Lehrveranstaltungen und Expertenworkshops sowie große öffentliche Diskussionsveranstaltungen. In der Vergangenheit durften wir unter vielen anderen bereits Vizekanzler Sigmar Gabriel, Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier, Ministerpräsidentin Malu Dreyer, Matthias Döpfner sowie Bundespräsident a.D. Christian Wulff und Bundeskanzler a.D. Gerhard Schröder begrüßen. Des Weiteren führen wir Forschungsprojekte zu aktuellen Themen durch und veröffentlichen unsere Forschungsarbeit regelmäßig in unterschiedlichen Publikationsformaten. Jährlich veranstaltet die Bonner Akademie darüber hinaus internationale Foren mit bekannten Wissenschaftseinrichtungen in den USA, China und Frankreich.



[www.bapp-bonn.de](http://www.bapp-bonn.de)



[www.facebook.com/bapp.bonn](https://www.facebook.com/bapp.bonn)



[www.twitter.com/BonnerAkademie](https://www.twitter.com/BonnerAkademie)





Brost  

---

Stiftung

**BA PP**  
BONNER AKADEMIE  
FÜR FORSCHUNG UND LEHRE  
PRAKTISCHER POLITIK